

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

3 / 1987

| | |
|---|----|
| <i>Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker:</i> Europäisch-lateinamerikanische Wirtschaftsbeziehungen..... | 1 |
| Zur Kooperation EG-Zentralamerika – <i>Interview mit Ana Lucrecia Rivera Schwarz</i> | 8 |
| <i>Prof. Dr. Joachim Starbatty:</i> Thesen zur Sozialen Marktwirtschaft in der Programmatik der CDU/CSU..... | 14 |
| <i>Herman Van Rompoy:</i> Christian-Democrats and the Economic Crisis..... | 18 |
| <i>Rüdiger von Voss:</i> Der Mensch und das Unternehmen..... | 23 |
| <i>Ernest F. Enzensberger:</i> Wirtschaft und Ethik..... | 27 |
| <i>Professor David Coombes, Ph. D.:</i> The Regional Policy of the european Community: A Re-Examination of its Aims and Methods from the Perspective of the Periphery..... | 34 |
| <i>Prof. Dr. Dr. Bernd M. Weischer:</i> Die politische Situation Marokkos..... | 43 |
| <i>Dr. Ladislaus Barlay:</i> Römische Radikalismen – Was ist die "Partito Radicale"?..... | 47 |
| Buchbesprechungen (<i>Kimmel, Enzensberger, Wuermeling/Mautner,</i> <i>Osterholz</i>)..... | 81 |
| Summaries..... | 86 |

Europäisch-lateinamerikanische Wirtschaftsbeziehungen

von

Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker*

Für Ihre herzlichen Worte der Begrüßung danke ich Ihnen sehr. Mit großer Freude bin ich Ihrer Einladung gefolgt. Ich werte es als ein gutes Zeichen deutsch-argentinischer Partnerschaft, daß auch die Argentinische Handelskammer mit zu den Gastgebern gehört, und daß ich mich mit Ihrem Präsidenten in meiner eigenen Muttersprache fließend unterhalten kann.

In den vielfältigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Argentinien, wie zu Lateinamerika insgesamt, nimmt die Wirtschaft einen wichtigen Platz ein. Die deutsch-argentinischen Handelsbeziehungen reichen weit in die Geschichte zurück. Die Pioniere waren deutsche Kaufleute aus den Hansestädten und aus dem Ruhrgebiet. Ihnen folgten gegen Ende des 19. Jahrhunderts Vertreter großer deutscher Firmen, die hier Niederlassungen und Fabriken gründeten.

Zusammen mit über einer Million deutscher Einwanderer haben sie sich in Argentinien Achtung und Wertschätzung erworben. Dies ist ein wertvolles Kapital für die Beziehungen zwischen unseren Ländern, das es beständig und mit Bedacht zu nutzen gilt.

Die Bundesrepublik Deutschland und Argentinien sind füreinander wichtige Handelspartner. Der Handelsaustausch betrug 1986 fast 3 Milliarden DM. Die deutschen Direktinvestitionen in Argentinien sind mit rund 1,4 Milliarden DM die zweithöchsten in ganz Lateinamerika.

Wer aber genau differenziert, entdeckt, daß Handelsaustausch und Investitionen in den letzten Jahren stagnierten und zum Teil geschrumpft sind. Das gilt für die deutschen Ausfuhren nach Lateinamerika. Sie gingen von 1981 bis 1985 um 17 Prozent zurück. Die deutsche Wirtschaft kaufte im gleichen Zeitraum für 15 Milliarden DM mehr Waren in Lateinamerika als sie dorthin verkaufte. Die deutschen Exporte nach Argentinien lagen 1985 fast um die Hälfte niedriger als 1984. Inzwischen sind sie wieder leicht gestiegen. Das Handelsbilanzdefizit der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Lateinamerika betrug 1985 sogar 20 Milliarden DM.

Ich verstehe und würdige die gewiß nicht unberechtigten Sorgen Argentiniens gegenüber dem Agrarprotektionismus und der Subventionspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Ich bitte nur, dabei nicht zu übersehen, daß die Europäische Gemeinschaft im Verhältnis zu keiner Region so kontinuierliche und große Han-

*Auszüge aus einer Ansprache, die von Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker am 17. März 1987 vor der Deutsch-Argentinischen Handelskammer und der Argentinischen Handelskammer in Buenos Aires gehalten wurde.

delsbilanzdefizite aufzuweisen hat wie gegenüber Lateinamerika.

In den letzten Jahren war der deutsch-argentinische Handelsaustausch, wie mit Lateinamerika insgesamt, durch große Schwankungen gekennzeichnet. Den hohen Exporten und Importen in einem Jahr folgten immer wieder massive Einbrüche. Solche drastischen Schwankungen verunsichern die Wirtschaft. Ein gegenseitiger fruchtbarer Wirtschaftsaustausch muß langfristig angelegt sein. Er muß sich auf ein Mindestmaß an Berechenbarkeit, Kontinuität und damit Vertrauen stützen können.

Fragen wir nach den Ursachen dieser Schwierigkeiten, so stoßen wir auf Anpassungs- und Strukturprobleme, auf eine Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vor allem auf den drückenden internationalen Schuldenberg. Er untergräbt die innere Stabilität der Länder Lateinamerikas, überschattet die politischen Beziehungen und behindert den wirtschaftlichen Austausch. Der Versuch, der Schuldenkrise mit Importbeschränkungen und Steigerung der Exporte zu begegnen, konnte angesichts der Größe des Problems, keine ausreichende Lösung, keinen bleibenden Erfolg bringen. Allein um die Zinsen dieser riesigen Schulden zu bezahlen, mußte Lateinamerika 1985 fast 50 Prozent seiner Exporte und Dienstleistungen dafür aufbringen.

Es führt nicht weiter, darüber zu streiten, wie es zu dem Schuldenberg gekommen ist. Das Schuldenproblem ist kein Schuldenproblem. Die Schuldenkrise hat viele Väter. Die Einsicht hat sich daher durchgesetzt, daß alle, Gläubiger und Schuldnerländer, Banken und internationale Finanzinstitutionen, zusammenarbeiten müssen, um langfristige, tragbare Lösungen zu finden. Eine globale Lösung zu erwarten, wäre unreal. Konkrete Regelungen, die die Möglichkeiten und Chancen des einzelnen Landes berücksichtigen, sind es, die wir brauchen.

Argentinien hat von Anfang an einen solchen Weg der engen Zusammenarbeit gesucht. Die Bundesrepublik Deutschland wird – wie schon 1985 – auch bei zukünftigen Umschuldungsverhandlungen ihren aktiven und konstruktiven Beitrag leisten, der die langfristigen Perspektiven im Auge hat.

Mein Land steht als eine der großen Exportnationen der Welt zu seiner internationalen Verantwortung. Es hat immer auf eine wirksame Abstimmung der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik gesetzt. Es gehört zu den größten Kapitalgebern der multinationalen Finanzorganisationen und spielt in den internationalen Gremien wie auf den Weltwirtschaftsgipfeln und in der neuen Uruguay-Runde des GATT eine aktive und, wie ich hoffe, konstruktive Rolle für ein ausgewogenes globales Wachstum und damit zugleich für den Entwicklungsprozeß in der Dritten Welt.

Wir erstreben für uns in der Bundesrepublik Deutschland für 1987 ein Wachstum von 2,5 Prozent. Ungefähr auf diesem Niveau dürfte sich auch der Konjunkturanstieg in Europa einpendeln. Bei einer ungünstigen Entwicklung im ausenwirtschaftlichen Bereich werden die Wachstumsimpulse jedoch mehr und mehr von der Inlandsnachfrage ausgehen. Diese wird von der Bundesregierung unter anderem durch eine große Steuerreform weiter gestärkt werden. Schließlich wollen wir unseren Leistungsbilanzüberschuß erheblich abbauen.

Den Wachstumsmöglichkeiten in der Weltwirtschaft stehen allerdings auch, wie wir alle wissen, erhebliche Risiken gegenüber. Ich erwähne nur große Handelsbilanz- und Budgetdefizite in einigen Ländern, vor allem den USA, die neuerlich dort auch drohende Inflationsgefahr, der zunehmende protektionistische Druck, drastischen Dollarkursverfall, der für Europa und den Fernen Osten das Exportklima deutlich verschlechtert, und eine stagnierende Arbeitslosigkeit in Europa. Das offene multilaterale Handelssystem ist eine wesentliche Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwungs unserer Länder in den letzten Jahrzehnten gewesen. Wir würden alle verlieren, wenn es uns nicht gelänge, bestehende Handelsschranken und Handelshemmnisse wirksam abzubauen und uns gegen den Aufbau neuer solcher Hemmnisse mit Energie zu wehren. Wir haben daher ein gemeinsames starkes Interesse daran, daß die Uruguay-Runde zügig durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen wird. Angesichts der vielfältigen Spannungen auf unserem Planeten ist der freie Handel nicht nur das wirtschaftlich vernünftige und erfolgreiche, sondern auch das politisch allein sinnvolle Prinzip.



Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Argentinien's Staatspräsident Dr. Raul Alfonsín

Die argentinische Regierung hat ihrerseits mit Mut und Vertrauen in die Einsicht der Bürger einen Weg eingeschlagen, um die Haupthindernisse für ein gesundes wirtschaftliches Wachstum Schritt für Schritt zu bekämpfen, die Inflation zu drücken, die bürokratischen Hemmnisse zu beseitigen und Privatinitiative und marktwirtschaftliche Kräfte zu stärken. Die hierbei erzielten Fortschritte haben es ermöglicht, daß wieder staatliche Ausfuhrbürgschaften für deutsche Exporte nach Argentinien übernommen werden. Wir haben gerade jetzt diese Förderungsmöglichkeit parallel zu den bilateralen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen aufgestockt und ausgebaut. Wir begleiten die Stabilitätspolitik der argentinischen Regierung mit hohem Respekt.

Wir wissen, wie steinig dieser Weg ist. Ich bin aber überzeugt, daß dieses an menschlichen und materiellen Ressourcen so reiche Land seine Probleme lösen wird, wenn es den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzt und wenn es dabei mit der Einsicht und Hilfe seiner Freunde rechnen kann. Wir wissen, daß die Last der Anpassung sozial gerecht verteilt werden muß. Sie darf nicht nur die ärmsten Bevölkerungsschichten treffen. Jedes Land muß frei sein, seine Ressourcen wirkungsvoll einzusetzen. Eine einseitige Politik der Exportförderung mag kurzfristigen Zielen dienen. Aber wenn sie das tut und sich auf wenige Produkte konzentriert, wäre das für die Menschen in den Schuldnerländern schwer erträglich. Jedes Land benötigt neben Exporten die Fähigkeit zur Selbstversorgung und zur Steigerung von Produktion und Kaufkraft auf den eigenen Binnenmärkten.

Wie groß die Gefahr ist, von wenigen Exportprodukten abhängig zu werden, zeigt sich daran, daß 50 Prozent der gesamten Ausfuhr Lateinamerikas in die Europäische Gemeinschaft auf fünf Rohstoffe entfallen: Rohöl, Rohkaffee, Sojaprodukte, Raffinerieerzeugnisse und Eisenerz. In Argentinien entfallen zwei Drittel aller Exporte auf drei landwirtschaftliche Produkte: Ölfrüchte, Fleischwaren und Futtermittel. Eine solche Ausfuhrstruktur hat ihre guten Gründe gehabt. Auf die Dauer entspricht sie nicht den Möglichkeiten eines teilweise schon stark industrialisierten Landes wie Argentinien. Auch läßt sich damit die Ausfuhr auf lange Sicht nicht mehr wesentlich steigern. Wir werden in Europa im Jahr 2000 nicht viel mehr Fleisch, Soja, Öl und Getreide verbrauchen als heute. Zudem ist ein Ende der Krise auf den Weltagrarmärkten zwar dringend notwendig, aber noch nicht konkret in Sicht. In den deutsch-argentinischen Wirtschaftsbeziehungen werden wir uns von der Vorstellung eines problemlosen komplementären Austauschs landwirtschaftlicher Roherzeugnisse gegen Industrieprodukte lösen müssen. Argentinische Agrarausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland werden ihre Bedeutung behalten – sie beliefen sich 1985 auf ca. 1,5 Milliarden DM. Für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse soll es noch ungenutzte Ausfuhrmöglichkeiten im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems der Europäischen Gemeinschaft geben. Gerade für ein Land wie Argentinien, wo die Landwirtschaft etwa 70 Prozent der Devisen erwirtschaftet, wird man nicht von heute auf morgen die Exportstruktur ändern können oder wollen. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß die Zukunft der deutsch-argentinischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit stär-

ker in einer arbeitsteiligen, technologisch anspruchsvollen industriellen Zusammenarbeit für deutsche, argentinische und dritte Märkte liegt. Ohne fortschreitende Industrialisierung und Diversifizierung wird es keinem unserer Länder gelingen, sich von traditionellen Exporten einiger weniger Rohstoffe oder landwirtschaftlicher Erzeugnisse unabhängig zu machen.

Die Gemischte Deutsch-Argentinische Kommission für Wirtschaftsfragen hat im vergangenen Oktober in Köln Empfehlungen für eine solche zukunftsweisende deutsch-argentinische Unternehmenskooperation formuliert. Die Empfehlungen verweisen auf komparative Vorteile der argentinischen Industrie, wie Rohstoffe, spezifisches Know-how argentinischer Unternehmen, besondere Qualifikationen ihrer Arbeitskräfte, ungenutzte Produktionskapazitäten, Lohnkosten, Standort, leichterem sprach- und mentalitätsbedingtem Zugang zu lateinamerikanischen Märkten. Vorschläge knüpfen an die Eigeninteressen und Möglichkeiten der deutschen Industrie, an Technologietransfer und bei der gemeinsamen Vermarktung an. Danach bieten sich für mittel- und langfristige Zusammenarbeit besonders die Lebensmittelverarbeitung, Biotechnologie, Petrochemie und der Maschinen- und Anlagenbau an. Diese Empfehlungen sind eine wertvolle Entscheidungsgrundlage für unsere Firmen. Eine besondere Bedeutung wird der Förderung für kleine und mittlere Betriebe zukommen. Auch die von unseren Regierungen geforderte technische und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit sollte sich daran orientieren.

Die Entscheidung über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes mit Brasilien sowie Uruguay, die Beseitigung der Zölle für zunächst etwa 300 Investitionsgüter und die Unternehmenskooperation in ausgewählten Bereichen zeigen, daß Argentinien auf die industrielle Integration in neue Märkte setzt. Der verschärfte Wettbewerb ist sicher mit Risiken verbunden. Der erweiterte Markt aber eröffnet auch neue Chancen für Konzentration und Spezialisierung, Innovation und niedrige Stückkosten. Beweis hierfür ist die enge Zusammenarbeit von Volkswagen und Ford in Argentinien und in Brasilien, die nun mit den Kostenvorteilen beider Länder für einen größeren Markt erfolgreich produzieren kann.

Meine Damen und Herren, unsere eigenen Erfahrungen in Europa ermutigen uns, diese beginnende wirtschaftliche und politische Integration zu unterstützen. Sie wird Argentinien und Brasilien und am Ende den lateinamerikanischen Kontinent insgesamt stärken. Sie verbessert die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Lateinamerika. Technologietransfer findet schon täglich durch zahlreiche Kooperations- und Lizenzverträge deutscher Unternehmen und durch die Ausbildung argentinischer Fachkräfte statt.

Auf der Grundlage des Regierungsabkommens von 1969 arbeiten unsere Forschungsinstitutionen in Hochtechnologiebereichen seit Jahren erfolgreich zusammen, tauschen Wissenschaftler und Forschungsergebnisse aus und führen gemeinsame Projekte durch.

Ich freue mich, daß übermorgen während meines Besuchs auf dem deutschen Forschungsschiff Polarstern in Puerto Madryn ein Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen dem Argentinischen Antarktis-Institut und dem Alfred-

Wegener-Institut für Polarforschung unterzeichnet wird. Ich bin sicher, daß dieses ein Beispiel ist, wie neue Impulse für eine noch engere deutsch-argentinische Zusammenarbeit bei der Antarktis-Forschung ausgehen können.

Im Rahmen des Abkommens über Technische Zusammenarbeit von 1976 wurde vor einigen Jahren die Stiftung "REFA Argentinien" ins Leben gerufen, die durch Ausbildung, Forschung, Dokumentation und Unternehmensberatung Beiträge zur Verbesserung der Produktivität der Arbeits- und Organisationsabläufe in der Industrie, im Dienstleistungssektor und in der Verwaltung leistet. Zahlreiche, von der Bundesregierung geförderte zweisprachige Schulen und das Goethe-Institut bilden unter anderem zweisprachigen kaufmännischen und technischen Nachwuchs aus. Ein anderes Projekt unserer technischen Zusammenarbeit ermittelt gemeinsam mit der Argentinischen Handelskammer Bereiche möglicher Kooperation zwischen deutschen und argentinischen Firmen und hilft dabei, geeignete Partner zusammenzuführen.

Der größte Reichtum, über den Lateinamerika verfügt, ist sein Reichtum an menschlichen Fähigkeiten wie Vitalität, Kreativität, Verstand, Fleiß und Phantasie. Dieser Schatz läßt sich nach unserer Erfahrung vor allem durch die berufliche Ausbildung heben. Sie ist von zentraler Bedeutung. Langfristig sind es weniger die Rohstoffe, sondern die Menschen, die das wirtschaftliche Schicksal eines Volkes bestimmen. Ich bin davon überzeugt, daß die deutsche Wirtschaft mit ihrem weltweit bewährten dualen Ausbildungssystem, nämlich der Verbindung von Schule und praktischer Lehre, hierbei einen wichtigen Beitrag leisten kann. Es freut mich, daß der "Consejo Nacional de Education Tecnica" und die Industrie mit deutschen Experten bei der dualen Facharbeiterausbildung in technischen Schulen und unmittelbar an den Ausbildungsplätzen der Industrie zusammenarbeiten.

Unsere Völker und Volkswirtschaften rücken in einer Welt, die immer kleiner wird, noch enger zusammen. Die Demokratie schafft neues Vertrauen für einen intensiven politischen Dialog und verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir Deutsche fühlen uns den Völkern Lateinamerikas, wir fühlen uns Argentinien in altbewährter Freundschaft verbunden. Zusammen mit unseren europäischen Partnern nehmen wir die Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und das heißt vor allem auch der sozialen Entwicklung in Ihrem Land ernst.

Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa sagte vor kurzem während eines Deutschlandbesuches:

"Um unsere Institutionen zu verbessern, um diese unvollkommenen Demokratien zu vervollkommen, brauchen wir die Hilfe der großen Demokratien Westeuropas, nicht durch Geschenke, sondern da, wo Hilfe entscheidend sein kann: bei unseren wirtschaftlichen Problemen".

Wir wollen dabei mithelfen, so gut wir es können. Argentinien ist durch Geschichte, Sprache und Kultur dauerhaft mit Europa verbunden. Seine Volkswirtschaft ist eng mit denen der westlichen Industrieländer verflochten. Zugleich kennt es die Sorgen der ganzen südlichen Hälfte der Weltkugel besonders gut.

Mit seinen Erfahrungen und Fähigkeiten kann es Brücke werden für eine neue Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika, zwischen Nord und Süd. Es kann vermitteln und ausgleichen und damit einen wichtigen Beitrag leisten zum Frieden in der Welt

Seminar Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des "Drumherum", hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

**LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen,
Tel.: 07031/81855, Telex: 7 265 320.**

"Die Anwesenheit der EG in der Region stärkt die Mittelamerikaner politisch, wirtschaftlich und moralisch"

Interview mit Ana Lucrecia Rivera Schwarz

Wenn man vom Interessenstandpunkt Europas aus ins Auge faßt, was jenseits des Atlantiks passiert, so drängen sich einem nicht nur die freilich wichtigen Gleichgewichte, Übergänge und Veränderungen auf, die das weitgehend stabile, wenngleich dynamische System der Nordatlantischen Hemisphäre auch zur Zeit eines Überwechselns von der Industrie in eine Informationsgesellschaft kennzeichnen und immer wieder neuartige Zielsetzungen sowie zufallsbedingte Eingriffsmöglichkeiten, interne Umgruppierungen und Umordnungen externer Wechselwirkungen hervorbringen. Obwohl in dieser Hemisphäre die Interdependenzen zwischen unter der gleichen Norm stehenden, liberal verfaßten Rechtsstaaten, auf mehr oder weniger freier wie ordnungspolitisch geregelter Marktwirtschaft beruhenden Volkswirtschaften und in Wissenschaften, Kirchen, Künsten und Medien, aber auch in Politik und Management wirkenden Elitegruppen besonders ausgeprägt sind, lenken gerade ihre Verschiebungen und Umschichtungen den Blick stets auch nach Zentral-Amerika, den Karibischen Inseln und nach Süd-Amerika. Nicht nur das interamerikanische, auch das europäisch-nordamerikanische Verhältnis impliziert diesen Blickwinkel als einen notwendigen. Denn es hängt für den Zustand eines uns freundlich entgegenretenden, mit uns kooperierenden wollenden Nordamerikas Wesentliches davon ab, was jenseits der Südgrenze der USA geschieht und gerade dort eröffnen sich Handlungsmöglichkeiten für Europa, die sich nur für Europa eröffnen, wenn auch zum Vorteil nicht nur Europas, sondern zugleich auch der beiden Amerikas.

LIBERTAS verfolgt daher mit Aufmerksamkeit, welche Entwicklungstendenzen das aus geistigen, politischen und wirtschaftlichen Komponenten geflochtene Bild Zentral- und Süd-Amerikas prägen. (Vgl. hierzu besonders LIBERTAS, 1/1984, S. 56ff; 2/1984, S. 1ff; 1/1985, S. 87ff; 3/1985, S. 87ff; 4/1985, S. 67ff, 84ff; 1/1986, S. 86ff; 3-4/1986, S. 43ff.) Generell ließe sich hierzu leicht feststellen, daß dieses Bild in letzter Zeit insbesondere durch eine unerträglich verschärfte Schuldenkrise bei gleichzeitiger Beschränkung (teilweise: Umschuldung) der Netto-Schulden und verstärkter, womöglich marktgerechter Struktur-anpassung im Rahmen eines (mehr oder weniger) freien Welthandels, nicht zuletzt aber durch einen unaufhaltsamen Siegeszug zumindest zur Rechtsstaatlichkeit tendierender Demokratien gekennzeichnet ist. Diese letztere Tendenz vollzog sich in Süd-Amerika, wo die meisten Militärdiktaturen der Vergangenheit angehören oder eben beginnen dies zu tun, und im Karibischen Raum unter

aktiver Beteiligung engagierter Massen von Bürgern, wenn auch den Anlaß dazu manchmal solche legitime Konfliktbewältigungen wie der Falkland-Krieg oder die Grenada-Invasion liefern mußten.

Nachwievor wichtig und nicht ohne Risiken für die mehrheitlich beehrte Demokratie scheint die Entwicklung in Zentral-Amerika zu sein, wo noch vor kurzem in mehreren Ländern, vor allem in El Salvador und in Nicaragua, der Bürgerkrieg tobte bzw. eine legitime Revolution in Tyrannei umzuschlagen drohte, und wo dank der Bemühungen der sog. Contadora-Gruppe, aber auch einiger zäh ausgesandter Impulse aus der Nordatlantischen Hemisphäre, sich zumindest Kompromisse abzeichnen, die für die Demokratie von Vorteil sein dürften.

Wer könnte einen genuineren Eindruck über die politischen Zielsetzungen, Bewertungen, Erwartungen und Hoffnungen zentral-amerikanischer Demokraten vermitteln als eine überzeugte Verfechterin der Demokratie aus jenem Land, das zu den stabilsten, nunmehr demokratisch regierten der Region gehört? Frau Ana Lucrecia Rivera Schwarz vertritt die Republik Guatemala als Botschafterin in Bonn. Für LIBERTAS sprach mit ihr unser Redaktionsbeiratsmitglied Reinhard Stuth.

LIBERTAS: Frau Botschafterin, was bringt eine junge Frau dazu, die Regierung eines Landes im Umbruch in Europa zu vertreten?

Rivera: Guatemala braucht gerade heute die Mitarbeit aller Guatemalteken, insbesondere der Jüngeren, um unsere neu errungene Demokratie zu konsolidieren. Meine Generation hat die Politik der vorherigen Regierungen kritisiert. Jetzt ist die Zeit und auch die Gelegenheit gekommen, in unserem Land mitzuwirken und konkret etwas zu tun.

Für Guatemala ist unsere Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen unseren beiden Ländern sehr wichtig. Deswegen ist es notwendig, daß der Botschafter sich mit unserem Demokratisierungsprozeß uneingeschränkt identifiziert. Ich wage es zu sagen, daß meine Berufung als Botschafterin ein weiterer Beweis des in Guatemala vollzogenen Wechsels ist.

LIBERTAS: Sie persönlich widersprechen vielen Klischees. Müssen Sie als Frau härter als Ihre männlichen Kollegen arbeiten, um Anerkennung zu finden?

Rivera: Ich denke nicht so, nach meiner Erfahrung. Frau zu sein, hat Vor- und Nachteile. Letztlich bestimmen andere Faktoren über Erfolg oder Mißerfolg. In der diplomatischen Welt, die traditionell Männern vorbehalten ist, öffnen sich für eine Frau Türen bis zu einem gewissen Punkt leichter. Danach muß man allerdings härter als ein Mann arbeiten, um Anerkennung zu finden und konkret etwas durchzusetzen.

LIBERTAS: Und wenn Sie Ihre Fähigkeiten und Kenntnisse glaubwürdig unter Beweis gestellt haben?

Rivera: Dann wird der Weg leichter und ebener.

LIBERTAS: Hat sich eigentlich die Stellung der Frau in der lateinamerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert? Lateinamerika gilt ja bei vielen als ein Kontinent des Machismo.

Rivera: Aufgrund der Vielfalt der Kulturen ist es problematisch, Lateinamerika als Einheit zu betrachten. Es gibt unterschiedliche Mentalitäten und verschiedene soziale Gegebenheiten. Im Großen und Ganzen kann man aber feststellen, daß die Frau in Lateinamerika ihre mangelnde Gleichberechtigung und ihre Abhängigkeit jetzt klar erkannt hat. Daraus folgend gab es in den letzten Jahrzehnten einen wichtigen Wandlungsprozeß, der der Frau, die es will, erlaubt hat, von der traditionellen Rolle – Hausarbeit und Kindererziehung – abzuweichen.

Allein in den letzten zehn Jahren gab es in zwei südamerikanischen Staaten Frauen als Staatsberhaupter. Wo hat es das in Europa, Afrika oder Asien gegeben – Monarchien einmal ausgenommen?

Ich bin der Meinung, daß die lateinamerikanische Frau eine starke Frau ist, die vorwärts kommen kann, wenn man ihr die Möglichkeit gibt. In Guatemala beispielsweise studieren immer mehr Frauen, erreichen einen akademischen Abschluß, übernehmen erfolgreich Verantwortung im intellektuellen und wirtschaftlichen Bereich und gelangen sogar in Führungspositionen. Sie tragen so zur Konsolidierung des Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesses im Lande bei.

Leider ist es bislang noch eine kleine Zahl von Frauen, die den Durchbruch geschafft hat. Die Lage der Frauen, insbesondere auf dem Land, und das heißt vielerorts: in der Mehrheit Indianerinnen, ist noch sehr schwer.

LIBERTAS: Hängt das mit den schwerwiegenden Problemen der Unterentwicklung zusammen?

Rivera: Ja. Diese Strukturen haben die traditionelle Rolle der Frau festgelegt. Sie ist zur Arbeit gezwungen, um für den Unterhalt der Familie beizutragen. Unter diesen Voraussetzungen hat die Frau am wenigsten die Möglichkeit, an Ausbildung und Erziehung teilzuhaben. Deswegen versuchen wir jetzt auch in Guatemala, Erziehungs- und Entwicklungsprogramme auf dem Land und spezifisch an die Frau gerichtet einzusetzen.

LIBERTAS: Können Sie noch mehr zu Guatemala sagen: Welche Rolle spielt die Gleichberechtigung der Frau im Reformprogramm von Präsident Cerezo?

Rivera: Wie schon erwähnt, beruhen die Hindernisse für die Entwicklung der guatemaltekischen Frau auf unserer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Regierung von Präsident Cerezo hält die Beteiligung der Frau an der Entwicklung für sehr wichtig. Sie fördert derzeit durch gezielte Erziehungsprogramme das Bewußtsein der Frau hinsichtlich ihrer Rolle innerhalb der Gesellschaft.

Eine intensive Alphabetisierungskampagne wurde eingeleitet. Diese Regierung ist auch bemüht, daß die Gesetze respektiert werden, die seit 1944 im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich eingeführt wurden und die die Frau begünstigen.

Die Überzeugung Cerezos von einer aktiveren Mitwirkung der Frau in der Regierung wurde durch die Berufung zahlreicher Frauen auf wichtige Posten in der öffentlichen Verwaltung politische Wirklichkeit. Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen. Von Frauen werden geleitet: das Arbeitsministerium, Kultusministerium, Sekretariat für politische Angelegenheiten des Präsidialamts, Sekretariat für Presse und Information des Präsidialamts, Generaldirektion des

Fremdenverkehrsamts. Im Ausland sind vier Botschafterinnen tätig: in der Dominikanischen Republik, in Honduras, Venezuela und in Bonn.

LIBERTAS: Wechseln wir das Thema. Lange Jahre beherrschten Militärs die Politik Lateinamerikas. Die Landkarte zwischen Rio Bravo und Feuerland zeigt mittlerweile überwiegend demokratische Regierungen mit vereinzelt Inseln der Diktatur. Hat die Demokratie in Lateinamerika endgültig Fuß gefaßt oder ist der Boden noch brüchig?

Rivera: Wieder denke ich, daß es sehr schwer ist, über Lateinamerika als eine Einheit zu sprechen. Es ist aber richtig, daß die Demokratie die meisten Kämpfe in der Region für sich entschieden hat. Sich über ihre Stabilität im einzelnen zu äußern, würde eine tiefere Analyse der Länder benötigen. Vielleicht sollte LIBERTAS diesem Thema demnächst ein eigenes Heft widmen.

In Bezug auf Guatemala wissen Sie, daß wir uns auf dem Weg der Demokratie befinden. Diese Demokratie kostete die Guatemalteken lange Jahre des Leidens und hohe Opfer, die wir bei weitem nicht in einer einzigen Legislaturperiode aufholen können. Aber gerade deshalb sind wir entschlossen, die Demokratie zu verteidigen und den gemeinsam ersehnten Frieden in Freiheit zu festigen. Aufgrund dieser Einstellung beteiligt sich mein Land an der Suche nach einer friedlichen Lösung der Konflikte in anderen mittelamerikanischen Ländern. Wir wissen: Je mehr sich die Demokratie in der Region konsolidiert, desto unangreifbarer wird unsere eigene Demokratie. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß die Demokratie in Guatemala endgültig Fuß gefaßt hat und immer mehr an Boden gewinnt.

Ana Lucrecia Rivera Schwarz, die Botschafterin der Republik Guatemala in Bonn, zählt mit 31 Jahren zu den jüngsten und wohl attraktivsten Diplomaten. Nach dem Besuch der Deutschen Schule in Guatemala studierte sie zunächst Business Administration in den USA und sie erlernte alsdann das Hotelfach in Salzburg. Sie war anschließend Repräsentantin des Chemie-Konzerns Bayer bis die neue demokratische Regierung unter Präsident Cerezo sie zur Tourismusabteilungsdirektorin berief und schließlich als Botschafterin nach Bonn entsandte.



LIBERTAS: Gut, aber wie sieht es in Ihrem Land mit den Grundrechten aus? Gibt es auch unter der demokratischen Regierung von Präsident Cerezo Menschenrechts-Verletzungen?

Rivera: Vinicio Cerezo bemüht sich, alles, wirklich alles in seiner Macht Stehende zu tun, dem Rechtsstaat, den Menschenrechten und der Freiheit aller Guatemalteken absolute Geltung zu verschaffen. Das ist weder leicht noch über Nacht zu erreichen. Die Regierung reduzierte die Gewalt auf ein nicht erwartetes Niveau und das in einem Land, das sehr lange einen Bürgerkrieg erlebte und sich heute mehr denn je in einer konfliktreichen Region befindet.

Wir geben zu, daß es immer noch mißbräuchliche Gewaltanwendung von untergeordneten Regierungsstellen gibt. Dieses bereitet uns Sorgen. Wir wollen uns damit niemals abfinden. Das Problem hat sich aber grundlegend gebessert. In diesem Sinn haben die Vereinten Nationen und die Organisation Amerikanischer Staaten ihr Verständnis und ihre Zustimmung zur wachsenden Einhaltung der Menschenrechte in Guatemala geäußert.

LIBERTAS: Was kann Europa konkret dazu beitragen, um die Kräfte der Demokratie und der Menschenrechte in Lateinamerika zu stärken? Vielfach wird ja beklagt, daß die Europäische Gemeinschaft Lateinamerika seit langem zugunsten anderer Regionen der Welt vernachlässigt.

Rivera: Die Anwesenheit der Europäischen Gemeinschaft in der Region stärkt die Mittelamerikaner politisch, wirtschaftlich und moralisch. Je mehr in Zentralamerika Abkommen für die politische Stabilität und zur Verminderung der Konflikte geschlossen werden, um so mehr werden die europäischen Länder gewillt sein, uns wirtschaftlich zu helfen und unsere eigene und freie Entwicklung zu fördern.

So könnte unsere Abhängigkeit von den großen Märkten durch eine Ausweitung des Handelsaustausches und durch erweiterte Zollpräferenzen vermindert werden.

Es gibt so tiefe historische, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Bindungen zwischen Europa und Lateinamerika, daß ich überzeugt bin, daß die Europäische Gemeinschaft eine besondere Verpflichtung zur Zusammenarbeit und Solidarität haben sollte. Ich hoffe sehr, daß durch den Erfolg des politischen Dialoges zwischen unseren zentralen amerikanischen Ländern und der Contadora-Gruppe einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits auch die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit bekräftigt und vertieft wird.

LIBERTAS: Sie selber kommen aus dem Bereich der Privatwirtschaft. Als ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutsch-Guatemalteken Handelskammer haben Sie vielfältige Erfahrungen mit ausländischen Direktinvestitionen. Lohnt sich für europäische Unternehmen überhaupt die Gründung von Tochterfirmen in Guatemala? Der guatemalteke Binnenmarkt ist doch sehr klein und noch immer bestehen in Europa Zweifel an der Stabilität der jetzigen Regierung.

Rivera: Guatemala ist ein Land, das bedingt durch seine natürlichen und menschlichen Ressourcen und seine strategische Lage im zentralamerikanischen und karibischen Raum besondere Investitionsbedingungen anbietet. Die guatemalteke Wirtschaft ist eine der stärksten in der Region. Sie hat mit 312 Dollar pro

Einwohner die niedrigste Pro Kopf-Auslandsverschuldung in Lateinamerika. Auch bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt steht Guatemala mit nur 26,9 % Verschuldung mit großem Abstand auf Platz eins in Lateinamerika.

Ich muß auch unterstreichen, daß die guatemalteke Wirtschaft traditionell eine der stabilsten gewesen ist, die zudem in allen produktiven Bereichen tätig ist. In kaum einem anderen Land greift der Staat derart wenig in die wirtschaftliche Betätigung ein. Die öffentlichen Unternehmen beschränken sich auf Dienstleistungen in den Bereichen Elektrizität, Post, Telefon, Luft- und Eisenbahnverkehr sowie Hafenbetrieb.

Im übrigen bin ich nicht mit der Behauptung einverstanden, daß es in Europa noch berechtigte Zweifel an der Stabilität unserer jetzigen Regierung geben kann. Wir haben bewiesen, daß Guatemala über politische Stabilität verfügt. Durch den Neubeginn einer demokratischen, rechtsstaatlichen Regierung wurden günstige Voraussetzungen für neue Investitionen im Land geschaffen.

LIBERTAS: Lassen Sie mich bitte noch eine letzte Frage stellen. Wer Ihr Land kennt, die Freundlichkeit der Menschen, die einzigartig schöne Landschaft, die reiche Kultur, möchte es immer wieder besuchen. Was können Sie deutschen und europäischen Tourismus-Unternehmen bieten?

Rivera: Der europäische und ganz besonders der deutsche Tourist sucht immer neue Ziele, die ihm mehr als Sonne und Strände anbieten können. Guatemala ist in diesem Sinn eine ideale Urlaubsalternative: Es ist ein kleines Land, das aber über eine reiche Vielfalt von Landschaften, Kultur, Archäologie, Folklore und das ganze Jahr über ein wunderbares Klima verfügt. Überdies sind die Kosten eines Aufenthaltes für Europäer – durch den jetzigen Wechselkurs – sehr niedrig.

Guatemala verfügt über eine hervorragende touristische Infrastruktur sowohl in der Hauptstadt als auch in den kleineren Städten und Dörfern im Landesinnern, wo die koloniale Umgebung noch weiterbesteht. Zur Zeit gibt es etwa zehn große deutsche Reiseunternehmen, die Guatemala in ihren Katalogen anbieten. Die Zahl der deutschen Touristen, die nach Guatemala reisen, hat in den letzten beiden Jahren wesentlich zugenommen. Die Tendenz ist sehr ermutigend.

Gewöhnlich verbinden die Gruppen, die Guatemala besuchen, die Reise mit Mexiko, Costa Rica oder einer Insel in der Karibik. Es gibt auch eine große Anfrage für Sonderreisen nach Guatemala, beispielsweise zur Vogelbeobachtung, für Wanderungen, Archäologie, Bergsteigen (Vulkane) oder Studien von Webereien. Kurz zusammengefaßt ist Guatemala mittlerweile für europäische Reiseveranstalter ein ideales Ziel, das ein hervorragendes Produkt, einen sehr guten Preis, Sicherheit und ein gutes Ansehen miteinander verbindet.

LIBERTAS: Frau Botschafterin Rivera, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Thesen zur Sozialen Marktwirtschaft in der Programmatik der CDU/CSU

von

Prof. Dr. Joachim Starbatty*

1. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft will das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden (Müller-Armack). Es entspricht dem abendländischen Menschenbild, daß der Mensch in seinen Entscheidungen frei sein solle, daß er aber auf Gemeinschaft angewiesen sei und in dieser für den Nächsten Verantwortung trage. Damit ist in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eine innere Spannung eingebracht: Individuelle Entscheidungen einerseits und soziale Verpflichtung andererseits. Es ist die Kunst der Ordnungspolitik, diese Spannung fruchtbar aufzulösen. Dabei gibt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft kein auf Dauer angelegtes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm vor, sondern orientiert sich – auf bestimmten Konstanten aufbauend – an den jeweiligen Problemsituationen.

2. Eine innere Spannung beherrscht auch die programmatischen Aussagen der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft: die katholische Soziallehre, die Wirtschaftsliberalismus. Für den einen Pol steht das *Ablener Programm* der CDU von 1947, das zwar von der Gesamt-CDU nicht ratifiziert wurde und das auch nicht Richtschnur für praktische Politik gewesen ist, das aber bisweilen wie ein Mythos die programmatische Diskussion der CDU beherrscht; für den anderen Pol stehen die *Düsseldorfer Leitsätze* von 1949, die dem sozialen Anliegen Rechnung getragen sehen, wenn auf der Basis einer stabilen Währung Leistungswettbewerb herrscht und dieser vom Staat dauerhaft gesichert wird. Diese Spannung prägt auch die politisch-programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU: Die Sozialausschüsse wollen das Andenken an das *Ablener Programm* wachhalten, während die Mittelstandsvereinigung und der Wirtschaftsrat der CDU e.V. auf die *Düsseldorfer Leitsätze* setzen. Es sind aber keine tiefen Gräben, die beide Strömungen trennen. Norbert Blüm hat sich jüngst zu den *Düsseldorfer Leitsätzen* bekannt, und Wirtschaftsliberale können durchaus den programmatischen Kernsätzen des *Ablener Programms* zustimmen. Die einigende Klammer ist das *Subsidiaritätsprinzip*: Dem einzelnen Bürger Initiative und verantwortliche

* Der vorliegende Text gibt ein Referat des Autors wieder, das er anlässlich des Kolloquiums "Les démocrates chrétiens et l'économie social de marché" des Institut de Politique Internationale et Européenne an der Université de Paris X Nanterre, der Europäischen Volkspartei (EVP) und des Centre des Démocrates Sociaux (CDS) am 30. September 1987 im Pariser Palais de Luxembourg/Sénat gehalten hat.

Selbsthilfe im *Rahmen des Möglichen* zu überlassen. Dies bedingt die dezentrale Entscheidungsfindung und die Bildung privaten Eigentums: die Konstituenten der *Marktwirtschaft*.

3. Die *Düsseldorfer Leitsätze* waren Richtschnur für die Politik der von CDU/CSU dominierten Bundesregierungen seit 1949. Die *Düsseldorfer Leitsätze* zeichnen – gerade vier Jahre nach Kriegsende – ein klares marktwirtschaftliches und mutiges Programm. Es ist nicht das Werk eines Kollektivs oder Ausdruck eines kollektiven Willens, sondern das von wenigen weitsichtigen Männern. Es ist das Werk der Mitstreiter um Ludwig Erhard, die seine Politik programmatisch absicherten und dafür die Sanktionierung durch die Partei einholten. Es ist die programmatische Fortführung des von Ludwig Erhard initiierten und politisch verantworteten Kurses der Marktbefreiung: Schaffung eines verlässlichen Geldes und weitgehende Abschaffung der Warenbewirtschaftung. Die dadurch für die Allgemeinheit genutzte Produktivität von Arbeitskräften und Findigkeit von Unternehmen verbesserten die wirtschaftliche und soziale Situation der einzelnen Bürger schlagartig. Die Botschaft der *Düsseldorfer Leitsätze* ist ganz eindeutig: *Marktbefreiung ist sozial*.

Auch bei der Beseitigung der hohen Nachkriegsbeitslosigkeit wird auf Marktbefreiung gesetzt. Dadurch ist auch die Mitbestimmung des Bürgers gesichert: Die Ausgabenströme neu geschaffener Einkommen steuern die Produktionsstruktur entsprechend den Konsumentenwünschen. Aufgabe der Politik – und hier liegt der zentrale Unterschied zur kapitalistischen Produktionsweise – ist die Kontrolle der Einhaltung von Wettbewerbsregeln.

Die praktische Wirtschaftspolitik hat sich weitgehend an die programmatischen Vorgaben gehalten:

- weitere Marktbefreiung z.B. in Form von Reprivatisierung von Staatseigentum,
- Schaffung eines "Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" (Kartellgesetz) und eines weitgehend unabhängigen Bundeskartellamtes (1956),
- Schaffung einer (weitgehend) unabhängigen Notenbank (1957),
- Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung (Marktkonformität),
- auf der Grundlage des wirtschaftlichen Aufbaus Ausbau des sozialen Sicherungssystems.

4. Die *Düsseldorfer Leitsätze* gaben die Basis für eine konsistente Wirtschafts- und Sozialpolitik ab. Insofern könnte erklärlich sein, warum sich die CDU erst wieder im Jahre 1968 ein neues Programm gegeben hat. Wesentlicher ist wohl, daß sich die CDU nie als eine Weltanschauungspartei zur Durchsetzung eines bestimmten Programms verstanden hat, sondern als eine Vereinigung, die auf Grund ihres gesunden Menschenverstandes schon die richtigen Antworten auf die jeweiligen Fragen der Zeitläufe wußte. Dies hatte drei wichtige Konsequenzen:

- Wichtige wirtschaft- und sozialpolitische Entscheidungen – z.B. Einführung der dynamischen Rente – wurden getroffen, ohne daß hierzu eine innerparteiliche Diskussion zu programmatischen Aussagen geführt hätte
- eine pragmatisch angelegte Wirtschaftspolitik löste sich von jedem marktwirt-

schaftlichen Geist der Düsseldorfer Leitsätze (Energiepolitik, Agrarpolitik);
 – Die CDU verlor die ordnungspolitische Initiative in zentralen Bereichen: Prozeßpolitik, Umweltpolitik.

5. Die veränderte politische (große Koalition mit der SPD) und wirtschaftliche Ausgangssituation (1967 gab es erstmals einen empfindlichen Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung) zwang die CDU zu einer programmatischen Überprüfung ihres politischen Willens. An der Erarbeitung des *Berliner Programms* war die Partei insgesamt engagiert:

- Eine Programmdiskussion erarbeitet unter dem Vorsitz des Generalsekretärs einen Entwurf,
- er wurde den einzelnen Parteigremien zur Beratung vorgelegt,
- auf der Grundlage von Änderungsanträgen vom Bundesvorstand überarbeitet und
- auf dem Berliner Parteitag nach Diskussion weiterer Anträge verabschiedet (1968).

Dieses Programm wurde dann – nachdem die CDU/CSU nach der Bundestagswahl 1969 in die Opposition verwiesen worden war – in einem ähnlichen Verfahren überarbeitet und auf einem Parteitag in Düsseldorf verabschiedet (*Berliner Programm*, 2. Fassung).

In beiden Fassungen des *Berliner Programms* bekennt sich die CDU uneingeschränkt zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und zu deren weiteren Ausbau. Waren die *Düsseldorfer Leitsätze* wirtschaftsliberal ("Marktbefreiung ist liberal") ausgerichtet, so betont das *Berliner Programm* (2. Fassung) die Spannung: Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Die Realisierung des *sozialen Anliegens* wird nun nicht mehr als Konsequenz eines staatlich gesicherten Leistungswettbewerbs angesehen, sondern gilt als politische Aufgabe. Konsequenterweise hat sich der Staat nicht mehr bloß um die Rahmenbedingungen zu kümmern; er übernimmt zusätzlich Verantwortung für die Realisierung wirtschaftlicher und sozialer Ziele. Die Feststellung – "Die Soziale Marktwirtschaft ist privilegienfeindlich und richtet sich gegen jeden staatswirtschaftlichen Dirigismus" – ist zwar Bekräftigung einer Grundüberzeugung, ohne daß sie aber politische Wirkkraft entfaltete. Waren die *Düsseldorfer Leitsätze* darauf gerichtet, was die Politik tun müßte, um nach dem Dirigismus der nationalsozialistischen Lenkungswirtschaft wieder den Marktkräften zum Durchbruch zu verhelfen, so wird jetzt erläutert, welche Verantwortung die Politik im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung zur Realisierung ökonomischer und sozialer Ziele trüge. Beispielhaft seien genannt:

- Globalsteuerung (staatliche Einschaltung in den Wirtschaftsprozess, um durch gezielte Eingriffe Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei wirtschaftlichem Wachstum zu realisieren),
- Technologiepolitik als staatliche Einschaltung in die betriebliche Adaption des technischen Fortschritts zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit,

– Umweltschutz als politischer Auftrag (Vorgabe staatlicher Standards für die Industrieproduktion),

- Mitbestimmung nicht mehr über den Wettbewerb, sondern über die Teilhabe an unternehmerischen Entscheidungen,
- soziale Sicherung, wobei detaillierte Vorgaben für einzelne Politikbereiche gemacht werden.

6. Im Dezember 1971 wurde eine Grundsatzkommission unter dem Vorsitz von Richard von Weizsäcker eingesetzt, die in engem Kontakt mit der Wissenschaft die für die Politik relevanten neu auftretenden Fragen erfassen und der Partei vorschlagen sollte, wie sie sich damit auseinandersetzen sollte. Dieser Auftrag verlangte, daß sich die Kommission auch mit dem Menschenbild und der darauf aufbauenden Wirtschafts- und Sozialordnung befaßte. Der Entwurf wurde nach Diskussion in den zuständigen Gremien auf einem Parteitag in Ludwigshafen (1978) als *Grundsatzprogramm der CDU* verabschiedet.

Sieht man *Ablener Programm* und *Düsseldorfer Leitsätze* als die Spannungspole innerhalb der CDU an, dann verlagert das *Grundsatzprogramm* den programmatischen Akzent weiter in Richtung *Ablener Programm*: "Soziale Gerechtigkeit kann der Markt nicht allein aus sich bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit". Ganz eindeutig ist die Bejahung der Marktwirtschaft und die Ablehnung einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft. Doch geraten die Defizite der marktwirtschaftlichen Koordination stärker ins politische Fadenkreuz, und damit steigt automatisch die politische Verantwortung für wirtschaftliche und soziale Aufgaben. Die Kapitel "Wirtschaftsordnung" und "Sozialordnung" weisen die gestiegene staatliche Verantwortung aus.

Das Konzept der "Sozialen Marktwirtschaft" lebt – wie gesagt – von der Spannung der Freiheit auf dem Markte mit dem sozialen Ausgleich. Insofern ist die Formulierung des *Grundsatzprogramms* – "Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden" – mit dem theoretischen Konzept kongruent. Freilich bewirkt die Dynamik der politischen Willensbildung gerade im sozialen Bereich, daß sich sozialpolitische Entscheidungen von der ökonomischen Basis "emanzipieren", weil die ökonomischen Konsequenzen bestimmter sozialer Arrangements entweder nicht exakt prognostiziert werden können oder aber als lästige Einreden beiseite gedrängt werden. Hierfür gibt es – länderübergreifend – vielfältiges Anschauungsmaterial.

7. Die *Stuttgarter Leitsätze* (1984) für die 80er Jahre (Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation) sind ein ausschließlich ökonomisches Aktionsprogramm. Hier wird vorrangig auf die Erhaltung und den Ausbau der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft abgestellt. Trotzdem bringt das Programm keine Akzentverlagerung in Richtung *Düsseldorfer Leitsätze*, sondern thematisiert die möglichen staatlichen Hilfestellungen des Staates für die Unternehmen in einer Zeit des technologischen Wandels.

Christian-Democrats and the Economic Crisis

by

Herman Van Rompuy*

1

The reaction of Western European Christian-Democrats to what is commonly known as the economic crisis cannot be understood unless one bears in mind the period up to 1973.

After the war Christian-Democrats devised a new socio-economic model based on a *social market economy* characterized on the one hand by more extensive social security arrangements and a policy of full employment and on the other by encouragement of initiative and risk taking. A social consensus would be sought through consensus economics, involving employers and labour in the decision-making process. National authorities were taken unawares by the founders of the *European Community* who were also Christian-Democrats.

The social market economy reached its peak in the sixties and beginning of the seventies. And it was at the beginning of the seventies that full employment was achieved, even giving rise to a shortage of manpower (cf. immigration) and "overheating". The social security system was expanded to such an extent that people began to talk of a "Welfare State". Public expenditure increased to about 50% of the GNP. Consensus economics became what some people term corporatism.

In the twelve years when the standard of living almost doubled, the consensus was practically spontaneous. There was enough money around to satisfy everyone. Nevertheless, May 1968 revealed an uneasiness and dissatisfaction with the benefits of the consumer society and the unilateral materialism that went with it.

In other words, Christian-Democrats had achieved their main objectives, at least on the face of it, for the considerable expansion of the public sector conflicted with the oft-repeated principle of subsidiarity.

Even then, it was obvious that the State had taken on more to ensure the well being and prosperity of its citizens, particularly the poorest.

Christian-Democrats and other were swept along by a wave of socialisation.

*Expose given by the author who is director of the CEPESS, Brussels during a colloquy of the Institute of International and European Politics at the University of Paris X Nanterre, the European People's Party and the Centre des Democratres Sociaux (CDS) on "Christian-Democrats and the Social Market Economy" on 30th Sept., 1987 in Palais de Luxembourg/Senate in Paris.

Another secondary effect – adverse to say the least – was that "economism" was taking the place of the spiritual aspects of life, despite the personalized version of the Christian-Democrats.

2

These trends were general in most of Western Europe. Reactions to the first oil crises in 1973 can also be said to have a common denominator although there are many nuances. In the period following the crisis, Christian-Democrats, remained in power in the Benelux countries and Italy, but not in the FRG or France. A political formation obviously can be judged only by the policy it pursues and not by its programme or its intentions. Most of the governments in which Christian-Democrats participate are coalitions and "the" Christian-Democratic response is therefore never a purely Christian-Democratic one.

3

Events have also affected economic policy. Following the oil price explosion, the priority objective of economic policy has been to contain *inflation*. Measures to combat inflation have centred around various instruments, in particular pricing and incomes policy. A particular difficulty for some countries was the indexing of wages and social security benefits which had long been a major factor in maintaining social peace. It was very difficult to halt the increase in purchasing power which, until then, had been breathtaking. Inflation had become an economic and social problem even before the crisis. Inflation caused by demand was a sign of the growing unsatisfied needs of individuals and authorities alike. Some people even thought that incomes supplements and the increasing number of fringe benefits offered by the State served only to silence public dissatisfaction.

Another undoubted difficulty for Christian-Democrats was the fact that *Keynesianism* had become practically an ideology after the war. Keynes's first concern was unemployment rather than inflation. The thirties had even been marked by deflation, in other words a fall in prices. In order to cope with the recession that occurred after 1973, following the fall in demand from oil-consuming countries, the authorities therefore had to pursue a policy of "deficit spending", in other words to spend more than they had, as Keynes advocated. This reaction was, of course, counter-productive, merely aggravating the crisis and increasing unemployment.

The Christian-Democrats were thus not prepared for the crisis. Their approach was based on traditional thinking.

The reaction to the second oil crisis was quite different. By then, Keynesianism was admittedly a thing of the past. It was in fact in 1979 the monetarism came to the fore in the United Kingdom (Thatcher) and the USA (Volcker).

There was no longer any hope of implementing an antiinflation policy with a social consensus. Monetarism meant that measures to combat inflation had to be

taken at the very top (by the monetary authorities) by means of adjustments to the market (recession). However, monetarism would plunge the world economy into a deep and useless recession. That is why the Christian-Democrats continued to have reservations about such a policy, but they were nevertheless forced to conduct a policy of moderation by means of various instruments. The crisis had profoundly affected society's way of thinking. Public and politicians alike had become aware of the fact that a number of *rigid structures* would have to be eliminated if a policy of high economic growth were to be resumed and Europe's competitive position in the world maintained. The Christian-Democrats, however, were just as bewildered as everyone else and had no idea how best to tackle the new socio-economic problems.

4

Throughout this difficult period, the Christian-Democrats tried to introduce a note of their own by, for instance, seeking to keep to a minimum job losses occasioned by the need for adjustments at macro-and micro-economic level.

The few crisis years clearly revealed the need for a special policy to boost *employment* since it was impossible to generate enough work in the trade sector to offset the effects of low economic growth because of re-structuring of the traditional sectors and the increase in manpower available (especially female). Various ideas then germinated such as special temporary work patterns, shorter working hours where economically justified, early retirement, part-time working etc. which would allow for more labour-intensive economic growth.

This concern with employment also explains the reservations about combating inflation from a purely monetary angle.

To be quite honest, I have however to admit that despite all the good intentions, the unemployment rate has increased sharply in western Europe and is now twice as high as in the USA and three times as high as in Japan. It is conceivable that the number of unemployed, particularly of long-term unemployed, will remain very high in Europe until the end of the 90s.

Christian-Democrats are always anxious to involve both sides of industry as much as possible in the decision-making process. They feel it is important to have a consensus on an anti-crisis policy. They have always rejected any polarisation of society. At a time of crisis, the problem is obviously that, up to a certain point, there is a consensus political option alternative. Failing a consensus, political leaders have to shoulder their responsibilities. Christian-Democrats have for a very long time found it difficult to accept this alternative. However, it is striking that, contrary to all the apocalyptic forecasts of social chaos engendered by unemployment, most European nations have remained united. The considerable degree of political stability is indisputably proof of that. The cooperation and fair sharing of efforts demanded by the anti-crisis policy have certainly helped to preserve that unity. Nevertheless, the political influence of socio-professional organizations has diminished considerably. The struggle by public and private undertakings to maintain their competitive position at home and abroad

has led to over-protective policies that are totally unsuited to the new conditions. Christian organizations have very often sensed this more quickly than socialist organizations, which are much more wrapped up in ideological considerations.

Lastly, Christian-Democrats have always made a point of including the *European dimension* in the anti-crisis policy. It soon became clear that some sectoral and macro-economic problems could be resolved only by European action. The European ideal has gained ground, but Christian-Democrats are still pioneers in this area. It is unfortunate that enlargement of the Community has taken precedence over strengthening the Community; this is undoubtedly due to the lack of a large enough consensus. All the same, the European Monetary System has been created, a decision has been taken to bring about a single free internal market by 1992 and, above all, the Single Act has been adopted. The scale of the crisis ought to have provided an impetus for European political enlargement. It did not. The Europeans have not, however, repeated the errors of the thirties, nor have they withdrawn into their nationalist shells.

5

The world economy and the countries of Europe are going through a major period of adjustment ("crisis") that has also given rise to new ideological developments.

It cannot be denied that the market economy has gained prestige. The Keynesian approach which centres on demand management has been replaced by supply-side economics that calls for more private initiative. The new magic words are flexibility, privatisation, deregulation, tax relief and compliance with market forces. Business has again become socially respectable.

The welfare state has often been criticized. That was a natural reaction following the over-abrupt change of direction taken by all the political parties towards a levelling out policy, protectionism and broader State intervention.

The new interest in supply has been attributed to the neo-Liberals. Ordinarily, the Christian-Democrats would have welcomed this new trend if it had not once again become unilateral.

Because of the complexity of western European society, it is always impossible to bring about radical reforms or apply a "pure" economic model. Popular parties in power recruit their members from all social levels and thus have to take account of many, often conflicting interests. One cannot say that any radical neo-liberal policy of society exists anywhere. A shift is nevertheless now taking place in our mixed economy system where the scales were long tipped on the side of socialisation. The Christian-Democrats have put up with these neo-liberal tendencies for too long. In other words, they have not initiated supply-side reforms often enough. Their role is to reconcile the trend towards greater responsibility and more decentralisation with a guaranteed subsistence level for all people, especially the poorest.

The "social market economy" must be motivated by this entirely new twofold consideration.

6

Some people claim that the crisis, i.e. the period of transition or adjustment we are now going through, will last for about 25 years (Kondratieff cycle). The economy has apparently been characterized by such fluctuations since the industrial revolution.

We have not yet managed to control some developments nor especially have we managed to bring about monetary stability. There is still not enough international collaboration. The public sector is still too powerful for the energy needed for innovation to be released. Income tax is very discouraging. Some sectors are still over-protected vis-a-vis the world economy thanks to State subsidies and artificial prices. Our country and others, especially the poorest, pay for this in terms of economic growth and employment.

We must still contend with a number of developments, particularly population growth, which has serious consequences for social security, economic growth and the vitality of society.

The economy-ecology relationship is always detrimental to our natural environment.

Der Mensch und das Unternehmen

von

Rüdiger von Voss*

1. Die Soziale Marktwirtschaft ist das ordnungspolitische Konzept einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Fundamente auf den Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ruhen. Sie ist damit eine grundlegende Ab-sage an das antagonistische Konzept der Klassengesellschaft und des Kommunismus-Marxismus. Sie ist zugleich das Gegenmodell zum Staatsinterventionismus und zur Planwirtschaft. Ihre ethischen Ausgangspunkte sind das Vertrauen in die individuelle Handlungs- und Entfaltungsfreiheit, die soziale Mitverantwortung für den sozial Schwachen, den kontrollierten Wettbewerb, die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer, die auf Erweiterung der persönlichen Freiheit ausgerichtete Vermögensbildung der Arbeitnehmer am Produktivkapital und die Autonomie der Sozialpartner bei der Aushandlung und Festlegung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen. Die Freiheit zur Koalitionsbildung und die Tarifautonomie kennzeichnen die "Magna Charta" der sozialen Freiheiten und der sozialen sowie politischen Mitverantwortung.

2. Die Soziale Marktwirtschaft ist die wirtschafts- und sozialpolitische Ergänzung zur politischen Demokratie. Ebenso wie die politische Verfassung der Freiheits- und Menschenrechte die Gewaltenteilung, die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bürger und politischen Parteien bei der Artikulation und Verwirklichung der Interessen im Wege des friedlichen Ausgleiches und Kompromisses und den sozialen Rechtsstaat will und bejaht, so gilt dies auch für die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. In der Entscheidung zwischen Konflikt und Konsens ist in der Sozialen Marktwirtschaft die Bereitschaft zum Kompromiß und zum Interessenausgleich das Leitbild der sozialen Mitverantwortung und der sozialen Partnerschaft.

3. In der Sozialen Marktwirtschaft sind die Faktoren Kapital und Arbeit aufeinander zugeordnet. War die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts noch von dem unversöhnlichen Gegensatz dieser Faktoren bestimmt, so sind es heute die Elemente der Sozialpflichtigkeit, der Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie der Verhandlungsmaxime, die die sozialen Gruppen auf das Ziel verpflichten, einen friedlichen Ausgleich der Interessengegensätze anzustreben und das

* Die folgenden Thesen trug der Autor, Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e.V., Bonn, während des Kolloquiums "Les démocrates chrétiens et l'économie social de marché" des Institut de Politique Internationale et Européenne an der Université de Paris X Nanterre, der Europäischen Volkspartei (EVP) und des Centre des Démocrates Sociaux (CDS), am 30. September 1987 im Pariser Palais de Luxembourg/Sénat vor.

gemeine Wohl nicht aus dem Auge zu verlieren. Aus diesem Grunde auch untersteht der Arbeitskampf dem "Ultima-Ratio-Prinzip", das jeder Vernichtungsstrategie des sozialen Gegenspielers von Verfassungen wegen Grenzen setzt. Im Gegensatz zu anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen sind die Sozialpartner unter der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft über die Betriebs- und Unternehmensverfassung, über die gemeinsame Verantwortung für die Systeme der sozialen Sicherung und die Verwaltung des Arbeitsmarktes in die institutionelle Verantwortung des sozialen Rechtsstaates eingebunden und mitverantwortliche Träger staatlicher Hoheitsgewalt und Gestaltungskraft.

4. Angesichts der Tatsache, daß die moderne Industriegesellschaft den Strukturwandel nur mit einer neuen Strategie flexibler Anpassung bestehen kann, sind neue Überlegungen und Handlungsmuster der wirtschaftlichen Interessengruppen und Sozialverbände notwendig. An die Stelle einer auf Klassenkampf und Gegnervernichtung ausgerichteten Strategie muß ein neues Solidarverständnis treten, das stärker denn je dem Individuum dient und es möglich werden läßt, daß sich der Einzelne mobil und flexibel den neuen Marktgegebenheiten und Wettbewerbsbedingungen anpaßt. An die Stelle der Konfliktgesellschaft muß die Solidargesellschaft treten. Würde das natürliche Streikrecht ein Notstandsrecht zur Überwindung existentieller sozialer Not, so kommt es heute darauf an, der Gefahr der Erstarrung zu entkommen und von der Konfrontation zur Kooperation der sozialen Partner durchzustoßen.

Das Modell der Kampfparität ist schon längst dem pragmatischen Konzept einer Mitwirkung und Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, in den Institutionen der sozialen Sicherung und der Arbeitsvermittlung zum Opfer gefallen. Die Organisationsmacht der alten Kolonnen, der sozialen Kartelle wird heute schon und zunehmend von neuen Modellen flexibler Arbeitszeiten, anpassungsfähiger Arbeitsverträge und die besonderen Bedingungen von Branchen und Regionen berücksichtigender Tarifverträge überholt.

In einer auf Mitwirkung, Mitbestimmung und soziale Partnerschaft ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist letztlich kein Platz mehr für die rohen Kampfinstrumente von Streik und Aussperrung. Das Schweizerische Friedensabkommen von 1947, das heute auf eine vierzigjährige Praxis zurückblickt, könnte als Modell dienen, um die wirtschaftliche und soziale Anpassungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft und damit den sozialen Frieden sowie die soziale Stabilität zu erhöhen und auch zugleich die Friktionen auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden.

5. Das Unternehmen ist und bleibt eine auf Gewinnerzielung ausgerichtete und verpflichtete ökonomische Veranstaltung des privaten Eigentums und der privaten Disposition und Kombination der Faktoren Kapital und Arbeit. Das Unternehmen ist kein "sozialer Verband" staatsinterventionistischer Prägung. Es ist aber ebenso wie das private Eigentum dem Gebot der Sozialpflichtigkeit des sozialen Rechtsstaates unterstellt, was insbesondere im Kündigungsschutz und in den sozialen Arbeitsschutzrechten und Arbeitsschutzpflichten zum Ausdruck kommt. Eine auf das private Eigentum ausgerichtete Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfordert beides zugleich: Das Letztentscheidungsrecht des

Arbeitgebers über den Einsatz des Kapitals und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in personellen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten als Ausdruck der sozialen Mitverantwortung und sozialen Partnerschaft. Dies ist das Modell einer abgestuften Mitwirkung und Mitbestimmung des einzelnen Arbeitnehmers und der von ihm freigewählten Arbeitnehmervertretung, die die Grenzen einer paritätischen Mitbestimmung nicht überschreiten. Ebenso wie die politische, auf allgemeine und freie Wahlen ausgerichtete Demokratie und das Letztentscheidungsrecht des Parlaments nicht durch eine Räteverfassung des imperativen Mandats unterlaufen werden darf, so darf auch das Letztentscheidungsrecht und die Dispositionsfreiheit des Arbeitgebers nicht beschädigt werden, ohne in eine allgemeine Sozialisierung der Gewinne und Verluste abzugleiten. Private Freiheit und privates Eigentum sind und bleiben unauflöslich miteinander verbunden und ermöglichen eine klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten und Zuordnung der Risikoträgerschaft.

6. Über die verteilungspolitischen Aspekte hinaus ist das Unternehmen heute in neue wirtschafts- und sozialpolitische Dimensionen eingebunden. Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sind die eine Seite. Die andere Seite wird heute bestimmt von betrieblicher Sozialpolitik, betrieblicher Gesundheitsfürsorge und betrieblicher Alterssicherung als ergänzende Säulen staatlicher Sozialpolitik. Die betriebliche Personalwirtschaft erweitert sich zunehmend durch neue bildungspolitische Anstrengungen zur lebenslangen Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Interesse des Einzelnen, des Betriebes und der gesamten Volkswirtschaft. Neu hinzu tritt heute in einem dynamischen Prozeß der betriebliche Umweltschutz im Interesse des Einzelnen, des Betriebes und der staatlichen Gemeinschaft. Neue Kosten-Nutzen-Relationen machen für beide Bereiche eine neue Arbeitsvertragspolitik ebenso erforderlich wie eine neue Tarifpolitik. An die Stelle der alten und überholten Muster der auf Kampf ausgerichteten Verteilungspolitik muß deshalb auch eine neue Solidarpolitik treten, die den Interessen des Einzelnen und des Betriebes ebenso dient wie einer ausgeglichenen Kosten- und Nutzen-Relation, die die gesamtwirtschaftliche Investitionskraft steigert. Der soziale Faktor ist und bleibt eine Folgebedingung wirtschaftlicher Ertragskraft und wirtschaftlichen Wachstums. Schwindet die Ertragskraft schwindet zugleich die soziale Sicherheit.

Die vielfach beschworene "Eurosclerose" hat hier ihre Ursache. Sie kann nur überwunden werden, wenn die sozialen Gruppen zu einer neuen Arbeitsvertragspolitik und neuen Tarifpolitik gelangen, die dem Marktgeschehen entsprechen und sich aus den Fesseln des Staatsinterventionismus, der umfassenden Regulierung und Subventionierung befreien.

Diese Aufgabe ist noch nicht ausreichend bewältigt.

7. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Unternehmensleitung und Vertretung der Beschäftigten (Betriebsräte) sind nach dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Januar 1972 verpflichtet unter Beachtung der geltenden Tarifverträge und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitnehmervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes

„vertrauensvoll“ zusammenzuarbeiten. Dies ist die Leitidee und Leitmaxime des „sozialen Modells“ der auf den Einzelnen und den Betrieb übertragenen Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft und der sozialen Partnerschaft. Dieses Modell hat der Bundesrepublik wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität gebracht. Unübersehbar ist heute die Gefahr der Reideologisierung und Verschärfung der Interessenauseinandersetzung. Mit dem Stichwort und der Kampfparole einer „sozialen Kontrolle des technischen Fortschritts“ und der betrieblichen Investitionspolitik und Rationalisierung kündigen sich neue Frontstellungen um die Substanz der Dispositionsfreiheit des privaten Eigentums an. Die volle paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die Einführung einer Räte-demokratischen Wirtschaftsverfassung sind unverändert Teil der deutschen Gewerkschaftsprogrammatik. Je länger die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt anhalten wird sich diese Polarität zunehmend ausprägen und eine konsensorientierte Politik erschweren.

8. Und dennoch: Die wirtschaftliche und soziale Dynamik und Erneuerungskraft der Sozialen Marktwirtschaft hat sich bis heute bestätigt. Es gibt keinen Grund, dem Ordnungsbild der Sozialen Marktwirtschaft zu mißtrauen. Der Staat ist und bleibt der denkbar schlechteste Unternehmer. Der Plan ist und bleibt dem Markt unterlegen. Der staatliche Interventionismus bleibt der Hauptschuldige für eine wirtschaftliche wie sozial unverantwortliche Verschwendung und Fehlleitung von Ressourcen.

9. Sicher ist: Wer sich dem Fortschritt in den Weg stellt, überholte Besitzstände und Rechtspositionen konservieren will, wer sich der notwendigen Flexibilität und Mobilität nicht nur im eigenen Lande, sondern auch und insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft und im internationalen Wettbewerb auf den Weltmärkten verweigert, wird vom Strukturwandel überholt und verpaßt den Anschluß an die moderne Wirtschaft, Forschung, Technik, an neue Produkte und Dienstleistungen. Schon deshalb müssen die Gräben des Konfliktes verlassen werden, um im Konsens zur Kooperation der sozialen Partner in Unternehmen, in Wirtschaft und Politik zu gelangen. Auf diesem Wege allein wird es gelingen, wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden und solidarisch zu handeln.

Bei den Problemen unserer Zeit lohnt es sich deshalb auch im Zweifel für die Freiheit zu votieren. Sie alleine schafft auch Gerechtigkeit und soziale Mitverantwortung.

Wirtschaft und Ethik

von

Ernest F. Enzelsberger*

Wir leben in einer Krisenzeit, die Symptome sind vielfältig und vielschichtig. Aber sie sind auch für jeden sichtbar, der die Augen davor nicht verschließt.

Nach Stichworten für die Krise muß nicht lange gesucht werden. Atomkriegsgefahr, Umweltzerstörungen, Gesundheitsgefährdungen, Energie-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzkrise, Grenzen des Wachstums, Unregierbarkeit pluralistischer Gesellschaften, Nord-Süd-Konflikt...

Die von den US-amerikanischen Soziologen entwickelte These des „cultural lag“ behauptet, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt nicht in ausreichendem Maße einer wertorientierten gesamtgesellschaftlich-ökologischen Verantwortung unterworfen wird. Einerseits wurde dieser Fortschritt sich selbst überlassen, andererseits von den Interessen herrschender Eliten gesteuert. Daraus zogen Gesellschaftskritiker schon vor Jahren den Schluß, daß die Menschheit inmitten einer „nihilistisch-anomischen Kulturkrise“ stehe, in der sich Desorientierung, Verhaltensunsicherheit, Fatalismus, Apathie, Pessimismus und Gefühle der Sinnlosigkeit ausbreiten.

Die Nachfrage nach einer deutlicheren, vor allem situations- und aktualitätsbezogenen Wertorientierung nimmt in Zeiten steigender Unsicherheiten und in Phasen des Umbruchs zu. Gefühle der Orientierungslosigkeit und des Wertevakuums sind weit verbreitet. Aus dieser Quelle, so scheint es, fließen jene Energien, die eine Akzentverschiebung – manche wollen schon eine Trendwende erkennen – in der Auseinandersetzung um Fragen des Seins oder des Sinns einläuten.

Kulturkrise und Bedarf an Ethik

Was kann uns aus der nihilistisch-anomischen Kulturkrise befreien? Die Frage scheint leicht zu beantworten. Wir brauchen Werte, ethische Werte, welche den „cultural lag“, die ethische Distanz zwischen dem Machbaren und dem gesellschaftlich Verantwortbaren schließen.

* Der folgende Aufsatz entstand anläßlich eines im Juli 1987 vom CATO-Institute/Washington D.C. geförderten Studienaufenthaltes des Verfassers am Williams-College in Williamstown/Mass., USA und knüpft sich unter Bezugnahme auf einen konkreten Gegenstandsbereich an grundsätzliche Überlegungen über die wichtigsten Anforderungen an eine zeitgemäße philosophische Theorie der Ethik, die während eines Business Ethics Meeting der LIBERTAS Research Group von Dr. Ladislaus Barlay formuliert wurden. Vgl. Ladislaus Barlay, Ph. D.: Which Requirements Ethics Has to Meet?, in: LIBERTAS, 1/1986, S. 67ff

Unternehmer, Manager, Wissenschaftler und Theologen haben jenseits von Soll und Haben eine neue Wachstumsbranche entdeckt, das komplizierte Beziehungsfeld zwischen Wirtschaft und Ethik, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Ethik, nach dem Sinn der Arbeit, den sozialetischen Gesichtspunkten des Gewinns, der Rechtfertigung von Eigentum, Wirtschaftswachstum und Wettbewerb.

Die historischen Wurzeln dieser Auseinandersetzung reichen zurück bis in die Antike. Der Schotte Adam Smith, der Begründer der modernen Nationalökonomie kam von der Moralphilosophie auf die Wirtschaft zu. Auf seinem Grabstein sind die bezeichnenden Worte zu lesen: "The author of moral sentiments", womit deutlich auf den Moralphilosophen Smith verwiesen wird. Auf den Mann also, der die Menschen im marktwirtschaftlichen Wettbewerb von ethischen Vorstellungen geleitet sieht: Der Mensch, der auf Grund seiner angeborenen Eigenschaften egoistisch handelt, wird darin erstens durch sein Mitgefühl und seine Sympathie für andere im Zaum gehalten und andererseits von Regeln der Ethik und der Gerechtigkeit, welche die Menschen aus ihrer Vernunft und ihrer Erfahrung zu finden imstande sind, geleitet.

Diese "natürlichen" Schranken empfand Adam Smith als nicht ausreichend für jede Situation im menschlichen und ökonomischen Beziehungsfeld. Also riet er zu einem System positiver Gesetze, welches die Regeln der Gerechtigkeit dort erzwingen soll, wo menschliches Mitgefühl und Sympathie nicht ausreichen. Für Adam Smith kamen erst das Verantwortungsbewusstsein des einzelnen Bürgers und sein Sinn für das Wohl des Nächsten und der Allgemeinheit und erst an letzter Stelle der Zwang staatlicher Gesetze.

Anders Herbert Tieber, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft und Sekretär der Sozialistischen Programmdiskussion "Perspektiven 90" (der SPÖ). Er ist davon überzeugt, daß die "utilitaristische Moralphilosophie und die aus ihr entwickelte Marktökonomie nicht zum Gemeinnutzen, sondern zum Gemein Schaden geführt hat."

Tatsächlich hat der von den beiden Briten John Stuart Mill und Jeremy Bentham begründete Utilitarismus keine gute Nachrede im deutschen Sprachraum, wird er doch fälschlicherweise gleichgesetzt mit unmoralischem, weil egoistisch allein auf den Nutzen ausgerichteten wirtschaftlichen Verhalten. In diesem Punkt befinden sich Marxisten mit einigen Vertretern der christlichen Theologie sogar und unverständlicherweise einer Meinung.

Der Utilitarismus geht davon aus, daß alle Menschen danach streben Glück zu finden und Unglück zu vermeiden. Der Utilitarismus bewertet den moralischen Wert einer ökonomischen Handlung nach den Folgen für die Betroffenen. Wenn durch eine unternehmerische oder wirtschaftspolitische Entscheidung auch nur ein einziges Wirtschaftssubjekt besser gestellt werden kann, ohne daß die anderen schlechter abschneiden, so ist dies für den unbestechlichen Utilitarismus schon ein ausreichender Grund, ein positives Urteil abzugeben. Diese Zielsetzung ist die zentrale Aussage in fast allen Programmen bürgerlicher Parteien und Bestandteil der meisten Verfassungen in den demokratisch-marktwirtschaftlich organisierten Staaten.

Vom Egoismus ist keine Spur im Utilitarismus zu finden, lautet doch seine Handlungsregel: Handle so, daß die Folgen für das Wohlergehen aller Betroffenen optimal sind. Im Zweifelsfalle ist jener unternehmerischen oder wirtschaftspolitischen Entscheidung der Vorzug zu geben, die das größte Glück der größten Zahl anstrebt und nicht etwa das größte Glück des Handelns allein!

Jeremy Bentham hat seine utilitaristische Ethik als Gegenposition zur christlichen Ethik verstanden. Zahlreiche Behauptungen Benthams deuten freilich darauf hin, daß ihm das Wesen des Christentums ziemlich fremd geblieben ist. Christliche Theologen werfen dem Utilitarismus wiederum vor, daß er sittliche Grundwerte, wie Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenrechte weder berücksichtigt, noch garantiert. Damit der größte Nutzen der größten Zahl erreicht wird, ist der Utilitarist bereit, einzelnen Menschen Nachteile zuzumuten oder eine Minderheit zu diskriminieren. Auf der anderen Seite verlangt der Utilitarismus umfassendes Wissen, ehe eine unternehmerische oder wirtschaftspolitische Entscheidung getroffen wird. Die utilitaristische Ethik verlangt demnach unter dem übergeordneten Aspekt, das Glück und den Wohlstand der Menschen zu steigern (auch das der Nachgeborenen), Wissen und Planung.

Der sowjetrussische KP-Vorsitzende Michail Gorbatschow ist Utilitarist, rüttelt doch seine auf Wohlstandssteigerung ausgerichteten Nützlichkeitsargumente in Form von Reformkonzepten gewaltig und unablässig am ideologischen Gerüst des Marxismus. Nicht anders beruhen die Privatisierungsdiskussionen und die Deregulierungsbewegungen im Westen und neuerdings auch in Österreich, selbst innerhalb der Sozialistischen Partei (SPÖ) auf der ethischen und geistigen Grundlage des Utilitarismus.

Die in den USA von Richard A. Posner formulierte Position der Vermögensmaximierung ("Wealth Maximization") hat ebenso wie das von Michael Novak verfaßte Buch über "Spirit of Democratic Capitalism", es handelt sich dabei um einen der geistvollsten Versuche, Wirtschaft, Religion und Ethik miteinander zu versöhnen, einen betont utilitaristischen Unterbau.

Dem marxistischen Angriff der späten sechziger und siebziger Jahre auf das Unternehmertum folgte der weltweite Angriff auf die "Multis" und das internationale Ausbeutersystem der privaten Wirtschaft. Diese beiden Attacken sind mittlerweile etwas abgeklungen, während in den vergangenen Jahren Fragen, ob und an welchen ethischen Positionen sich die Wirtschaft bei der Formulierung von Werturteilen auszurichten habe, an Interesse gewonnen haben.

Die Literatur zu diesem Thema ist stark angewachsen. An zahlreichen US-Hochschulen wurden Lehrstühle für Wirtschaftsethik eingerichtet, und vor einigen Jahren hat als erste Universität im deutschen Sprachraum die Schweizer Hochschule St. Gallen, eine der renommiertesten Hochschulen in unserem Sprachraum, eine Forschungsstelle für Wirtschaftsethik geschaffen.

Dieser Plan des St. Galler Wirtschaftsprofessors und langjährigen Rektors dieser angesehenen Anstalt war allerdings nicht unumstritten. Kritiker fürchteten das Entstehen einer ökonomischen Subkultur und sagten voraus, daß diese Forschungsstelle eine Art "Sonntagspredigt- und Gesundheitsfunktion" erfüllen wird und empfanden im übrigen keine Notwendigkeit für die Gründung eines

Lehrstuhls für Wirtschaftsethik, weil doch – so zumindest der Berner Ökonomieprofessor Silvio Borner – "unsere Wirtschaft ethisch nicht unterentwickelt ist" oder für Karl Brunner von der Universität in Rochester und zugleich der Universität Bern die Aufgabe des Wirtschaftstheoretikers darin bestehe, die Welt zu erklären. "Das können wir nur mit Seins-Sätzen".

Entgegen diesen kritischen Einwänden erfreut sich die Forschungsstelle für Wirtschaftsethik an der Hochschule St. Gallen aber eines großen Zuspruchs der Studenten. Gründungsrektor Alois Riklin glaubt den Grund dafür zu kennen: Im Westen ist eine Renaissance und Revolution der Ethik im Gang. Es handelt sich dabei um eine Gegenbewegung zum "eindimensionalen, positivistischen Methodenideal der bürgerlichen Wissenschaft", die der Schweizer Alois Riklin als die Wurzeln aller Erfolg der "marxistischen Heilslehre" empfindet. Nicht einer ökonomischen Subkultur soll mit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Wirtschaft und Ethik auf die Beine geholfen werden, sondern die Ideen der (sozialen) Marktwirtschaft sollen damit offensiv und sozial-ethisch begründet werden.

Die Suche nach ethischen Maßstäben für die Unternehmensführung und für die Wirtschaftspolitik hat den internationalen Symposienzirkus thematisch mehr und mehr erobert. Wirtschaftsprofessoren und Seminarleiter urteilen fast übereinstimmend:

"Unternehmer und Topmanager interessieren sich fast nicht mehr vorrangig für betriebswirtschaftliche Probleme, sondern stellen die Sinnfrage. Um das Thema Ethik kommen wir nicht mehr herum".

Katholische Soziallehre und "demokratischer Kapitalismus"

Die Vertreter der katholischen Soziallehre unternehmen große Anstrengungen, ihre Positionen im Dialog mit Vertretern der Wirtschaft zu überdenken. Möglicherweise ist das Thema Wirtschaftsethik und das ihm entgegengebrachte Interesse auch auf das Entstehen der neuen muslimischen Gottesstaaten zurückzuführen, wo in geradezu dramatischer Weise demonstriert wird, welche Konsequenzen für den einzelnen Menschen und für die Wirtschaft entstehen können, wenn sich religiöse Ethik mit der Staatsgewalt verbindet.

Während auf ethischer Grundlage, d.h. nach sittlich verpflichtenden Normen und Werten zu handeln nicht schwer ist, fällt es auch in der Theorie leicht, doch immerhin in der Praxis einigermaßen schwer, etwa wenn es darum geht, die Interessen des Unternehmens mit denen der Mitarbeiter in Einklang zu bringen. Also dann, wenn die wirtschaftliche Ratio schwerer wiegt, als die Moral.

Willy Linder spricht denn auch von "Berührungängsten zweier Primadonnen" die, wie immer man die Sache dreht und wendet untrennbar aneinandergelagert sind. "Auch der wirtschaftende oder über die Wirtschaft im universitären Elfenbeinturm" nachdenkende Mensch muß Werturteile fällen. kommt also nicht darum herum, sich ein Normensystem zuzulegen, an das er sich

halten kann. Sonst setzt er sich der Gefahr aus, wert- und richtungslos durch die ökonomische Gegend zu stolpern".

Unternehmer und Manager haben in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß das Unternehmen erfolgreich arbeitet, also Gewinne macht. Davon hängt die Existenz des Unternehmens ab und damit alles, was dieses nach innen für seine Mitarbeiter und nach außen für das Gemeinwohl machen kann.

Zum ethischen Grundnetz, das Unternehmern und Managern hilft, Konfliktsituationen zwischen Logik und Moral zu lösen, zählen eine christlich verstandene Ethik, das Gewissen, die politische Grundordnung, eine humanistische Schulbildung, Tugenden im Sinne der Antike und die Prägung durch das Elternhaus.

Der bundesdeutsche Sozialminister Norbert Blüm nennt die biblische Aufforderung "macht Euch die Erde untertan" den "ersten Arbeitsvertrag". "Die Unternehmer", so Norbert Blüm, "das sind alles die Filialleiter des lieben Gottes".

Tatsächlich scheinen die Elemente des Christentums – etwa die Zehn Gebote – auf dem Markt der Weltanschauungen immer noch den stärksten Einfluß zu zeitigen. Nicht zuletzt auf die Unternehmer und die Manager. Diese Feststellung gilt ungeachtet der Tatsache, daß Unternehmer vor allem Manager unter der Altersgrenze von 40 Jahren verstärkt zum Austritt aus der katholischen Kirche neigen.

Zwischen Eigennutz und Moral bewegt sich laut einer Untersuchung des deutschen Jesuitenpaters Walter Kerber das Verhalten der unternehmerischen Führungskräfte.

Dieser Walter Kerber hat das "Ethos und die Religion bei Führungskräften" analysiert und ausgewertet und kam dabei zu dem Ergebnis, daß sich die Führungskräfte in einem "labilen Zustand des Übergangs, in dem die Erziehung noch nachwirkt, befinden, in dem die Erziehung aber für die Entscheidungen der Gegenwart nicht mehr recht ernst genommen wird".

Der Konflikt zwischen eigener Handlungsweise und dem Gewissen wird zufolge dieser Studie gar nicht erst so richtig gesehen.

Führungskräfte fühlen die größte Verantwortung gegenüber der Familie, gefolgt von ihrem Gewissen. Die Antwort "Gott" kam erst an fünfter Stelle, die Ansicht "meiner Kirche" folgte gar erst auf dem letzten Rang. Jesuitenpater Kerber zieht daraus den Schluß: "Aus der Tatsache, daß Menschen in einer bestimmten Weise denken und handeln – , folgt an sich noch nicht, daß das auch richtig sei".

Eine Leserbefragung des amerikanischen Unternehmermagazins "Venture" entwirft ein anderes Unternehmerbild: 66 Prozent der 1512 befragten Unternehmer halten sich für "religiös". Nahezu ein Drittel hält sich sogar für "sehr religiös". Doch bloß 45 Prozent der befragten Unternehmer gehen jede Woche in die Kirche. 9 Prozent einmal im Monat, ein Drittel fast nie, der Rest gelegentlich.

Mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmer erklären, daß ihnen die Religion die Kraft gibt, ihre unternehmerischen Probleme besser zu lösen. Viele ge-

stehen, daß sie vor schwierigen unternehmerischen Entscheidungen ein Stoßgebet machen. 30 Prozent haben eine Bibel im Büro, 40 Prozent davon lesen sie regelmäßig.

Zwei Drittel der befragten Unternehmer in den USA meinen, daß sie ihre Religion zu besseren Arbeitnehmern macht, ebenso viele glauben, dank ihrer religiösen Einstellung ihre Mitarbeiter mit mehr Fairneß zu behandeln als dies andere - nichtreligiöse - Unternehmer tun. "Wenn das Geschäft mitunter schlechter geht, was in jeder Branche von Zeit zu Zeit vorkommt, hilft das Bewußtsein, daß das Leben mehr als Dollars bedeutet", philosophiert John Williams, der 37jährige Präsident eines erfolgreichen Technikunternehmens. "Es ist wichtig, daß die Unternehmer inneren Frieden finden".

Aus diesen beiden Umfragen muß man schließen, daß die amerikanischen Unternehmer bei ihren Entscheidungen viel stärker von ihren religiösen Überzeugungen geprägt sind, als ihre Kollegen im deutschen Sprachraum. Tatsächlich hat das Wort "Kapitalismus" in Europa einen negativen Unterton, es bedeutet hierzulande beinahe soviel wie "Ausbeutung". Die Europäer sagen dem Kapitalismus in der Regel einen übertriebenen Individualismus nach, die Leugnung moralischer Werte jenseits von Soll und Haben, einen praktischen Materialismus und vieles andere Negative.

Der US-amerikanische Wirtschaftsphilosoph Michael Novak will aber nicht akzeptieren, daß eine kapitalistische Nation wie die USA weniger religiös, weniger moralisch in der täglichen Arbeit, weniger großzügig, weniger offen, weniger tugendhaft ist, als die Bürger und Institutionen in den traditionalistischen und erst recht in den sozialistischen Gesellschaften Europas.

In seinem Bestseller "Der Geist des demokratischen Kapitalismus" wirft Michael Novak der katholischen Kirche vor, "die angloamerikanische kapitalistische Erfahrung nie gründlich recherchiert zu haben. Die klassischen kirchlichen Schriften scheinen Kapitalismus, Liberalismus und sogar Demokratie mehr von den Erfahrungen des europäischen Kontinents her zu betrachten".

Laut M. Novak hat sich Papst Johannes Paul II. in der Enzyklika "Laborem exercens" bemüht, das biblische Thema der Schöpfung als Kernpunkt des katholischen Wirtschaftsdenkens herauszustellen. Obwohl er es wohl nicht beabsichtigt hatte (Autor der erwähnten Enzyklika war der Krakauer Prälat und Moralphilosoph Jozef Tischner), rückt er damit die katholische Denkweise näher an die Traditionen des Kapitalismus als je ein Papst vor ihm.

Die katholische Kirche sollte auf diesem Wege weitergehen, begreifen lernen "daß politische Ökonomie sich zur sozialen Gerechtigkeit verhält wie der Körper zur Seele". Denn: "Das katholische Bekenntnis zur Würde der Einzelpersonen, zur sozialen Natur des menschlichen Lebens und zum Prinzip der Subsidiarität und damit wohl auch zum Föderalismus kann nur in bestimmten politischen Wirtschaftssystemen, in denen der Staat nicht alles okkupiert, Gestalt annehmen".

Johannes Paul II. pries die Dynamik, den Tatendrang, die eiserne Willenskraft, die Fähigkeit zur Kreativität und die Bereitschaft der Unternehmer zum Risiko. "Der Grad des Wohlstandes, dessen sich die Gesellschaft heute erfreut, wäre undenkbar ohne die dynamische Gestalt des Unternehmers, dessen Aufgabe

darin besteht, die menschliche Arbeit und die Produktionsmittel so zu organisieren, daß sie für das Wohl und den Fortschritt der Gemeinschaft notwendigen Güter und Dienstleistungen hervorgebracht werden", stellte Papst Johannes Paul II. in Ansprachen an Arbeiter und Unternehmer in Barcelona am 7. November 1982 und in Mailand am 22. Mai 1983 fest.

Die Wachstumsbranche Ethik kann einen Abbau der Berührungspunkte zwischen Wirtschaft und Ethik bewirken. In den Sozialenzykliken der katholischen Kirche finden sich sehr wertvolle Hinweise auf den sozialen Sinn der Arbeit, den Wert des privaten Eigentums, die moralische Überlegenheit von privater Initiative und Wettbewerb vor jedem staatlichem Eingreifen und auf die unverzichtbaren Eigenschaften des privaten Unternehmers.

Die katholische Soziallehre weiß, daß die Ordnung der Wirtschaft nicht allein mit Grundsätzen zu erreichen ist. Es bedarf neben der Klarheit der Ziele und der Ordnungsprinzipien vor allem des Engagements des Christen als Unternehmer, als Arbeitnehmer, als Gewerkschaftsfunktionär und als Politiker - allerdings im besten Sinne des Wortes.

Dabei heißt es in "Pacem in Terris" (1963), es genügt nicht, "vom Glauben erleuchtet zu sein und beseelt vom Wunsch, Gutes zu tun um eine Kultur mit gesunden Grundsätzen zu durchdringen... Zu solchem Zweck ist es notwendig, sich in ihren Einrichtungen zu engagieren und tatkräftig von innen her auf sie einzuwirken". Um in diesen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu wirken, ist es notwendig, über "reiches Wissen", technische Soziallehre und Sozialenzykliken haben sich mit der sozialen Aufgabe des Unternehmers befaßt und Position bezogen.

Das ist zwar viel, doch nicht genug, um alle Unklarheiten und Zweideutigkeiten auszuräumen. "Die Kirche", meint Michael Novak, "muß sich für ein Wirtschaftssystem der Zukunft entscheiden. Ein Mittelding zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist unrealistisch. Der vage Utopismus eines "dritten Weges" ist illusionär und auch gefährlich. Am schlimmsten aber ist das Insistieren auf einer "vollkommen gerechten, fehlerlosen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur. Denn funktionsfähige Institutionen der politischen Ökonomie müssen stets den sündigen Charakter des Menschen in Betracht ziehen".

Natürlich aber auch den des Unternehmers und der Manager. Offensichtlich bedarf die letzte Sozialenzyklika "Laborem exercens" einer Ergänzung in Richtung auf das sozialverantwortliche unternehmerische Handeln.

**The Regional Policy of the European Community:
A Re-Examination of its Aims and Methods from the Perspective
of the Periphery**

by

Professor David Coombes, Ph. D.*

1

The time is ripe for a fundamental re-appraisal of the aims and methods of the European Community's policies for treating regional economic disparity. One major reason is that, though they do not always fully realise it, the wealthier member states have no less to gain — and so much to lose — from such policies as the poorer member states. In fact, the whole range of means of economic intervention available to the Community is relevant to the problem of regional economic disparity, which in turn should be regarded as a general indicator of success or failure in management of the common market.

The present article deals, however, mainly with the Community's regional policy and with the considerations that should be made during the current re-appraisal of that policy as part of a general reform of the Community's various structural funds (the European Social Fund, the Guidance section of the European Agricultural Guarantee and Guidance Fund and the European Regional Development Fund or ERDF). Such a re-appraisal has been going on for at least the past five years and has been the subject of a series of papers and proposals from the Community's Commission. (For a review of these and of the main issues raised, see Bruno de Witte, *The Reform of the European Regional Development Fund*, *Common Market Law Review* 23, pp. 419-40, 1986). But it has recently been given special priority by the Single European Act. The Council and the Parliament will, in fact, shortly be called upon to reach decisions about new proposals designed to revise the objectives and methods of the structural funds, in view of the Single Act's amendments of the EEC Treaty made under general heading of "economic and social cohesion" (Single European Act, article 23).

* The author is professor for European Studies at the NIHE in Limerick, Ireland and his article was originally presented in a slightly different form to the Study Days of the European People's Party of the European Parliament on the 1th September, 1987 at Konstanz, Federal Republic of Germany.

As has been readily acknowledged, the third enlargement of the Community's membership to include Portugal and Spain further exacerbated an existing problem of disparity between economically better-off regions in the geographical core of the Community and economically worse-off regions on the periphery. While in terms of the usual statistical measurements the problem of disparity is clearly acute and does conform to such a geographical pattern, it is highly disputable whether the causes are entirely geographical and whether it is, their peripherality that makes certain regions appear "less-favoured". I shall not examine this important theoretical issue here, though it cannot be overlooked in any full treatment of the question. I do, however, approach the problem of regional economic disparity from the perspective of the periphery and shall assume for the sake of this argument that the economic prospects of geographically-peripheral regions are in the present Community context affected by characteristics peculiar to regions of that type.

The reform of the structural funds is also considered urgent, however, as a consequence of the Community's financial problem, which has been serious enough for the past ten year's mainly on account of disputes among the member states about the allocation of financial resources by means of the Community's budget. They have recently become acute, in view of the exhaustion of resources available from the Community's own financial resources. The community's institutions have, therefore, been pre-occupied in the last few years, and will continue to be so, by the need either to restrict the growth of Community expenditure or to find new sources of finance. Even though the latter course seems to be the one generally preferred, it will prove feasible only if new measures are seen to be taken to achieve greater "budgetary discipline" above all in relation to the common agricultural policy, but also with regard to the efficiency with which the various structural funds are managed.

The financial crisis is obviously a major reason why the problem of regional economic disparity should be of equal concern to the richer as well as the poorer states. To the extent that it obliges the Community to adopt measures designed to transfer financial resources to the poorer states, such disparity is expensive for the richer states, themselves still suffering from the general economic recession and intent on policies of retrenchment and strict restraint of public expenditure. There is, nevertheless, another, and, I wish to argue, more important reason why the richer states in the core of the Community are directly and adversely affected by regional economic disparity.

This reason is, as I hope to demonstrate, that such disparity is simply wasteful in terms of economic efficiency; or, to put it another way, it reflects an inability to make full use of available resources and skills to realise the full potential of the economy of the Community as a whole. My argument is principally, therefore, that the Community's regional policy should be formulated primarily on economic grounds (which may not have been the case up to now). It may seem odd that a political scientist should make such an argument, but I believe that, if the economic purposes and principles of regional policy are identified, then the significance of certain political

causes of regional disparity consequently become clear, as does the importance of political factors in the search for a remedy.

My first proposition is that up to now *regional policy has been treated too much as a matter of the re-distribution of financial resources*, in that this approach is likely neither to address itself successfully to the real problems of the so-called "less-favoured" regions nor to prove capable of meeting its own objectives in the long term. This *re-distributive approach* has repeatedly led the Community's attempts to promote economic cohesion, however well-intentioned, into a dead end. In effect, its mistake has been to treat the problem of economic disparity primarily as one of increasing and re-allocating expenditure from the Community budget.

Now it is readily understandable how this mistake came to be made; indeed, the case for an increase and re-allocation of Community expenditure has been convincingly argued in many instances, while it has been resisted on grounds that are not always defensible. But the proponents of more active intervention to assist peripheral regions have tended to fall into the trap of regarding the budgetary question as intrinsic to their problem, when it should be seen as no more than instrumental. And the representatives of these same regions are often as guilty in this respect as are those who see their particular interest as being to resist at all costs an expansion of the Community budget.

It is, of course, true that the Commission has for some years now sought to reform the Community's means of structural intervention by subjecting them to more efficient methods of control and by improving their co-ordination. The Regulation Nr. 1787/84 of 19 June 1984 is the result of one such valiant attempt, when the European Regional Development Fund is concerned. The Commission's communication of 15 February 1987 ("Making a success of the Single Act") goes further in envisaging future proposals designed to reform the structural funds and their operation with strictly economic ends in view, namely, "by facilitating the optimum allocation of resources". It declares a firm resolve that all structural interventions "should have a genuine economic impact and that they should not consist merely of budget transfers, which would be far too costly and inadequate as well". However, what has been picked out of this admirable statement of priorities as most decisive for the present phase of implementation is the recommendation that financial resources available for structural interventions should be doubled in real terms by 1992. In the European Council meeting of June 1987, we saw yet again how this tendency to treat the issue in terms of budgetary transfers leads to stalemate.

The familiar issue of *juste retour* is far from being the main difficulty. There are perfectly respectable grounds for regarding this issue as one that demands serious attention in the Community's general interest and there have been imaginative and helpful proposals to this end (for example, for methods of financing equalisation or *Finanzausgleich* such as are familiar to federal systems of government). These proposals should, however, be considered for

what they are, namely, proffered solutions to the problem of the budget; and not as a remedy to the problem of the periphery for which budgetary transfers are an inadequate response.

See, for example, reform of the Community's Financing System. European Digest Nr. 54, June 1987, European People's Party, Luxembourg.

An outstanding reason for this inadequacy from the point of view of regional policy is that net transfers of funds to the government of member states offer no guarantee that assistance will reach the regions that regional policy is intended to assist. Indeed, one of the major complaints in the peripheral regions has been that central governments fail to make effective use of financial aid from Community sources, either because of a lack of will or because of a lack of means. Underlying this shortcoming of inter-state transfers is the need to examine more closely what makes peripheral regions "less-favoured" and why they should receive assistance. In fact, a more profound argument against the re-distributive approach is that it is unacceptable on both economic and political grounds.

Basically, the approach seems to assume a regular economic relationship between core and periphery, according to which, in a time of economic expansion, growth rates will inevitably be higher in the core than in the periphery, so that, when expansion slows down, the core will – again inevitably – be better off than the periphery. On grounds mainly of social equity and political solidarity the wealthier core is then charged with the obligation to re-distribute some of its surplus to the less wealthy regions, which are too impoverished in a time of recession to meet the costs of maintaining infrastructure, and of dealing with the social problems consequent on the decline in economic activity. (The approach seems to assume with some justification that emigration from the periphery is unacceptable on political and social ground, and also because it is one of the factors that leads to diseconomies associated with congestion in the wealthier regions.)

This view, which is sketched here in a crude and exaggerated form, is economically unsound partly because the re-distributed public expenditure involved is likely to be made primarily for uneconomic reasons and partly (and in the long term more gravely) because a waste of physical and human resources ensues in the periphery. In other words, there is an overall loss in terms of economic efficiency and in terms of economic growth.

Much depends in practice, of course, on how the re-distributed resources are employed, and there is extensive discussion of this aspect in the literature of regional economics; but a political scientist would be inclined to predict that the resources are most likely to be employed as a direct response to lobbying by local politicians with strong leverage at the centre or by bureaucrats of central government departments. In other words, such a transfer of financial resources may quieten regional grievances but is unlikely to contribute greatly to the stimulation of indigenous economic activity promising local income and employment of a durable nature.

One reason why such indigenous economic activity is important is that, precisely because it emerges in regions where growth is itself an innovation, it is likely to be a response to new markets and new technologies. The re-distributive approach implies that the forces that led to the relative prosperity of the core and somehow permanent features of economic life. However, no such assumption is justified. There is some reason to suppose, on the contrary, that, during a new period of expansion different forces might be at work that could actually place the periphery in economically favourable circumstances.

It should by now be clear why the re-distributive approach is also politically unacceptable. It is so, mainly because it leads to cumulative demands for public expenditure in forms that are both uneconomic and unlikely to find favour among the central, more prosperous regions, and for which the main justification depends on a vague sense of solidarity with the poorer regions. However, many of the resulting dilemmas of public policy are probably intractable and can threaten the very integration of political communities (even within established states).

The relevance of all this to the current predicaments of the European Community should also by now be obvious. In fact, the EEC was founded in full awareness of the shortcomings of such a re-distributive approach when applied by national governments in isolation.

The insistence of nation-states, when they have the means to do so, on re-distributing internally an economic surplus obtained as a consequence of foreign trade is a form of mercantilism. This is presumably why the provisions in the EEC Treaty prohibit state aids except under certain specified conditions. In a full common market the currently "less-favoured" regions are presumed to have an opportunity to catch up by seizing the opportunities made available by free access to the market (and by escaping from dependence on traditional markets within the nation-state or in other states with which there were special training agreements).

In practice, of course, these theoretical advantages of membership of a common market have been realised either too slowly or insufficiently by the less favoured regions of the Community to prevent what seen to be persistent disparities in economic performance on a core/periphery dimension. It was, indeed, recognised that such a problem might arise, though the remedies provided in the original EEC Treaty were chiefly directed towards agriculture and the labour market. The agricultural remedies have not in the event helped more than in a transitional way and may even, it can be argued, have worsened the overall problem of adaptation. New remedies have been added, most notably the ERDF, but this has, as is well known, been operated up to now as a means of assisting national measures and so been primarily re-distributive among member states. Those regions that seem to be structurally disadvantaged as a consequence of their peripherality tend to remain dependent on national governments (and so on traditional markets). The approach of governments and of the regional policy in practice is, therefore, essentially mercantilist.

III

My second proposition is that *the problem of the periphery (which is a problem for the Community as a whole) can be satisfactorily resolved only if the peripheral regions can realise and exploit their own potential for economic growth*. By implication I am suggesting that such a potential exists. But it can be realised and exploited only on certain conditions. It is, I suggest, with ensuring those conditions that the Community's regional policy should be chiefly concerned, though this will involve difficult political decisions.

The causes of growth in previously under-developed and dependent peripheral regions are still inadequately understood and demand further study. (Most studies to date have sought mainly to explain why such regions tend to be structurally disadvantaged in present conditions, rather than with what might be possible, if the conditions were changed). However, some pre-requisites of growth can be suggested; they all entail some consideration of political, social and technological factors that economists normally exclude from their own analyses.

First, the opportunities and constraints of growth need to be assessed from the perspective of peripheral regions themselves; this in turn demands that more attention should be paid to how regions are defined and organised for purposes of economic development in a European context. Up to now the Community has defined and classified regions on the basis of boundaries drawn for purposes of national policy, given the existing distribution of political and administrative competences. The purposes of national policy, and as a result the criteria for defining regions, vary considerably among the member states. They rarely provide a concept of region that is potentially viable for purposes of indigenous growth in the context of a European internal market.

Secondly, the economic potential of a region cannot be satisfactorily appreciated for purposes of indigenous growth unless it is treated as interconnected with other aspects, in particular: environmental factors; technology; social and cultural characteristics, including both regional identity and attitudes to work and enterprise; and political and administrative structures, including both the region's capacity for internal self-government (such as a necessary consensus among economic actors) and its control over its own economy and external relations.

Thirdly, in their search for economic viability the peripheral areas should not repeat the experience of the previously more advanced economies, nor hope to gain from more profitable forms of dependence on the latter. Rather they need, on the one hand, to exploit indigenous resources and markets (in ways so far inadequately perceived), while also seizing advantages of new technology and of new external markets, to both of which the advanced regions may well be proving slow to adapt.

Fourthly, regions attempting to break out of under-development and dependence need to be relieved of the burdens imposed by those nationally-inspired policies and structures that are determined mainly by a need to sustain stagnating national economies. Within the states these policies probably reflect most the interests of the central regions and in the Community the interests of the wealthier members states.

In other words, it is my contention that latent possibilities of economic growth of ultimate benefit to the Community as a whole are in present conditions inadequately realised. My view of this problem is influenced most by my own experience of the Mid-West Region of Ireland and is partly derived from an attempt to explain the process of development taking place in that particular peripheral region in comparison with similar areas in other parts of Europe. These comparisons are being attempted as part of a European Programme for Growth in the Periphery initiated by the National Institute for Higher Education, Limerick.

In common with other peripheral areas in Ireland and elsewhere this Region has experienced the problems typically associated with traditional dependence on agriculture and on a limited manufacturing sector in decline, and with distance from markets and lack of indigenous finance for investment. On the other hand, the Region has adopted a remarkably positive attitude towards innovation and development, which seems to have paid off in the rate of establishment of new enterprises, the attraction of investment from outside (especially from abroad) and a slight increase during the 1980s in employment in manufacturing industry (compared to an overall national decline). Indeed, peripherality may have been a positive factor in development, which has owed much to improvisation and initiative by local individuals and organisations.

A significant contribution has been made by new enterprises based on advanced technology (often established by foreign capital) and substantial investment has been made in the establishment of a technological park based on the technological university. A major part of the new economic activity is provided by small and medium-sized enterprises.

A crucial element, in this case has been the contribution of a special, and in many ways unique, semi-state development company based in the region (Shannon Development). At the same time those active in the economic life of the Region are quick to single out negative effects of national policies as a constraint on development. Those responsible for economic strategy in the Region have seized opportunities created by membership of the European Community both in terms of access to new markets and financial assistance, though it is felt that the attitudes of central government have prevented the full benefits accruing to the Region itself.

It is most unlikely that the Mid-West Region could have capitalised on positive attitudes and advantages, if it had had to rely on the policies of the central government and without the intervention of the European Community and other international organisations. (These and other aspects of development in the Mid-West of Ireland are analysed in detail in a pilot study by Donal Dineen

and myself made in 1986 for the Commission's *Action Programme on Local Labour Market Development*).

IV

The problem of regional economic disparity has been considered here as an inefficient distribution of resources with political as well as economic causes. It has also been viewed from the perspective of regions on the geographical periphery of the European Community, where, it is suggested, Community intervention, including that of a financial nature, should be geared to promoting indigenous opportunities for growth. But the condition of such intervention should always be the need to compensate in a positive way for structural disadvantages arising from previous policies and conditions for which the regions concerned were not themselves responsible.

The problem has not been treated here as an aspect of social policy or, in other words, as a problem of seemingly permanent under-development or decline, though it is not denied that such a problem may exist for certain kinds of region in the Community. The danger is that the member states' governments will attempt to treat every aspect of regional economic disparity in such terms and, therefore, to regard regional policy essentially as a matter of the re-distribution of financial resources.

In fact, the Commission has for some time now been constructing the framework and the means of a different approach, in which many of the points made in the argument presented here are developed. It may be useful, therefore, to conclude with a summary of practical conclusions of relevance to the current re-appraisal of Community policy.

First, while the Commission's current preference for intervention based on regional programmes of development must be welcomed, the question remains whether the regions concerned have the means themselves of setting and pursuing priorities of development. Partly this is a question of how regions are defined, especially for economic purposes, and how comprehensive is the participation of economic and social actors in the formulation and implementation of programmes. Partly it is a question of ensuring that programmes are integrated not only in terms of the use of financial instruments but also in terms of the whole range of variables affecting growth at regional level. Secondly, in spite of the Commission's efforts to improve co-ordination of the various instruments of structural intervention, the latter are still administered as separate funding arrangements designed for specific purposes (such as vocational training, farm modernisation, investment in infrastructure, and so on). These purposes are not always the most relevant from the point of view of regional development, so that the Community should find more selective and flexible methods, involving the setting of priorities in direct consultation with the regions concerned.

Thirdly, financial assistance is not sufficient on its own especially since within some of the member states (such as Ireland) appropriate regional authorities do

not exist or, if they do, lack the means of promoting regional economic potential. The Commission should be enabled to give where necessary direct assistance to regions in the form of expertise and guidance, while the regions should also be assisted to formulate their own view of the regional economy.

Finally, the whole range of Community policies needs to be made more open to influence by such regional perceptions. In one sense the reliance on a purely redistributive approach reflects the very limitations of the Community's institutions and procedures, in which it is primarily bargaining among diverse national interests that determines what measures are taken by the Community.

Only if the Community is open to influence from interests and opinions distinct from those of the member states' governments, will it be capable not just of devising short-term solutions to differences between governments but also of addressing the genuine economic and social problems of managing a common market.

This shortcoming is one of the main consequences of failure to develop the powers of the European Parliament, since it is precisely the role of a parliamentary institution to ensure that public authorities are made aware of economic and social realities. The Parliament has up to now for obvious reasons concentrated much of its energies on budgetary matters and, as I have tried to argue, this is not the best context in which to treat the problem of regional economic disparity. The Parliament, therefore, has a necessary function to perform in bringing regional considerations to bear on the whole range of Community policies.

Die politische Situation Marokkos

von

Prof. Dr. Dr. Bernd M. Weischer*

1

Das monarchische politische System Marokkos steht fest und wird im Moment von keiner ernst zu nehmenden Opposition in Frage gestellt. Selbst einem vorstellbaren Attentat eines Einzelgängers werden keine großen Erfolgchancen eingeräumt. Die Monarchie ist islamisch fundiert und der König als 'Emir al-mu'minin' (= Fürst der Gläubigen) sakrosankt. Selbst wenn das von gewissen Integristen-Kreisen, die als solche aber nicht straff organisiert sind, in Frage gestellt wird, so gibt es doch keinen charismatischen Gegenspieler des Königs, der eine gewisse Autorität im Lande hätte. Auch der oft erwähnte Abdeslam Yasin ist eine isolierte Einzelfigur ohne Anhang; er erinnert mehr an einen mittelalterlichen Bußprediger, der dem Herrscher einen Spiegel vorhält. Die integristischen Gruppierungen, die übrigens genau beobachtet und bewacht werden, stellen bisher kein Sicherheitsproblem dar, sie sind mehr der - zumeist jugendliche - Ausdruck des Protestes gegen bestimmte gesellschaftliche Zustände des Landes, wobei sich ein gewisser 'linker' Einfluß bemerkbar macht, ein Phänomen, das man übrigens auch in Tunesien beobachten kann. Die Kritik an den negativen Seiten des Systems ist u.a. bei Studenten, Intellektuellen, Angehörigen des Mittelstandes, Freiberuflern zu finden, es werden Korruption des Staatsapparates, die hohe und weiter zunehmende Arbeitslosigkeit, die ungerechte Güterverteilung etc. beim Namen genannt. Diese Gruppe ist aber nicht organisiert und hat keinen großen Einfluß auf die Arbeiterschaft und die Landbevölkerung.

Die offizielle politische Opposition, die legal im Parlament vertreten ist, stellt die Monarchie nicht in Frage, ist also keine Gefahr für das Königshaus. Das gilt sowohl für die sozialistische USFP, die linke Splittergruppe OADT, die kommunistische PPS als auch für die nationalistische Istiqlal, sie gehen also in dieser Grundfrage mit den politischen Kräften des Regierungslagers konform, d.h. mit den konservativen Parteien RNI und UC, der royalistischen MP und der konservativ-sozialdemokratischen PND. Wirkliche Alternativmodelle zur Politik und Wirtschaftspolitik gibt es derzeit nicht bzw. werden nicht offen diskutiert. Die Schwierigkeiten, die Marokko bisher nicht in den Griff bekommen hat, sind die wirtschaftlichen. Hier liegt die Gefahr, daß es immer wieder zu spontanen Unruhen kommen kann - wie bei der Preiserhöhung für Brot und andere Grundnahrungsmittel.

* Als Quellenangabe für den vorliegenden Text gilt: KAS-Auslandsinformationen, 5/87.

ungsmittel Anfang 1984. Trotz gesunkener Erdölpreise, einer guten Ernte 1986 und einer erwarteten guten Ernte auch im Jahr 1987, trotz einer gewissen Verschnaufpause durch verschiedene Kredite (z.B. vom IWF) ist es noch nicht zu den notwendigen strukturellen Veränderungen - vor allem auch auf dem Agrarsektor - gekommen. Durch die Süderweiterung der EG sinken die Exportchancen für Zitrusfrüchte, Gemüse etc., solange nicht neue Assoziierungsabkommen ausgehandelt werden. Weitere Negativfaktoren, die schrittweise an Bedeutung gewinnen, sind die Landflucht, die Unfähigkeit der staatlichen Verwaltung, weitere Arbeitskräfte aufzunehmen, die Blockierung des Arbeitsexports ins Ausland, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die nicht zu entschärfende Zeitbombe des rapiden Bevölkerungszuwachses. Vorgesehene Gegenmaßnahmen, wie Kürzung der Staatsausgaben, restriktive Geldpolitik, Abwertung der Landeswährung, Privatisierung von Staatsbetrieben, langsamer Abbau der hohen staatlichen Subventionierung der Grundnahrungsmittel, sind nur halbherzig in Angriff genommen worden, zumal da schon jetzt ein großer Devisenengpaß besteht. Auch steht zu befürchten, daß diese Gesundungsmaßnahmen Unruhen auslösen könnten; und so schiebt man die Probleme weiter vor sich her.

Das Militär, von dem in der Vergangenheit, besonders in den siebziger Jahren, des öfteren Putschversuche ausgingen, steht heute allerdings geschlossener zum König. Der militärische Erfolg in der Westsahara hat zu einer Konsolidierung innerhalb der Armee beigetragen, wie ja das Saharaproblem insgesamt die marokkanische Nation zusammengeschweißt und trotz aller Opfer der Bevölkerung das Nationalbewußtsein gestärkt hat. Gerüchtweise hört man von einer oppositionellen Offiziersgruppe unter der Bezeichnung 'Bewegung des 16. August' (Datum des Angriffs der Luftwaffe auf die Königsmaschine unter General Oufkir im Jahre 1972), denen sich einige frustrierte, bei den jüngsten Beförderungen zum Thronfest 1986 übergangene Colonels angeschlossen hätten. Diese Gruppierung habe algerische Kontakte und vertrete einen arabischen Sozialismus a la Nasser. Seitdem Spanien und Portugal Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, ist Marokko als Mittelmeer- und Atlantikanrainer ein strategisches Schlüssel-land geworden. Terroraktionen und Attentatsversuche sind vorprogrammiert. Der Ostblock (vor allem Bulgarien und die Sowjetunion) hat die Zahl seiner Agenten in dieser Region schon seit 1985 merklich vermehrt. Der marokkanische Innenminister, der größte Machtträger nach dem König, versucht, angesichts dieser Entwicklung mit vermehrten Kontrollen jeder Art gegenzusteuern. Inwieweit er Erfolg hat, wird die nahe Zukunft zeigen.

Marokko ist jedenfalls für die Europäische Gemeinschaft, und zwar nicht nur für deren Mittelmeeranrainer, wie für die NATO wichtiger geworden, und man wäre gut beraten, das Land mit seiner eindeutig prowestlichen Haltung bei der Überwindung seiner ökonomischen Schwierigkeiten (s.oben) noch wirksamer zu unterstützen, bevor Ereignisse eintreten, die eine große Bedrohung und weitaus höhere finanzielle Belastung für Europa und das westliche Bündnis mit sich brin-

gen könnten. Außerdem ist die Vermittlerrolle und der mäßigende Einfluß Marokkos in der arabischen und islamischen Welt gar nicht hoch genug einzuschätzen. Rabat ist auch der Sitz der Erziehungsorganisation der islamischen Länder, der ISESCO (= Islamic, Educational, Scientific, and Cultural Organisation). Diese Organisation machte in letzter Zeit öfter von sich reden. Vom 27. bis 29.10. 1986 fand in Rabat ein wichtiges Treffen dieser 46 Staaten umfassenden Organisation statt, das diesmal von zahlreichen ministeriellen Delegationen besetzt war.

Zu beweisen sind diese Gerüchte nicht; auch ist ein erfolgreicher Staatsstreich von dieser Gruppe her realistischerweise schwer vorstellbar. Zumal der König viel für die Armee getan hat: Die Luftstreitkräfte wurden in den letzten Jahren auf 14.000 Mann verstärkt, ein Modernisierungsprozeß ist angelaufen. Für in der Westsahara stationierte Truppen werden doppelte Gehälter gezahlt, Offiziere bekommen Grundstücke zu Vorzugspreisen für den Hausbau und einen Dienstwagen auch für Privatzwecke und andere Vergünstigungen. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen König und Armee heute weitgehend entkrampft und positiv.

2

Um auf die *äußere Lage*, die Beziehungen Marokkos zu befreundeten und nicht befreundeten Staaten und Regierungen zu sprechen zu kommen, wäre zunächst auf die aktuelle Lage in der Westsahara hinzuweisen. Die Westsahara-Frage hat sich in Marokko trotz aller Belastungen innenpolitisch eher stabilisierend ausgewirkt und wird aller Voraussicht nach, wenn die letzte Mauer fertiggestellt ist, kein regimbelastendes Problem sein. Trotz der militärischen Überlegenheit Marokkos gelang es der Polisario im vergangenen Dezember und erst kürzlich, die Mauer zu durchbrechen. Nach Aufkündigung des marokkanisch-libyschen Unionsabkommens hat Libyen seine Unterstützung der Polisario in geringem Umfang wieder aufgenommen. Es sollen zur Zeit auch 50 Polisario-Kämpfer in der von Syrien kontrollierten Bekaa-Ebene im Libanon von iranischen Ausbildern trainiert werden. Erste iranische Kämpfer wurden in der Sahara gesichtet und getötet. Die merkwürdige Achse 'Iran-Syrien-schiietischer, syrisch kontrollierter Libanon-Libyen-Algerien', die 'islamisch' nicht zu erklären ist, dürfte also eine Neuaufgabe der alten arabischen, östlich beeinflussten Ablehnungsfront mit Einschluß des Iran darstellen. Die letzte Sahara-Mauer entlang der mauretanschen Grenze sollte schon bis zum Thronfest (3.3.1987) fertig werden. Damit wäre außer zwei kleinen Ecken gegenüber Algerien das gesamte Gebiet der Westsahara befriedet. Auch die Polisario-Schlauchbootattacken auf ausländische Schiffe in den Gewässern zwischen Mauretania und den Kanarischen Inseln, die sich als Publicity-Aufhänger - vor allem in linken Blättern Europas - so gut machten, dürften jetzt ein Ende haben. Der Bau dieser Mauer ist wohl auch beim letzten Besuch des marokkanischen Außenministers A. Filali in Nouakchott (8./9.1. 1987) abgestimmt worden.

Die Regierungen vieler afrikanischer Länder, die aus ideologischen Gründen und unter algerischen Pressionen die sogenannte Sahararepublik anerkannt hatten, tendieren neuerdings dazu, ihre Entscheidung zu revidieren, da sie von Algerien

nicht entsprechend honoriert wurde, und suchen verstärkt Hilfe bei Marokko. So haben sich mehrere Präsidenten solcher Staaten zu Besuchen in Marokko ausgesagt bzw. nehmen diplomatische Beziehungen mit Marokko auf (z.B. Kapverdische Inseln, Togo). Auch Senegal hat sich nach einer kurzen Eintrübungsphase wieder offen zu Marokko bekannt. Insgesamt muß man sagen, daß die jüngsten diplomatischen Vorstöße Marokkos in Afrika und Lateinamerika nun langsam Früchte tragen.

Eine gewisse Ernüchterung ist in den amerikanisch-marokkanischen Beziehungen eingetreten. Die USA werden nicht nur wegen ihrer widersprüchlichen Nahost- und Iranpolitik als unsichere Bundesgenossen angesehen. Der Peres-Besuch und die Annullierung des libysch-marokkanischen Unionsvertrages haben nicht das Ergebnis gezeitigt, das Marokko erwartet hatte: eine verstärkte, dringend benötigte Hilfe seitens der USA und internationaler Finanzkreise. Marokko schaut wieder verstärkt nach Europa: Die französisch-marokkanischen Beziehungen sind ungetrübt und vorrangig.

Frankreich hält seine finanziellen Zusagen an Marokko ein und sieht in ihm einen seiner wichtigsten afrikanischen Partner. Die marokkanisch-britischen Beziehungen sollen aufgewertet werden. König Hassan II. hat eine Einladung von Königin Elizabeth II. angenommen und hat in England vom 14. bis 17. 7. 1987 einen Staatsbesuch absolviert. Eine Reihe von europäischen Ministern stattete im letzten Quartal 1986 Marokko Besuche ab. Bei den Gesprächen ging es vorrangig um die marokkanischen Wünsche in bezug auf eine vorteilhaftere Behandlung durch die EG.

Römische Radikalismen – Was ist die "Partito Radicale"?

von

Dr. Ladislav Barlay*

Rom heißt eigentlich nicht Rom, sondern Roma und dieser kleine phonetische Unterschied deutet auf Wesentliches hin. Denn diese fürwahr *città eterna* gedeiht, seitdem sich das geistig-politische Schwergewicht des Geschehens im antiken Mittelmeerraum aus einem in die hellenistische Epoche überwechselten Griechenland westwärts verlagerte, im Zeichen einer unerschöpflich erneuerungsfähigen Flexibilität, die aber das geschichtlich einmal Dagewesene milde in sich aufnimmt und Ortsansässigen wie Neuankömmlingen alles, was sich an Wissen und Normen kontinuierlich ansammelte, in einer unnachahmlichen Reichhaltigkeit und Fülle wie urbane Selbstverständlichkeiten einer weich umfassenden Lebensorientierung zum Mitmachen anbietet. Man ist, selbst unter Leistungsdruck oder mitten im politischen Kampf immer gut aufgehoben in Rom und es kann kaum eine Handlungsweise geben, die hier nicht längst irgendeine Verwurzelung hätte. Rom war ja bereits in der Antike eine Metropole und ist nun, nach vielen, teils opferreichen Schwankungen ihrer Einwohnerzahl, wieder eine, eben moderne Metropole.

Zuviel hat sich hier ereignet, wurde hier erdacht und diskutiert, gebaut, gedichtet, gemalt, gesammelt und komponiert, als daß die Vielfalt, ja der Reichtum allein der Spuren dieser Aktivitäten, wie sie einem entgegenreten, und wie sie sich, man denke nur an das Beispiel des ursprünglich heidnischen und durch frühchristliche Einrichtung konservierten Pantheons, vielfach überschneiden, in wenige Worte gefaßt werden könnten. Noch schlimmer: es gibt kaum ein kulturelles Detail dieser Stadt, das nicht schon irgendwann als ad nauseam reproduzierter Kitsch uns begegnet wäre. In der Ferne etwas Römisches heraufzubeschwören läuft immer Gefahr, abgedroschen zu wirken, jedoch das Gleiche vor Ort und inmitten einer vitalen sowie freundlich zugänglichen Aktualisiertheit fasziniert einen, und zwar ohne Distanz, immer von Neuem.

Schon die Spaziergänge, zu denen diese Stadt einlädt, enthüllen eine seltene städtebauliche und architektonische Symbiose von behaglichem privaten Wohnen und öffentlicher, mal in städtischer, mal in staatlicher, mal in kirchlicher Regie erzeugter Repräsentanz. Darum lohnt es sich, wenn man das Mausoleo di Augusto und das Pantheon schon mal aufgesucht hat, es nicht nur auf den alten Stadtkern mit Forum Romanum, Saturnus-Tempel, Via Sacra, Vespasi-

* Reflexionen über den 32. Kongress der Partito Radicale, der von 26. 2. bis zum 1. 3. 1987 in Rom veranstaltet wurde.

anus-Tempel, Septimus-Severus-Bogen, Kurie, Basilica Emilia, Maxentius-Basilica, Augustina und Faustina-Tempel, Colosseum, Romulus-Rundtempel, Focalsäule, Julius Caesar-Tempel, Venustempel, Titusbogen, Vestatempel, Vestalinnen-Haus, Castor und Pollux-Tempel und Augustus-Tempel ankommen zu lassen, sondern an Caracallas Bädern und an der Kapelle Domine, Quo vadis? vorbei auf die Via Appia Antica zu fahren. Aber auch aus neuerer Zeit stammende Bauensembles darf man in Rom nicht isoliert betrachten. So empfiehlt es sich ein Herabsteigen von der Trinita dei Monti auf die Piazza di Spagna und einen Rundgang auf der Piazza del Popolo mit einer Exkursion in das mit Grünanlagen großzügig ausgestattete Villen- und Museumsviertel der Villa Borghese und Villa Medici zu verbinden. Wie fugenlos und doch sofort auffallend fügen sich Gebäuden wie Palazzo de Montecitorio, Palazzo Chigi oder Palazzo Quirinale, oder Brunnen wie Fontana di Trevi oder Fontana dei Fiumi (auf der Piazza Navona) in ihre bauliche Umgebung!

Rom ist ein einziger, dank höchster Partizipation an den Informationsflüssen einer teils auch naturwissenschaftlich erfassbaren Realität nicht nur zweckmäßig, sondern im Zeichen optimal überformter Zweckmäßigkeit bebauter Ort. Das wird dem Betrachter besonders dort deutlich, wo Meister wie Michelangelo, Bramante oder Bernini am Werke waren. Am Schnittpunkt, wo die Foren von Augustus und Traianus der Via dei Fori Imperiali entlang und von der anderen Seite der Capitolinische Hügel über die Basilica Santa Maria d'Aracoeli auf die Piazza Venezia (mit dem fremdartigen, jedoch integrierten Palazzo Venezia) treffen, umgeben nun drei Paläste (Palazzo Senatorio, Palazzo del Museo Capitolino und Palazzo dei Conservatori einen der eindrucksvollsten öffentlichen Plätze, die je angelegt wurden: Michelangelos Piazza del Campidoglio, wo zwei der Paläste ebenfalls von Michelangelo entworfen wurden und wo (zu Liebhabern historischer Plastik zugeneigter Zeiten) nicht nur die Reiterstatue des Marcus Aurelius bewundert werden konnte, sondern auch ein Panoramablick in Richtung Piazza del Gesu.

Was jedoch Rom an öffentlichen Bauleistungen bietet, erreicht in der Basilica San Pietro mit Berninis Säulengang, Petrus-Stuhl, Tabernakel, Baldachin sowie mit Michelangelos Kuppel und La Pietà (in einer Seitenkapelle) ohne Zweifel ihren Höhepunkt, wobei diese von Papst Julius II eingeleitete Kulmination der Renaissance-Architektur tatsächlich an dem Ort erbaut wurde, an dem das Grab des Heiligen Petrus liegen dürfte. San Pietro, am besten vom Castel Angelo und von den graziösen Tevere-Brücken kommend, der Via della Conciliazione entlang erschließbar, ist nicht nur ein vollkommenes sakrales Bauwerk, mit dem sich nur wenige Kirchen, so vielleicht einige der gotischen Kathedralen oder der griechischen Tempel überhaupt vergleichen lassen. Diese Basilika macht, stets das Eingefügtsein aller Details ins prachtvollste Ganze sowie eine optische Optimierung von geometrischen Figuren und Massen unter Beweis stellend, von außen und dann von innen ins Auge gefaßt, das freiheitsstiftende, jede Person gesetzmäßig prägende Primat des partizipierbaren, in Gesetzen nachspürbaren, sich in Zufällen, ganzheitlichen Verursachungen und Wechselwirkungen, ja im Prinzip statistisch, nur im Grenzfall deterministisch, vor allem in Paradoxien durchsetzenden, in der Endlichkeit raumzeitlichen Werdens und Zustandswechsels die unendliche

Mächtigkeit eines fulgurativen Prozesses geltend machenden Geistes in einer selten so erfolgreichen, weil vollkommenen Art transparent. Das ist der Grund, warum der Anblick dieses Bauwerkes, vor allem, wenn man noch etwa die Pinakothek und die Sixtinische Kapelle (mit Michelangelos Fresken) hinzunimmt, die katholische Kirche in einer zwar als in der diesseitigen Welt operierenden, jedoch essentiell von ihrem geistigen Auftrag her bestimmten Gestalt zum öffentlichen Bauherrn werden läßt. Die Kirche zeigt sich hier jedem und unmittelbar als eine Institution, deren Mitglieder durch die Emanation des Heiligen Geistes legitimiert sind. Das Erhabene an San Pietro geht jedem intelligenten Betrachter psychisch so sehr nahe, als ob diese ganze Pracht nur um seinetwillen dastünde. Nur unintelligenten Zaungästen dürfte das entgehen.

Rom ist mit dem Stuhl Petri, d.h. mit dem des jeweiligen Pontifex Maximus, und im Sinne des Lateranvertrages mit dem Vatikanstaat unzertrennlich verbunden. Damit gesellen hier zu den staatlichen, auch noch etliche, eben kirchliche Universitäten, Hochschulen, Seminare, Verlage, Redaktionen, Rundfunkanstalten, Krankenhäuser, Verwaltungen, Museen, Bibliotheken, kurzum: Rom hat dadurch ein potenziertes geistig-kulturelles Dasein auf allen Ebenen und in allen wesentlichen Bereichen. Katholisch geprägt wäre Rom auch ohne den Vatikanstaat. Die Zahl der hier erbauten prachtvollen Kirchen wie San Pietro in Vincoli (mit dem Grabmal von Papst Julius II von Michelangelo), Santa Maria Maggiore oder San Giovanni in Laterano usw. ist, gemessen an vergleichbaren Zahlen aus anderen urbanen Zentren Italiens schwindelerregend.

Doch Papsttum und Stadt Rom prägten sich gegenseitig, welche Seite auch immer in einer bestimmten geschichtlichen Situation dominant sein konnte, welche Auswirkungen das auch immer haben durfte – ideell, wirtschaftlich und politisch. Auch heute und auch in den weniger geschichtssträchtigen Bezirken der Stadt ist die mentale Ausstrahlung der Präsenz des Heiligen Stuhls in dieser Gemeinde immens. Was ja Rom von den Handels- und Banquiers-Städtestaaten, vornehmlich Republiken, wie Firenze, Genova, Venezia, Padova, Siena, Milano, Bologna usw. als ebenfalls urbane Regionalhauptstadt unterschied, das war die päpstliche Anmeldung eines universalen, geistig fundierten Anspruchs auf zumindest einige weltliche Rudimente davon, was einst ein ganzes Imperium zierte. Darum war Rom seit dem Altertum nur ein Regionalzentrum zwar, einstweilen sogar schlichtweg der päpstliche Kleinstaat oder sogar eine von außen aufkotroyierte Republik, jedoch immer auch eine Metropole.

Auf dem ganzen europäischen Kontinent gibt es nur eine einzige andere Metropole, die sich mit Rom in dieser Hinsicht überhaupt messen lassen kann: Paris, eine Stadt mit sehr stark mittelalterlicher Ausprägung (durch gotische Architektur und scholastische Universität) in ihrem musealen Kern und mit der auf dem Reißbrett von klassischem Rationalismus, Revolution, bonapartistischem Kaisertum und nach restaurativen Exkursen errungener Republik für Citoyens und zugleich Bourgeois entworfenen, repräsentativen Gestalt. Man könnte vielleicht die Feststellung wagen, in Paris ist Geschichte zum Bauelement eines dynamisch und in Sprüngen hervorgebrachten Systems der normativen Regeln

liberal verfaßter, rechtsstaatlicher Gegenwart geworden, während in Rom jedes, nicht rein geistige System von Normen nur in einem mild umspannenden, kontingenten, Freiheit wie Verantwortung vorerst immer individuell bemessenden Fluß der Geschichte gelten kann.

Denn Rom pulsiert natürlich auch im Sinne von Business, Handel, Medien und durch Gewaltenteilung gegliederter Politik. Abgeordnetenversammlung, Senat, Präsidialamt, Ministerien, Ämter, Kommunalbehörden und Gerichte sitzen hier ebenso wie Verlage, Funk- und Fernsehstationen, Hauptverwaltungen großer Konzerne, elegante Geschäfte für jeglichen Bedarf und in jeder Preislage von der Via Crescenzio bis zur Via Nazionale, von der Via Veneto bis zu den unzähligen, als Familienbetrieb geschickt geführten Kleingeschäften der hügeligen Wohngebiete, an denen man merkt, daß es doch möglich ist, preiswert, phantasievoll und sogar geschmacksvoll zu bauen. Aber alles Pulsieren geht hier beschaulicher und weniger formalistisch vor sich als in Paris, London, Bruxelles oder gar in München. Das Mittelmeer ist ja hier via Ostia zum Greifen nahe, Nordafrika und der Nahe Osten sind hier ebenso wie Südfrankreich, Griechenland oder Spanien praktisch Nachbarn.

Rom zeigt heute, daß auch diese Metropole zur Schwelle des Übergangs von der Industrie- zu einer Informationsgesellschaft vorstieß. Selbst in bescheidenen Vororten stehen winzige Dienstleistungsunternehmen der Computerbranche ins Auge, der industriell bedingte Wohlstand wirkt dagegen zunehmend obsolet, wenn auch zugleich unverzichtbar. Man hat den Eindruck, daß die Römer es verstehen werden, die Segnungen des Industriezeitalters ebenso geschickt in eine neue Synthese des Lebensstils hereinzuholen, wie sie das praktisch mit den Vorzügen vergangener Zeiten immer schon anstellten. Beruhigend ist dabei zu wissen, daß ein post-industrielles Zeitalter ausgerechnet die Römer nicht wird überfordern können.

Kann man in Rom überhaupt radikal sein? Man kann es sehr wohl, ja man muß es schon um der ewigen Selbsterneuerungstendenz willen, die dieser Stadt, ja dieser Gemeinschaft, man ist versucht zu sagen im Sinne eines Heiligen Augustus oder eines Heiligen Thomas von Aquin, unverändert inhärent ist. War schon Papst Julius II ein Radikaler, als er seine Bauvorhaben gegen Widerstand durchsetzte, oder waren schon die Päpste Leo XIII und Pius XI radikal, als sie die soziale Dimension der Katholizität kühn wiederentdeckten, war ja Papst Pius XII ein Radikaler als er Anfang des Zweiten Weltkrieges jeder totalitären Tyrannei, so auch der faschistischen, öffentlich eine mutige Absage erteilte, war doch auch Papst Johannes XXIII ein Radikaler, als er die Kirche für die Errungenschaften der Aufklärung öffnete oder Papst Johannes Paul II, der ein Philosoph ist und nicht anders als radikal auf Werte der christlichen Ethik rekurriert.

Nicht nur kirchliche Oberhäupter übten sich freilich hier schon in Radikalität, man braucht dabei nur an die vielen Politiker zu denken, die sich, mit welchen weltanschaulichen Präferenzen auch immer, seit der Risorgimento radikal für die Entstehung eines freiheitlich verfaßten, demokratisch regierten Rechtsstaates auf föderativer Basis in Italien einsetzten und schließlich kannte man radikales politisches Verhalten bereits im alten Rom. Wer nennt sich aber heute in Rom radikal?

Radikales Forum oder Bazar der Radikalismen?

Dort, wo die Via Aurelia bergauf, am Monte Vaticano vorbei und manche Kurven beschreibend, durch dicht besiedeltes Stadtgebiet, in dem Stadthauswohnblöcke, Krankenhausanlagen, Supermärkte, kirchliche Residenzen, Hochschulinstitute, Botschaftervillen und Polizeikasernen einander ablösen, allmählich aus Rom hinausführt, aber noch bevor die Peripherie landwirtschaftlich längst nicht mehr genutzt, teils mit außer Betrieb gesetzten, teils mit nagelneu errichteten Industriegebäuden bebauter, öder Großflächen, kühn bemessener Autobahnausfahrten und reliktartig dahinwelkender Pinienhaine anfängt, mitten in einer mit Dienstleistungsgeschäften aller Art und natürlich auch mit Gotteshäusern reichlich ausgestatteten Wohngegend neuerer, jedoch behaglicher Bauart liegt das Hotel Ergife.

In diesem, einst gewiß der Luxusategorie gezählten, mit mehreren Flügeln in die Höhe ragenden Hochhauskomplex, in dem nunmehr Geschäftsreisende, middle class-Urlauber, vor allem aber Schulklassen und sonstige Reisegruppen einzukehren pflegen, und in dem die baulichen Fazilitäten großer Speisesäle, Cafés, Bars, Souvenirboutiques oder Diskotheken mehr verheißen als dort an Leistung tatsächlich dargeboten wird, veranstaltete die Partito Radicale (Radikale Partei) vom 26. Februar bis zum 1. März 1987 ihren 32. Kongress, unter dem man sich eigentlich einen Parteitag vorstellen sollte.

Auf die Anwesenheit von Politik, ja von Berufspolitikern und damit auch von einer gewissen Prominenz deutete dabei das vorsorglich geknüpfte Netz von Sicherheitsmaßnahmen Marke "Personenschutz", in deren Folge man während der Dauer des Kongresses im Hotel allenthalben auf, egal ob in Uniform oder in Zivil gehüllt, oft mit stattlichem Maschinengewehr ausgerüstete Polizeibeamte stoßen konnte. Weniger die tatsächliche Gefährdung öffentlicher Geschäfte und exponierter Personen durch den politischen Terrorismus, sondern, Gott sei dank, eher die Erinnerung an die brigade rosse und an die prima linea scheint hier recht akut zu sein, konnte der Beobachter meinen.

Gleichwohl durfte er sich die Augen vor Verwunderung darüber reiben, wie viele prominente Mitglieder anderer Parteien, höhere Beamten, Verbandsfunktionäre, Gewerkschafter, Geistliche, Journalisten und Fernsehstars, Schlager- und Popsänger, Schauspieler, Künstler, Schriftsteller usw. ausgerechnet auf diesem Parteikongress sich ein Stelldichein gaben. Auf den Fluren vor dem Plenarsaal, vor den kleineren Sitzungssälen, in den Bars, im Pressezentrum oder eben im gekonnt besetzten Kongressbureau herrschte zumeist rege Kommunikation zu zweit oder gruppenweise kurz stehende, länger verweilende oder eben im hektischen Vorbeirauschen aufeinander einredende Leute, die sich sichtlich überaus engagierten Unterhaltungen zu widmen wähten.

Politisch erstaunlich war dabei die fast lückenlose Präsenz der Vertreter des gesamten politischen Parteienspektrums: hier ein Regionalrat, Mitglied der Democrazia Christiana (DC), daneben ein Anwalt, Sozialist (PSI), etwas weiter rechts ein Bürgermeister, Sozialdemokrat (PSDI), dann eine Nobelpreisträgerin, unweit

von ihr ein Kleinunternehmer, Liberaler (PLI) und ein Funktionär, Republikaner (PRI), dort ein Jugendfunktionär der Sozialisten, ein französischer Dominikanerpater, dann wiederum ein Abgeordneter, Kommunist (PCI) und ein Senator, Liberaler, um von den unzähligen Journalisten und Rundfunk- sowie Fernsehmoderatoren erst gar nicht zu reden, die allesamt ihre parteipolitischen Präferenzen oder sogar Mitgliedschaftsausweise hierhertrugen.

Nicht nur die rege Teilnahme der Vertreter des gesamten parteipolitischen Spektrums der Republik sticht derart ins Auge. Auch die bunte Mischung von Berufs- und Altersgruppen sowie Nationalitäten schien zumindest für einen Parteitag ungewöhnlich. Außer Bürgermeistern, Regionalräten, Abgeordneten, Senatoren, Anwälten, Beamten und Journalisten waren hier alle erdenklichen Gruppen vertreten. Professoren, Ärzte, Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose, Studenten, Schüler, Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene, aus Rußland ausgewanderte Juden, der Pasok-Europaparlamentarier Mavros aus Griechenland, Schriftsteller wie der umjubelte Poet aus Sizilien, Ignazio Butitta, Schauspieler wie Sylvia Koscina, Laura Lattuada, Ilona Staller oder Ugo Tognazzi, Filmregisseure wie Bertolucci und Damiani, Musiker und Komponisten wie Angelo Branduardi, Gigliola Cinquetti, Domenico Modugno und Rita Pavone oder bekannte Fußballspieler bevölkerten in laut pulsierendem Durcheinander und kommunikationsbeflissemem Miteinander das Hotel Ergife von früh Vormittag bis in die tiefe Nacht hinein.

Im Laufe des Kongresses artikulierten sich auch die einzelnen Initiativgruppen, die sich zwecks der Vertretung ihrer mehr oder weniger politischen, oder politisierbaren Anliegen im Schoße der Partito Radicale bestens aufgehoben fühlen, und zwar unabhängig davon, ob sie Mitglieder der Partei aufweisen oder nicht. Hier Gegner der Tierversuche, dort Anhänger der Strafrechtsreform, etwas weiter die Feministinnen, daneben wiederum Rüstungsgegner, etwas weiter Bekämpfer der Hungersnot in Afrika, daneben Gegner der Vollstreckung einer bestimmten Todesstrafe in den USA, dahinter Kernkraftgegner, wobei selbstverständlich die Anhänger des Gurus Bhagwan Shree Rajneesh ebensowenig fehlen durften wie Naturschützer, Menschenrechtsorganisationen oder Propagandisten der "Esoterik". Selbst die Parteifunktionäre, die Abgeordnetenmandate tragenden Berufspolitiker der Partei oder die von einfachen Mitgliedern oder gar Sympathisanten schwer unterscheidbaren Aktivisten pflegten häufig in kleinen Gruppen ihre sehr unterschiedlichen und sehr speziellen "happenings"; die Mitglieder der Associazione Radicale di Napoli verbreiteten über das sie insbesondere Beschäftigende gleich dicke Info-Materialien.

Auf den ersten Blick schien dieser Kongress so etwas wie ein schwer übersichtlicher Marktplatz, also etwa ein Bazar für alle einzelnen und Gruppen zu sein, die ihre sehr disparaten Ziele und Erwartungen im Rahmen einer rechtsstaatlich normierten Massendemokratie mit einem entschlossenen Reformwillen durchzusetzen versuchen, wobei sie das, was sie jeweils wollen und wie sie das jeweils wollen als radikal bezeichnen.

Zu dieser Atmosphäre eines pluralistisch pulsierenden Marktgeschehens trug sicherlich die tolerante und wohl auch flexible Organisation des Kongresses bei. Praktisch konnte sich jeder Teilnehmer auf die Rednerlisten der Plenar-

debatten und der Kommissionsdebatten zwecks Wortmeldungen oder Resolutionsanregungen jederzeit unbehindert eintragen, an den ersten beiden Tagen dauerten die Debatten auch bis in die Nacht, Sitzungen der Bundeskommission konnten sogar erst in den frühen Morgenstunden beendet werden. Zuweilen vermehrten sich die vollen Rednerlisten, und nicht zuletzt die Berge von Info-Material, die von den verschiedensten Gruppen und Untergliederungen der Partei verbreitet wurden, während man jedoch Mittags und Abends nicht nur in den hoteleigenen Restaurants und Bars in oft spontan zusammengewürfelten Gruppen nach doch wiederum nur politisch ausfallen könnender Erholung trachtete, sondern zu diesem Behufe schon mal in die Trattorien der Umgebung ausflog.

Was so prima facie darbot, war freilich bei weitem nicht das Ganze. Bei aller Pluralität, Spontaneität, Toleranz und Flexibilität, ja Innovationsbereitschaft bewältigte dieser Kongress ein Arbeitsprogramm, das am ersten Tag die Wahl dreier Präsidenten, den Bericht des Generalsekretärs Negri sowie den des Schatzmeisters Calderisi, den Bericht des Bundeskommissionspräsidenten, die Debatte über eine vorläufige Parteisatzung vorsah. Am zweiten Tag standen an: Generaldebatte und Kommissionssitzungen, Sitzungsberichte, Interventionen, Anträge und Änderungsanträge. Am dritten Tag folgten: Generaldebatte, Podiumsdiskussion über "Recht, Justiz und Medien" (unter anderem mit Francesco Arrabal, Vladimir Maximow, Mauro Mellini und A. A. Sinowjew), Abstimmung über die Anträge und Änderungsanträge, Wahl des Generalsekretärs, des Schatzmeisters, der Bundeskommission und des Rechnungsprüferkollegiums. Am vierten Tag wurden schließlich die Wahl- und Abstimmungsergebnisse bekannt gemacht und der Kongress schloß mit einer öffentlichen Kundgebung unter dem Motto "Die Radikale Partei im Jahr 1987".

Auch die sechs Kommissionssitzungen ergaben Gesichtspunkte und Tendenzen, die in Richtung einer Homogenisierung der vielfältigen Positionen unter dem Dach einer Parteistrategie gewirkt haben dürften. In der ersten Kommission ging es (unter Beteiligung von Professor Teodori und dem Liberalen Baslini) um eine Reform des politischen Systems durch Wiedereroberung der Demokratie, der Information und der Rechtssicherheit. In der zweiten diskutierten der Dominikanerpater Cardonnel, EG-Kommissar Ripa de Meana und die Feministin Sabatini über die Partei als eine Partei der Einheit Europas, des Lebens, des Friedens und der Abrüstung. Die dritte Kommission war unter Beteiligung von Bruno Zevi, Georges Donnez MdEP und Professor Michail Voslensky dem gewaltfreien Kampf für die Bejahung und Wahrung der Menschenrechte gewidmet. In der vierten Kommission befaßten sich ein ehemaliger Terrorist (Vesce), ein Justizkommissionspräsident von der PSI (Viviani) und eine Reihe prominenter Anwälte (Masselli, Ventre, Ammannato, Lipera) und ein Strafkammerpräsident (Mazzuca) mit dem Thema "Verfassungsmäßige Legalität und gleiche Gerechtigkeit für alle". Die fünfte Kommission war hauptsächlich von Parteifunktionären frequentiert und behandelte das neue Parteikonzept der Radikalen, die eine Partei der Ideen und der Werte anstreben, und dabei transnational und, durch Doppelmitgliedschaften, parteienübergreifend vorzugehen gedenken. Erst die sechste Kommission hatte sich dem politischen Stellenwert der Risiken und Bedrohungen des

ökologischen Gleichgewichts der Erde, allerdings ohne überwältigende Sachkompetenz der Teilnehmer, gewidmet. Währenddessen bot man auch Gesprächsmöglichkeiten in der Aula an: über das neue Konkordat, über die Verletzung der Ozonschicht der Erde und über die örtlichen Assoziationen der Partei.

Am Ende schien doch manches dafür zu sprechen, daß dieser Kongress mehr als nur ein Bazar von beliebig verkündeten Radikalismen war. Man hatte also doch letztlich den Eindruck, daß so etwas wie eine Idee radikalen politischen Handelns gibt, an der manche Handlungsweisen teilhaben können und die folgenreicher mit anderen politischen und nicht nur politischen Ideen verflochten ist. Das hieße aber, daß die Partito Radicale die Verkörperung, ja das parteipolitische Instrument eines Paradigmas wäre, welches radikal handeln wollende und vor allem künftige Personen, falls sie nur einen Minimalkonsens über Legitimität und Strategie ihres Tuns erzielen, zu einer politischen Partei zusammenfaßt.

Worin mag aber die Idee radikalen Handelns bestehen? Was leistet überdies das Paradigma des Agierens einer radikalen Partei politisch, ferner, wie lange kann man sich dieses Paradigmas in der Politik mit Erfolg bedienen?

Der Sinn radikalen Handelns

Ein radikaler Standpunkt politisch Handelnder läßt sich sogar exakt begreifen. Wer diesen Standpunkt auf erfolgreiche Weise, weil wahren Einsichten, realistischen Zielen und zweckmäßigen Entscheidungen entlang geltend macht, muß jedenfalls eine Bedingung erfüllen. Er muß bei seinem bruchartigen, sprunghaften und zuweilen überraschenden oder ungewöhnlichen Eingreifen in den tatsächlichen Gang der Ereignisse seine Intentionen noch mehr als andere nach den Knotenpunkten in der Ordnungsstruktur der realen Welt richten. Diese Ordnungsstruktur ist unter anderem durch eine Vielzahl von Mengen bzw. Klassen gleichartiger, abstrakter Gegenstände gegeben und sie ordnet die Menge aller Beziehungen zwischen allen abstrakten Gegenständen. Die jeweilige Struktur solcher Gegenstände wird wiederum durch eine endliche Menge von Ordnungsregeln begründet. Radikales Eingreifen bedeutet eine Operation mit dem Ziel, diejenige, einem beliebigen abstrakten Gegenstand gemäß einer der gültigen Regeln (d.h. Knotenpunkte) zugeordnete, einzigartige Menge äquivalenter Mengen (oder "Größen") zu finden, aus der der betreffende Gegenstand nach einfacher Regelanwendung hergeleitet werden kann. Das Auffinden solcher "Größen" ist gleichbedeutend mit der Auswahl einer einzigen Menge aus einer unendlich mächtigen Menge von gleichartigen Mengen und es eröffnet die Möglichkeit, solche "Größen" zu beliebigen Gegenständen zu konstruieren sowie aus beliebigen "Größen" entsprechende, weitere "Größen" abzuleiten.

Radikales Tun markiert damit einen teleonom wie teleologisch überformten Knotenpunkt in der Struktur der realen Welt: den Angelpunkt nämlich, von dem aus unter Nutzung zufallsträchtiger, offener Entscheidungssituationen eine singuläre Notwendigkeit der jeweiligen Ereignisfolge als ein seine eigene Verwirklichung sicher bewirkendes Ziel auftritt. Das Auffinden solcher Angelpunkte gibt zwar freie Hand für noch so kühne, unwahrscheinliche, unerwartete Konstruktionen,

es bleibt jedoch auf die Realisierung eines einzigen Ziels oder nur auf die einiger weniger Ziele beschränkt. Die dabei bemühte Notwendigkeit ist wiederum mit unzähligen Zufällen verschränkt und sie kann häufig nur als eine übergreifende, ganzheitliche, ja relative festgestellt werden. Vieles von dem Concretum der Ereignisse, was von dem radikalen Eingreifen betroffen ist, kann damit vom selben Eingreifen aus gerade nicht erkannt oder beeinflußt werden.

Radikales Handeln ist mitnichten zu verwechseln mit der Bevorzugung extremer Entscheidungsalternativen bzw. Wahlmöglichkeiten.¹ Dennoch kann radikales Eingreifen in einen Vorgang gerade in der Bevorzugung einer extremen Alternativmöglichkeit bestehen, wie es auch im Gegenteil, gerade eine irgendwo zwischen den Extremen liegende Wahlmöglichkeit bevorzugen kann, — je nach dem, was nach Maßgabe der Wirklichkeit selbst an radikalen Handlungsmöglichkeiten überhaupt vorhanden ist und was zwecks der Verwirklichung einer radikalen Zielsetzung als optimale Entscheidung gelten kann. Ganz generell folgt daraus, daß radikales Handeln nur dann legitim ist, wenn es zugleich optimales Handeln ist, d.h. sich als ein Handeln infolge optimaler Entscheidungen erweist. Optimales Handeln kann dagegen von Fall zu Fall radikal sein und muß dann radikal sein können, es kann aber auch gerade nicht radikal sein und es muß manchmal auch nicht radikal sein können. Um der optimalen "Mitte" des Aristoteles willen muß man manchmal radikal sein, aber man kann nicht immer und durchgehend nur radikal handeln.

Politisch betrachtet ist radikales Tun nur für diejenigen möglich, die ihre Ziele im Einklang mit dem Fortdauern einer liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung formulieren und ein nach Grund- und Menschenrechten normiertes Minimum an Legalität für ihre Legitimitätsansprüche als unabdingbar anerkennen. Denn gerade sie selbst bedürfen des Schutzes durch eine solche Ordnung und gerade sie streben die Erhaltung oder die Reformierung solchen Schutzes für jedermann an. Radikales politisches Handeln kann deshalb nur die Verfolgung eines einzigen abstrakten Ziels im begrenzten Zeitraum und unter Wahrung der Normen der Rechtsstaatlichkeit bedeuten, ohne daß dabei auf weitere Umstände Rücksicht genommen werden könnte, von denen allerdings die, die bestimmte Minimalforderungen der Legalordnung betreffen, von vornherein affirmiert werden. Wird nun radikale Politik von beständigen, ja von demokratisch mehrheitsfähigen Zielen geleitet und bleibt sie legalitätskonform, so erweitert sie den Stabilitätsbereich einer Massendemokratie, ja sie steigert die Fähigkeit der Legalordnung dieser Demokratie, beim Auftreten wechselvoller Sachprobleme stabil zu bleiben und eine Ultrastabilität des politischen Systems konstituierende Problemlösungen zu begünstigen. Radikale Politik steigert dann die Ergodizität des politischen Systems, sie prägt dann die Institutionen der Demokratie mit, sie erweitert überdies die politischen Freiheiten und sie läßt diese auch vernünftig, nicht zuletzt im Hinblick auf die wahrzunehmende Eigenverantwortung, nutzen. Sie trägt durch reformerische oder revolutionäre Anstöße zur Erneuerung des politischen Systems bei, in dem nun erweiterte Freiheiten, Rechte und Verant-

1. Vgl. L. Barlay: Radikalismus und Extremismus, in: LIBERTAS, 1/1985, S. 60ff; zum Begriff der "Mitte" bei Aristoteles siehe Aristoteles: Nikomachische Ethik, (hrsg. E. Rolfes-G. Bien), Hamburg 1972

wortlichkeiten gewährleistet sind.

Erkennt man an, daß politisches Handeln unter der Norm der Vernunft ein radikales Vorgehen als eine jeweils auf ihre Entsprechung dem Optimum neu zu überprüfende Handlungsmöglichkeit für sich beanspruchen kann und sollte, so enthüllt sich ein in den repräsentativen Massendemokratien häufig zugeschnittener Sachverhalt. Im Prinzip ist das am vernünftigsten geregelte radikale Vorgehen in der Politik dasjenige, das von den Zielen, Zwecken und Mitteleinsätzen einer christlich inspirierten und daher soweit wie nur möglich rationalen Informationsbasis der fälligen Entscheidungen und zugleich von einem aufgeklärten christlichen Glauben geleitet wird.² Dies soll freilich nicht heißen, daß christlich inspirierte Politiker, einerlei, ob sie radikal oder nicht radikal vorgehen, solche Anforderungen stets erfüllen würden. Sie sind jedenfalls dazu verpflichtet und christlich inspiriertes politisches Handeln ist, bezogen auf den ganzheitlichen Sinn von Politik überhaupt bei aller vernünftigen Bewertung radikaler Alternativen inmitten der Entscheidungsoptimierung, das radikalste, weil die denkfähige, freie und verantwortliche menschliche Person am meisten treffende und berücksichtigende Handeln.

Mag dabei radikale Politik unter Berufung auf reelle, von vielen erkannte oder nur empfundene Probleme einzelne Parteien aus der ideellen Inkompetenz und aus dem Immobilismus reißen, oder gar ein ganzes parlamentarisches Spektrum von Parteien als einen verkrusteten, letztlich illegitimen Machterhaltungsmechanismus mit der plötzlichen Anmeldung eines Repräsentationsanspruchs vernünftigen Problemlösungswillens in turbulente Gewichtsverlagerungen und Frontverschiebungen stürzen, einige Aporien bleiben für radikal Handelnde in der Massendemokratie auch an der Schwelle zur Informationsgesellschaft immer noch erhalten:

– Wenn man nicht immer und durchgehend radikal handeln kann, wie sollte man einen immerwährenden Radikalismus vertreten?

– Wie flexibel, ja als Partei nicht nachvollziehbar flexibel müßte man sein, um stets radikal handeln zu können?

– Wie will man eine radikale Partei politisch artikulieren und steuern, wenn die eigene, rein problembewußt angelegte, auf die Parteiendemokratie ablehnend abzielende Politik von einer in der repräsentativen gesetzgebenden Körperschaft mitwirkenden, sich an die Regeln der Legalordnung haltenden Partei durchsetzen möchte?

– Wo liegen die zeitlichen, regionalen, institutionellen, verfassungsmäßigen, wirtschaftlichen, sozialen, mentalen und kulturellen Grenzen der Artikulation radikaler Politik, wenn es im Hinblick auf die Sachprobleme der Politik zweifellos einen Bedarf an Radikalität gibt?

2 Vgl. L. Barlay: Venetische Variationen über Geist in der Politik, Menschenrechte, Regionalität und Europäische Integration, in: LIBERTAS, 3-4/1986, S. 113ff; zum Verhältnis von Glauben und Wissen im Christentum siehe G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, in: Hegel, Sämtliche Werke, Bd. 15-16., Stuttgart 1965, J. M. Bochenski: Logik der Religion, Köln 1968, A. N. Whitehead: Religion in the Making, New York 1926, I. Kant: Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, in: Kant, Werke, Bd. 6., Berlin 1968, M. Scheler: Vom ewigen im Menschen, Religiöse Erneuerung, in: Scheler, Gesammelte Werke, Bd. 5., Bern 1954

Ein dauerhafter Radikalismus?

Wenn radikales Handeln lediglich eine der frei wählbaren Alternativmöglichkeiten ist und obendrein die Existenz einer liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung zu seiner *conditio sine qua non* hat, lassen sich die Aporien des Projektes einer stets radikalen Politik, wenn überhaupt, so nur um den Preis auflösen, daß Radikale sich ganz bestimmten, speziellen, von kompromißhaften Rücksichtnahmen auf etwas anderes losgelösten Themen der politischen Meinungs- und Willensbildung zuwenden und ihre politische Organisation als ein Grenzphänomen im Gefüge der Parteien einer repräsentativen Demokratie handhaben. Auch so gilt die etwas einschränkende Aussage, die auf wichtige Baugesetze einer repräsentativen Demokratie verweist, und die besagt, daß ein politisch organisierter Radikalismus selbst in solchen Demokratien auf ein gewisses Minimum an plebiszitären Willensbildungen angewiesen ist und beim strikten Fehlen solcher Willensbildungsmöglichkeiten politisch weder handlungs- noch artikulationsfähig wäre.

Auch wenn im regionalen, nationalen oder gar föderativen Rahmen die Verfassung in irgendeinem Umfang ein plebiszitäres Korrektiv zur repräsentativen Gesetzgebung und Regierungskontrolle vorsieht, Radikalismus ist in einer parlamentarischen Ordnung nur dann möglich, wenn seine Vertreter flexibel genug sind, sich stets die Öffentlichkeit genügend beschäftigenden, offenen Sachproblemen oder eben dem auf breiter Basis akzeptierten Schein solcher Probleme zu widmen. Das bedeutet nicht nur die ständige Exploration solcher Probleme oder eventuell ihres Scheins, sondern auch die Herstellung von Sachkompetenz zwecks der Erarbeitung, oder auch nur Bevorzugung solcher Lösungsvorschläge, die auf die Dauer notwendigerweise mit jedem frei wählbaren Lösung in höchstem Maße vereinbar sind. Die Qualität der eigenen Lösungsvorschläge muß mehr als bei anderen Parteien in den Notwendigkeiten der Sache selbst begründet sein, sonst fehlt sofort die Legitimation für radikales Auftreten. Hinzu kommt, daß eine Kompetenz dieser Art ohne Aussicht auf machtpolitische Profilierung oder Amterpatronage zu entwickeln, in Wirklichkeit einer besonders ausgeprägten ethischen Motivation, ja eines Imperativs mit dem dazu gehörenden Formalismus von Werten, Verantwortlichkeiten und Engagements bedarf.

Kompetenz wie Imperativ bleiben dabei durchgehend getrennt von der eigenen machtpolitischen Profilierung. Die Ausübung von Regierungsgewalt, die Bekleidung und Verwaltung von Ämtern, ja die Mehrheitsfähigkeit im Parlament kommen als ernsthaft verfolgbare Ziele nicht in Betracht für die eigene Partei, der allein schon deshalb der Charakter eines Grenz- oder Übergangsphänomens anhaftet.

Hinreichend viele, in hinreichendem Maße gebildete sowie hinreichend engagierte Personen, die als eine teils traditionell verwurzelte, teils neue Elitegruppe zu agieren beginnen, finden sich für ein begrenztes Zeitintervall praktisch stets in einem Land wie Italien. Bereits die seit der Antike gepflegte Kunst der öffentlichen Argumentation, ferner die keineswegs *ad acta* gelegte Tradition der politischen Philosophie des christlichen Mittelalters sowie der ebenso rationalen wie

realistischen Theorien vom Machtkalkül in der Renaissance legten parallel zu den Regelungen der staatlichen Legalordnung die Legitimationspotenz ideeller Entwürfe im politischen Handeln fest, ja sie relativierten den Formalismus des Staates und der sozialen Institutionen zugunsten innovatorischer, kreativer Gruppenbildungen und Herrschaftslegitimationen. Es ist kein Zufall, daß nach der gegenreformatorisch initiierten Stagnation vom Ende des 17. bis Mitte des 19. Jahrhunderts die Entstehung des italienischen Nationalstaates im Zeichen politischer Einsichten stand, die eine geistige feedback zu jenen Traditionsbeständen markieren. Vilfredo Pareto's Theorie des geschichtsformenden Agierens sowie ungleichmäßigen Zirkulierens der Eliten auch unter den Bedingungen liberaler Rechtsstaatlichkeit und Demokratie³, und die sich vielfach darauf aufbauenden Ideen Benedetto Croce's über den geistigen Hegemonialaspekt politischer Macht sowie über die Legitimität parteiübergreifender, "problemorientierter" Bewegungen in der Demokratie⁴ hätten nirgendwo in so reiner Form erzeugt werden können, wie in einem zunehmend aufgeklärten, ja mit laizistischem Nationalstaat kokettierenden und doch, im öffentlichen Umgang mit den Normen der Sittlichkeit weitgehend christlich inspirierten Italien. Diese Denker faßten, mal abgesehen von ihren speziellen theoretischen Denkleistungen, nur das für den grand design der Politik zusammen, was die Essenz der philosophischen Überlegungen war, mit denen die Eliten eines entstehenden italienischen Rechtsstaates ihr politisches Selbstverständnis sowohl angesichts der Anforderungen der Aufklärung als auch angesichts der Wiederanknüpfungsangebote der Geschichte hervorgebracht hatten.

Das für Fremde oft verwirrend genug erscheinende Geflecht politischer Ideen, Strategien, Taktiken, Kompromissen und Programmen in Italien findet gerade an diesem Punkt eine Erklärung. Immerhin hat der einflußreichste Liberaler Italiens bis in die 50er Jahre hinein, Croce sich wenig um die Belange der Liberalen Partei, und wesentlich mehr um die problemorientierter, zweifellos plebiszitär gestimmter Bewegungen gekümmert, zumal nach seiner Konzeption der demokratisch regierte Staat nur insofern erfolgreich fortbestehen kann, als er den Hegemonialansprüchen sozialer Gruppen genügt und mit den Regungen des "moralischen Bewußtseins" seiner Bürger kompatible Maßnahmen sowie Regelungen trifft.⁵

Hierbei wird zugleich eine soziale Komponente des liberalen Denkens in Italien sichtbar, die das Merkmal des Sozialen als eines sich lediglich aus allen anderen Individuen zusammensetzenden Handlungsgefüges an einem jeden Individuum selbst nachzeichnet, und sich aus der personalistischen Tradition des römischen Katholizismus in den Bereichen Anthropologie, Ethik und politische Philosophie herleitet. Die Kehrseite dieser Medaille ist, daß sozialistische bzw. sozialdemokratische oder (auf Mazzinis Entwurf eines italienischen Nationalstaates zurückgehende) republikanische Doktrinen in Italien stets eine liberale Komponente

3 Vgl. V. Pareto: *Trattato di sociologia generale* (1916), Milano 1964

4 Vgl. B. Croce: *Filosofia dello spirito*, Vol. III.: *Filosofia della pratica*, Bari 1909; ders.: *La storia come pensiero e come azione*, Bari 1938; ders.: *Etica e Politica*, Bari 1945

5 Vgl. B. Croce: *Il partito come giudizio e pregiudizio in cultura e vita morale*, in: *Unita* (ed. G. Salvemini, Firenze), Nr. 16. 12. 1911 sowie G. de Ruggiero: *Rinascimento, riforma, controriforma*, Bari 1930

aufweisen, was sich heutzutage insbesondere an dem undiskutablen Festhalten der Parteien Craxis und Spadolinis an einer marktwirtschaftlichen Ordnung und an einer aktiven Beteiligung am NATO-Bündnis für alle Italiener wohlthuend ablesen läßt. Gleichwohl geht die größte, einflußreichste, die Parteienlandschaft am meisten prägende und sich einzig als Volkspartei deuten könnende Partei Italiens, die Democrazia Christiana geschichtlich auf die nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Partito Popolare (PPI) zurück, die sich ausdrücklich zu der Doktrin eines "liberalen Katholizismus" bekannte, und sowohl den Nationalliberalen als auch den Sozialisten gegenüber die geistige Überlegenheit einer personalistischen, liberal und zugleich sozial gerecht gesinnten Tradition des römischen Katholizismus ausspielen konnte. Alle diese Parteien verhalten sich zu den Formalbedingungen der Legalordnung und zu den Legitimationsgrundlagen jeglicher Politik dem Paradigma entsprechend, das von Croce in aller Klarheit formuliert wurde. Eine der Folgen davon ist der überparteiliche Konsens über eine weitestgehende Gewährleistung der Aktionsspielräume der politischen Parteien in dem mit zwei Kammern (Senat, Abgeordnetenkammer) ausgestatteten parlamentarischen Regierungssystem, in dem ein uneingeschränktes Verhältniswahlrecht gilt. Bezeichnenderweise garantiert Art. 49 der Verfassung der Italienischen Republik allen Bürgern das Recht, "sich frei in Parteien zusammenschließen" und "in demokratischer Weise zur Bestimmung der nationalen Politik beizutragen".⁶ Obwohl Art. 67 jede Bindung der Ausübung von Abgeordnetenmandaten verneint⁷, ist die verhältnismäßig große Fraktionsdisziplin der Abgeordneten nicht zu übersehen. Auch die Regelung, wonach ein einfaches Mißtrauensvotum zur Abwahl des Ministerpräsidenten ausreicht, verweist auf die parlamentarische Macht der, allerdings die direkte Form des Regierungsturzes selten bevorzugenden Parteien, die sich mit Hilfe wechselnder Parlamentsmehrheiten häufig in Obstruktion üben, die Unterstützungsmehrheit der Regierung ändern oder Koalitionen abrupt beenden.

Die Macht der Parteien charakterisiert in Italien ein System der Parteiendemokratie, das von Sartori einmal ein extremer, multipolarer und zentrifugaler Pluralismus⁸ genannt wurde. Die Parteien dieses Systems zeigen Eigenschaften, die konträr sind und zugleich einander gegenseitig bedingen. So sind die Parteien ideologisch stark fixiert und scharf abgegrenzt. Zugleich teilen sie die wichtigsten Konzepte und normativen Einschätzungen im Hinblick auf "problemorientiert" ausfindig gemachte Belange großer Gruppen und sie überbieten sich diesbezüglich beim Bürger. Sie sind meistens lokal und regional organisiert bzw. ausgerichtet

6 Vgl. *La Costituzione della Repubblica Italiana*, annotata da Luigi Cattani, ed. Pietro Micanti, Milano 1983, S. 254

7 Vgl. Ebda, S. 288

8 Vgl. G. Sartori: *European Political Parties: The Case of Polarized Pluralism*, in: J. La Palombara-M. Weiner (Eds.): *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966; ders.: *Parties and Party Systems*, Cambridge 1976. Zum politischen System Italiens siehe noch: S.G. Galli: *Il difficile governo*, Bologna 1972; K. v. Beyme: *Das politische System Italiens*, Stuttgart 1970; N. Kogan: *The Government of Italy*, New York 1965; F. D. Marengo: *Rules of the Italian Political Game*, Aldershot 1981; M. Cotta: *Classe politica e parlamento in Italia*, Bologna 1979; M. Barbagli-P. Corbetta-A. Parisi-H.M.A. Schadee: *Fluidita elettorale e classi sociali in Italia*, Bologna 1979; Th. Stammen: *Parteien in Europa*, München 1978; R. Daddler: *Die Parteien in der Europäischen Gemeinschaft*, Andernach 1978

und in ihrem Zentrum bringen sie zentrifugale Wirkungen zur Geltung. Zugleich erhält sich auf allen Ebenen eine sich nur langsam und immer nur teilweise erneuernde politische Elite, die durch alle Regierungskrisen, Koalitionswechsel und Rotationen bezüglich der Dominanz in der Amtsausübung hindurch Steuerungskapazität beweist.

Mangels starker Konformitätstendenzen und dank praktisch fehlender quantitativer Hürden für den Einzug in die Legislative fällt es noch so kleinen Parteien leicht, mit oppositionellen Zielsetzungen und ohne Anspruch auf Regierungsbeteiligung oder Regierungsdominanz den Sprung ins Parlament zu schaffen. Zugleich integriert das System seine Elemente zu einem ganzheitlichen Gebilde gemäß den "problemorientiert" aufgefundenen Belangen, sodaß kleine Parteien nur dann nennenswerte Initiativ- und Profilierungsmöglichkeiten erringen, wenn sie sowohl "problemorientiert" als auch größere Parteien machtpolitisch stützend handeln.

Die zweite Folge ist der von allen im Parlament vertretenen Parteien geteilte Konsens über die Beibehaltung und legitime Nutzung einer plebiszitären Komponente der politischen Willensbildung, die ohne den repräsentativen Charakter der Gesetzgebung prinzipiell zu mindern, als ein im beschränkten Umfang mögliches Korrektiv zur Einbringung von Gesetzesinitiativen oder der Durchführung eines Referendums über eine Verfassungsänderung von der Verfassung selbst genau normiert ist.⁹ Dieser Konsens verwundert in einer Republik nicht, deren geschichtsträchtige Hauptstadt die Erinnerung an die mitten in einer reichlich gegliederten Legalordnung immer wieder erneuerte Unterscheidung zwischen auctoritas und potestas in Form von Straßennamen wachhält. Ein beziehungsreicher Spaziergang im Kern der ewigen Stadt, die sich seit der entmachtend vollzogenen Anerkennung des souveränen päpstlichen Staates allenthalben, von den Uniformemblemen städtischer Bediensteter bis hin zu den eisernen Kanaldeckeln und Hydranten mit dem klassischen Kürzel S.P.Q.R. ins Bild setzt, bestätigt das nach wie vor. Vom römischen Parlament kommend gelangt man kurzerhand zum Pantheon und von dort an die Corso Vittorio Emanuele II, deren Fortsetzung jenseits des Piazza del Gesu heute noch *Via del Plebiscito* heißt. Sie führt wiederum zum Piazza Venezia, den das Repräsentationsgebäude der einstigen venezianischen Gesandtschaft ziert, und der den Blick nicht nur auf die Colonna Traiana, sondern auch auf den (oft als Schreibmaschine bespöttelten) arg piemontesischen Vittoriano (mit dem Grab des Unbekannten Soldaten) freigibt. Unmittelbar daneben erstreckt sich der vorhin schon erwähnte Piazza del Campidoglio mit dem Capitol, der Pinakothek und dem Senatspalast. Dahinter beginnen schon die Reste des Forum Romanum. Hier kann Plebiszit, d.h. Volksabstimmung kein Ersatz für repräsentative Demokratie sein, aber man möchte es als wohl normiertes Korrektiv auch nicht missen.

In der Tat läßt die Verfassung der Italienischen Republik (vom 1948) beide Formen der Volksabstimmung und somit einer unmittelbaren Mitwirkung des ein-

⁹ Zur rechtsphilosophischen und staatsrechtlichen Einschätzung des Volksbegehrens und des Volksentscheids siehe H. Kelsen: Allgemeine Staatslehre. Berlin-Heidelberg-New York 1925, S. 356ff sowie C. Schmitt: Verfassungslehre, München-Leipzig 1928, S. 75, 260ff. 280; ders.: Volksentscheid und Volksbegehren, Berlin-Leipzig 1927

zeln Bürgers an der Gesetzgebung zu, die unter der Norm liberal verfaßter Rechtsstaatlichkeit als Korrektiv insofern als legitim gelten als sie der politischen Willensbildung des Volkes die Möglichkeit einräumen, auf die grundsätzlich repräsentative Gesetzgebung durch die Einbringung von Gesetzesinitiativen oder durch Abstimmung über geltende oder vom Parlament beschlossene Gesetze einzuwirken. Dabei regelt Art. 71 die Volksinitiative (Volksbegehren), indem er den Vorschlag einer Gesetzesinitiative durch das Volk gestattet, wenn dafür 50.000 Unterschriften vorliegen und die Initiative als Gesetzesartikel formuliert entworfen wird.¹⁰ Das Referendum (Volksentscheid) wird dagegen vom Art. 138 geregelt.¹¹ Dieser schränkt das Referendum auf Gesetze der Verfassungsrevision und auf Gesetze mit Verfassungsrang ein. Solche Gesetze können einem Referendum unterzogen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder einer der beiden Kammern, oder 500.000 Wählerunterschriften oder fünf Regionalräte dies innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung des betreffenden Gesetzes verlangen. Ein infolge des Referendums mit der benötigten Stimmenmehrheit nicht angenommenes Gesetz kann nicht in Kraft treten. Kein Referendum findet statt, wenn das Gesetz im zweiten Wahlgang einer der beiden Kammern mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder angenommen wird.

Tatsache ist nun, daß die italienischen Parteien selbst, und zwar in wechselnden Koalitionen, von diesem Instrument relativ häufig Gebrauch machen. Auf diese Weise wird ein Teil der "problemorientierten" Bewegungen mitten in der parlamentarisch vertretenen (und eindeutig verfassungstreuen) Parteienlandschaft integriert und nach Möglichkeit entweder in mehrheitsfähiges Handeln oder in schwerwiegende, "kritische" Konfliktstoffe verwandelt. Die Folge davon ist, daß es in Italien gegenwärtig nur solche "problemorientierte" Bewegungen gibt, die sich in der Erlangung bzw. Aufrechterhaltung einer parlamentarischen Einbindung sowie in prinzipieller Verfassungstreue üben. Dies war übrigens auch während der piemontesischen Monarchie mit ihrer oktroyierten Verfassung ("Lo Statuto" von 1848) so: die Bewegung, die am vehementesten inner- wie außerparlamentarisch gegen die Verfassung vorging und am Wirksamsten außerhalb des Parlaments agierte, nämlich die faschistische, war nicht "problemorientiert" und damit im Einklang liberal sowie rechtsstaatlich, sondern schlichtweg totalitär.

Heute scheint Italien sogar, wohl an der Schwelle zur postindustriellen Informationsgesellschaft angelangt, nach einer erfolgreich absolvierten Phase marktorientierter Prosperität in eine Art politische Entideologisierungsinphase eingetreten zu sein, wo selbst verfassungstreu und parlamentarisch vertretenen Strategien, deren Leitideen aber totalitär sind, wie etwa der Marxismus oder der Faschismus dramatisch an Wählerzustimmung einbüßen.

Die Eliten der modernen, nunmehr europäisch integrierten italienischen Republik überwinden die verheerende Stagnation der Vergangenheit gerade mitten in einem großangelegten, eigentlich seit Anfang des 19. Jahrhunderts sukzessiv durchgeführten, epochalen Säkularisationswerk, indem sie, bei allen Umwegen, Abstechern, Rückfällen und Intermezzi, immer wieder auf die in keinem anderen

¹⁰ Vgl. La Costituzione della Repubblica Italiana, a.a.O. S. 293
¹¹ Vgl. Ebda, S. 455f

Land derart ausgeprägte Tradition der Flexibilität im Umgang mit politischer Herrschaft, ja der Offenheit argumentativ erzeugbarer Legitimität von Herrschaft zurückgreifen konnten und mitten in der Säkularisation schließlich einen immanenten, auf dem Primat des Geistes beruhenden Vorteil des ursprünglichen, wissenschaftlichen und argumentationsfähigen römischen Katholizismus des Mittelalters und der Renaissance stets aktualisierten.

Die etwa nach der malerischen Technik des *sfumato* gleitend ineinander überwechselnden Strategien der verschiedenen Parteien, die Elastizität politischer Frontlinien und Bündnisse, die Flexibilität im Umgang mit den Regelungen der Legalordnung und die gleichzeitige Bereitschaft, die Legitimität des Handelns an die Ergebnisse einer übergreifenden Diskussion des Ideengehalts von Zielen, Mitteln, Entscheidungen und Entscheidungskonsequenzen zu knüpfen, ferner die daraus folgende Wertschätzung rhetorischer Selbstdarstellung sowie bestehend rationaler Argumentationskunst, die Toleranz gegenüber gerechten Regelverletzungen und die immer neu zu begründende, infolge einer gerechten Abrechnung mit Korruption, Amterpatronage und Nepotismus postulierbare Autorität derer, die sich ohne Ungerechtigkeit die Legalität öffentlich zu rehabilitieren voranschicken, — all das sind Charakteristika des Ensembles von Normen, das in Italien für politisches Handeln gilt. Für Beobachter aus anderen, ebenfalls liberal verfaßten, rechtsstaatlich normierten Demokratien erscheinen das politische System Italiens und insbesondere die Regeln der politischen Machtausübung und Machtverteilung, ferner die vielfach indirekte Erzeugung, Wahrung und Nutzung von Freiheit und nicht zuletzt das Selbstverwirklichungsvermögen ethisch wertvoller Ziele inmitten solcher Gepflogenheiten als chaotisch. Hierzu muß man freilich feststellen, daß nach den Erkenntnissen der Systemtheorie¹² und insbesondere ihrer auf die Synergie bezogenen Kapitel jede Ordnung unter konstitutiver Beteiligung von Zufällen aus einem Chaos entsteht, ferner, daß sogar das Bestehen jeder Ordnung aus dem Bestehen von Chaos in bestimmten untergeordneten Teilbereichen der Ordnung selbst abhängt und schließlich, daß für jede Ordnung die Auflösung in Chaos nach hinreichend langer Zeit eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit besitzt. Die wirkliche Ordnung ist immer eine zufallsträchtige, gesetzmäßige, ganzheitliche, synergieriche, irreversibel prozeßhafte und kausal wechselwirkende Ordnung von Ordnung und Unordnung. Die entscheidende Frage ist obendrein immer, zu welchem Zweck welche Art von Ordnung dienlich ist und welche Ordnung gegenüber anderen eine Priorität besitzt, weshalb von jeder beliebigen Ordnung aus geurteilt, eine personalistisch fundierte, zweckmäßige Ordnung nur eine sich selbst optimal steuernde und wertbezogen teleologisch überformende Ordnung von Ordnung und Unordnung sein kann. Um die Spielregeln des italienischen politischen Systems zu begreifen lohnt es sich deshalb nicht nur etwa die Hinterlassenschaften von Julius Caesar, Cicero

und Seneca, die Briefe des Heiligen Paulus, die Traktate des Boethius, des Heiligen Augustinus, des Heiligen Thomas von Aquin oder die von Ficino, die poetischen und philosophischen Werke eines Alighieri Dante und eines Machiavelli und die Theorien von Pareto, Mosca oder Croce zu interpretieren, um von der erdrückenden Fülle der lateinischen und italienischen Belletristik erst gar nicht zu reden. Es lohnt sich nicht zuletzt das grandiose Werk des letzten großen Dichters unter die Lupe zu nehmen, der das schlechthin Verwirrendste in letztlich klare Erklärungen einzufangen wußte und genau dieses Verfahren in unnachahmlicher Konsequenz sowie Luzidität propagierte bevor einstweilen nur noch in den mathematischen und physikalischen Theorien eines Telesio, eines Cardano, eines Cavalieri, eines Galilei oder eines Torricelli philosophisch Bedeutendes zur Wirkung gelangte und auf Italien bis zum Beginn der Epoche, die Gelehrten wie Galvani, Volta, Peano, Ascoli, Arzela, Burali-Forti, Fermi, Volterra und D'Ancona hervorbrachte, zunächst das Finsternis von Gegenreformation und Gegenauflösung folgenswer niederging: Ariostos "Orlando furioso".

Ein solcher Kompaß kann gerade gegenwärtig höchst nützlich sein. Denn der Eintritt Italiens in die postindustrielle oder Informationsgesellschaft¹³ vollzieht sich zwar im Zeichen eines noch nie dagewesenen sozialen Konsenses, aber auch in der Gestalt eines schwer durchschaubaren, oft chaotischen und in seinen Konsequenzen gewiß ambiguitären Vorgangs. Unter dem langjährigen sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi, der von seinem Posten an der Spitze einer "Großen Koalition" aus Sozialisten, Christdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und Republikanern trotz anderslautenden Koalitionsvereinbarungen erst angesichts des äußersten Widerstands der DC zurücktrat, für Neuwahlen den Weg frei machte und von dem (auch schon mal zurückgetretenen und wieder mit der Regierungsbildung beauftragten) DC-Politiker Gorla beerbt wurde, erzielte nun Italien wirtschaftliche Daten, die das Land in die Nähe Großbritanniens rückten. Mit schätzungsweise 602,5 Milliarden Dollar Bruttosozialprodukt, dessen pro Kopf Anteil 10.437 Dollar beträgt, wird Italien 1987 sogar Großbritannien erstmals überrunden und auf der Weltrangliste der bedeutendsten Industrieländer von Platz 6 auf Platz 5 rücken. Die Produktivitätsrate Italiens wurde 1986 gar nur von der Japans übertroffen. Selbst, wenn Ende 1986 die Staatsverschuldung erstmals das Bruttosozialprodukt überschritt, ging der Schuldanteil am Bruttosozialprodukt von 14 auf 12% zurück, und nachdem die Lohnskala 1983 abgebaut wurde, sank die Inflation von 16 auf 4,5%. Die Lire ist freilich überbewertet, weshalb sich Italien günstige Rohstoff- und Energieimporte leisten kann. Ein beträchtlicher Teil der wirtschaftlicher Aktivitäten, etwa 25 bis 35%, fällt zudem in die Sphäre der Schattenwirtschaft, ebenso schätzt man, daß etwa die Hälfte der 2,5 Millionen Italiener, die als arbeitslos gemeldet sind, überaus fleißig schwarz arbeitet. Noch mehr: Ein Zehntel des Bruttosozialprodukts wird dabei Organisationen wie die Mafia oder die Comorra zugeschrieben, die schätzungsweise eine Million Arbeitsplätze sichern (wie man hört, sogar auf dem Felde des Handels mit Trinkwasser, falls der Zustand der öffentlichen Wasserversorgung

12 Vgl. Barlay, *Venetische Variationen...*, a.a.O.; zum geschichtlichen Verständnis der ideellen und kulturellen Voraussetzungen italienischer Politik siehe F. De Sanctis: *Storia della letteratura italiana*, 1-2, Milano 1930

12 Siehe hierzu L. Barlay: Der exakte Systembegriff, in: LIBERTAS, 2/1984, S. 41ff.; H. Haken: Synergetik. Eine Einführung, Nicht-Gleichgewichts-Phasenübergänge und Selbstorganisation in Physik, Chemie und Biologie, Berlin 1981; ders.: Erfolgsgeheimnisse der Natur, Synergetik: die Lehre vom Zusammenwirken, Stuttgart 1981; L. Barlay: Rezension von H. Hakens "Erfolgsgeheimnisse der Natur usw." in: LIBERTAS, 1/1984, S. 64f.; ders.: Geist und Umweltbewußtsein, Frankfurt/M-Berlin-München 1982

aufgrund technischer Unzulänglichkeiten das ermöglicht). Seit 1984 wurden von Italienern insgesamt 45 Milliarden Dollar in Aktien und Investmentfonds angelegt, wovon ein großer Teil aus den Gewinnen der Schattenwirtschaft stammten, – selbst unter Berücksichtigung der weltweiten Wertverluste von Aktien in letzter Zeit immer noch eine beeindruckende Summe. 1986 legte die italienische Industrie 25% des Kapitals im Ausland an, das von ihr seit 1945 überhaupt im Ausland investiert wurde. Kein Wunder, daß in Italien der Beruf des Unternehmers sich eines ungewöhnlichen Prestiges erfreuen kann. Auch außerhalb Italiens wird Männern wie Fiat-Chef "Avvocato" Giovanni Agnelli, Olivetti-Präsident "Ingenere" Carlo de Benedetti, Fernseh-Großunternehmer "Cavaliere" Berlusconi oder Ferruzzi-Konzernboß "Agricoltore" Raul Gardini von keinem geringeren Presseorgan wie "Le Monde" bescheinigt, daß sie jene "Condottieri" seien, die "die Renaissance der italienischen Wirtschaft anführen". Das Magazin "Newsweek" berichtete unlängst auf sechs Seiten über das "Italian Miracle" und das "International Management" (May 1987) stellte gar als Titel eines längeren Berichts die Frage "The Italians: The Best Europeans?"¹⁴

Während nur noch weniger als 11% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, stieg die Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen in Italien rapide an. 1985 wurden 300.000 Firmenneugründungen registriert, 1986 waren es sogar noch mehr. Während aber etwa in der Bundesrepublik 1985 340.000 Firmenneugründungen erfolgten, mußten zugleich 318.000 Konkurs anmelden. In Italien gingen 1985 nur 150.000 Firmen in Konkurs, was einem Aufwärtstrend entspricht und überdies vom günstigen Klima, aber auch von überlebensfähigen, wettbewerbsfähigen Unternehmen zeugt. 1986 wurde auch eine Begleiterscheinung dieser Entwicklung deutlich. Ohne die Rolle der Institution Familie ernsthaft zu gefährden, ging die Zahl der Geburten erstmals so zurück, daß sie niedriger lag als die Zahl der Sterbefälle. Auch die Italiener werden immer weniger – 39,1% der Familien stellen nur noch "konjugale Kernfamilien" mit lediglich einem einzigen Kind dar. Gleichwohl stieg (bei hartnäckig gleichbleibender, sowohl strukturwandelbedingter als auch schattenwirtschaftsbedingter Arbeitslosenrate) die Zahl der "Gastarbeiter" (vor allem aus der Dritten Welt) auf 1,5 Millionen. Während noch unlängst große Wellen von Auswanderern Italien entströmten, belegen die Umfrageergebnisse der letzten Jahre eindeutig, daß eine signifikante, als Konsument ernst zu nehmende und nicht zuletzt kaufflustige Mehrheit mit ihren Lebensbedingungen und Chancen äußerst zufrieden ist.

Das sind zweifellos Anzeichen eines Wirtschaftsbooms, der aber mit einem auf dem Wege struktureller Reformen und Anpassungen vor langer Hand vorbereiteten Anwachsen der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit verbunden ist, wie es Italien seit Jahrhunderten nicht mehr erlebt hat und ohne die Mitgliedschaft des Landes in der EG nicht erleben könnte. Es fragt sich nun,

¹⁴ Siehe dazu noch aus der deutschen Presse K. W. Bender: Ferruzzi: die "süße Überraschung" aus Ravenna, in: Frankfurter Allgemeine, 2.2.1987; B. Hülsebusch: Auf Kornfeldern ein mächtiges Unternehmensimperium aufgebaut, in: Stuttgarter Zeitung, 21.3.1987; W. Prossinger: Das "Dolce vita" ist vom Wirtschaftswunder überrollt, in: Stuttgarter Nachrichten, 18.2.1987; J. Schilling: Italien – Entfesselte Kräfte, in: Bayernkurier, 21.2.1987 und Frankfurter Allgemeine, 21.5.1987, S. 15

welche zusätzlichen politischen Ansprüche und welche Erweiterung des Bedarfs an Politik daraus erwachsen?

Könnte es indessen zutreffen, daß die maßgeblichen, teils alten, teils erneuerten oder gar vorwiegend neuen Elitengruppen Italiens und die zu ihrer machtpolitischen Profilierung dienenden, im Parlament vertretenen Parteien in ihrer ideellen Problemlösungskapazität bereits im heutigen Stadium dieser Entwicklung erschöpft sind¹⁵ und von sich aus nicht mehr zu einem "problemorientierten" Handeln finden? Würde das nicht gerade davon zeugen, daß die "Problemorientiertheit", insofern sie verwirklicht werden soll, nicht bloß zeitlich begrenzt ist, sondern auf lange Sicht eine politische "Marktlücke" für diejenigen öffnet, die dauerhaft radikal handeln möchten, indem sie anderen, ideell erschöpften Parteien besonders durch Nutzung eines plebiszitären Korrektivs der repräsentativen Gesetzgebung selbstlos dazu zwingen, im eigenen Profilierungsinteresse zwecks eigenen Machtgewinns oder eigener Machterhaltung "problemorientiert", vor allem aber problemlösend zu handeln, während der Radikale selbst machtpolitisch so gut wie leer ausgeht?

Wäre darin vielleicht doch noch eine noch so geringfügige Chance für die machtpolitische Profilierung von Radikalen impliziert, zumindest, wenn sich Radikale als eine politische Institution einrichten, die quer durch das gesamte Parteienspektrum ebenso "problemorientiert" wie innovativ mit beliebigen sozialen Gruppen an konsensfähigen wie kompetent erzeugten Problemlösungen wirkte? Würde eine geschichtliche Situation dieser Art schließlich alle Einschränkungen zumindest temporär auflösen, denen diejenigen unterliegen, die in einer Massendemokratie stets radikal zu handeln gedenken? Dies letztere ist, bei allen wertvollen Beiträgen der organisierten Radikalen zu vernünftigen und zugleich demokratisch legitimierte Problemlösungen, äußerst unwahrscheinlich.

Radikale Strategiekonturen und Diskussionen

Die Radikale Partei, die in Italien erklärtermaßen zur unbedingten Erfüllung der Norm steht, eine "Partei der Freiheit, der Demokratie und der Gerechtigkeit" zu sein¹⁶, wird von zumeist berufspolitisch profilierten sowie medienkundigen Persönlichkeiten geführt, und von einer, die wichtigsten ideellen Leitmotiven mit

¹⁵ Vor dem Phänomen einer Erschöpfung der Problemlösungskapazität demokratischer Parteien wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg von kompetenten Beobachtern gewarnt. Siehe hierzu M. Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1918), in: Weber, Gesammelte politische Schriften, München 1921, S. 126ff; ders.: Politik als Beruf (1919), in: Weber, Gesammelte politische Schriften, a.a.O., S. 524ff sowie V. Pareto: Trasformazione della democrazia (1921), Bologna 1964

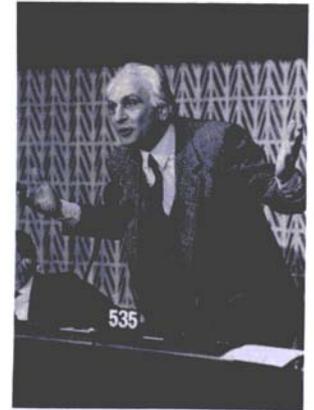
¹⁶ Il partito radicale dei diecimila iscritti. Perché, a cura di M. Teodori, Introduzione di Marco Panella, Supplemento a Notizie Radicali, Bd. XX., Nr. 278 (1. 12. 1986), Roma, S. 24ff

der Parteiführung weitgehend teilenden, mit der Parteiführung permanent und direkt kommunizierenden und ebenso bunt zusammengesetzten wie zahlenmäßig eng begrenzten Mitgliedschaft getragen. Führung, Funktionäre und Basis stimmen allesamt darin überein, daß die "Problemlösungsmüdigkeit" der restlichen Parteien eine politische Marktlücke für radikales Handeln signalisiert. Für diese nur an wenigen Punkten der ideellen Orientierung der Politik hartnäckig homogene, jedoch etwa aus Studenten, Verwaltungsbeamten, Wissenschaftlern, Medienfachleuten, Lehrern, Handwerkern, Geistlichen, Dienstleistungsgewerbetreibenden, Arbeitslosen, Hausfrauen, Juristen, Künstlern, Schriftstellern, Strafgefangenen und Schlagerstars äußerst homogen zusammengewürfelte Partei markiert im gegenwärtigen politischen Zustand Italiens, einschließlich des Zustandes wichtiger Institutionen etwas, was, ganz gewiß nicht nur von den Radikalen, als gründlicher und umfassender Reformen bedürftig empfunden wird. Hinzu kommt, daß die Radikalen, von der Notwendigkeit der politischen Integration Europas zu einem Bundesstaat immer schon zutiefst überzeugt, die Reformbedürftigkeit italienischer Zustände in einem Zusammenhang mit europäischen und sogar weltweiten Reformbedürftigkeiten zu interpretieren versuchen, und ebenso die Kriterien einer als weltweit gültig angesehenen Reformpolitik auf Italien anzuwenden bestrebt sind.

Allem Anschein nach verfügt die Radikale Partei dabei über kein mehr oder weniger konsistentes, mittels philosophischer Theorien erklärbares oder gar formulierbares Weltbild, das mehr darstellte als die homogene Bejahung einiger sein oder eben gelten sollender Zustände oder Ideen wie Freiheit, Autonomie, Recht, Gerechtigkeit, Solidarität oder Demokratie. Abgesehen von diesen normativen Elementen eines Minimalkonsenses sind die Radikalen philosophisch und weltanschaulich weitgehend ungebunden und gewissermaßen "pluralistisch", was einige Folgen hat. Erstens sind sie, falls es sich um nur philosophisch Bewältigbares handelt, dem Zufall ausgeliefert, der es wohl allein bestimmt, ob ihre Parteiführung dem zu Bewältigenden geistig gewachsen ist oder nicht. Zweitens reduzieren sie die ideelle Grundlage ihrer Zielsetzungen, ihrer Entscheidungsfindungen und ihres Handelns auf den erwähnten "Minimalkonsens", wodurch die Diskussion ihrer Programme und Initiativen nur einem gesicherten Kriterium der wahrheitsgemäßen Informationsverarbeitung unterworfen wird, nämlich demjenigen, das feststellen läßt, ob das zu beurteilende politische Handeln mit den Regeln einer liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung vereinbar ist, ob also eine Randbedingung des eigentlich zu diskutierenden erfüllt ist. Sachpolitisch gibt es somit keine Filter, die die wahllos aufeinandergetürmten parteieigenen oder fremden ideellen Impulse voneinander dementsprechend unterscheiden würden, ob die sie formulierenden Aussagen wahr oder falsch sind, d.h. ob sie den Erfolg richtigen Zupackens oder des Scheiterns irrtümlich konzipierten Vorgehens suggerieren. Überraschenderweise existiert nur die machtpolitische Garantie dafür, daß sich die Partei irgendwelche, lediglich akzeptierte Projekte nicht direkt, sondern vor allem auf dem Wege einer forcierten öffentlichen Meinungsbildung zu realisieren nach Kräften voranschickt. Drittens laufen die Radikalen zwar keine Gefahr, politischen Führungspersonlichkeiten ausgesetzt zu sein, die profilierungshalber aus



Marco Panella MdEP, Volljurist und Vollblutberufspolitiker dreimal in action. Er wird von seinen Freunden in der Partito Radicale als eine Art Vaterfigur verehrt, aber er ist vor allem der eigentliche homo politicus seiner Partei. Er gehört, nachdem er die Partei zu einer agilen Vorkämpferin der politischen Integration Europas werden ließ, zu den großen und unüberhörbaren Verfechtern des Föderalismus.



den mehr oder weniger gemeinsam getragenen ideellen Überzeugungen strikt verbindliche, interessenmäßig gebaute, gleichwohl verdummende Ideologien hervorzubringen würden, – aber sie sind aus den vorhin genannten drei Gründen jeder partikulären oder von außen stammenden Ideologie ohne Immunisierungsmittel hoffnungslos ausgeliefert.

Diese epistemische Schwäche der Radikalen Partei, die keineswegs als eine solche Schwäche eines jeden Mitglieds als Einzelperson gedeutet zu werden braucht, hindert die Partei nicht daran, die "Problemlösungsmüdigkeit" der demokratisch etablierten, "traditionsreichen" Parteien, die gemäß ihrer Partizipation an politischer Macht sowie ihrer staatlichen Amtsausübung verantwortlich für die als reformbedürftig empfundenen Zustände sind, eindeutig als eine "Degradierung der Demokratie" zu interpretieren. Solche Parteien erscheinen in der wertenden Perspektive der Radikalen als die Nutznießer einer "Partitokratie" (partitokrazia),¹⁷ welcher gegenüber eine demokratische Mehrheiten legitim mobilisieren können, weil auf die sonst nicht artikulierbaren Wünsche der Mehrheit appellierende *Metaebene der politischen Willensbildung zu schaffen*, ist die eigentliche Zielvorgabe der Radikalen, die allerdings diese Füllung der eigentlich von den restlichen Parteien erzeugten Marktücke mit einer relativ schwachen Beteiligung an dem römischen Parlament (2,2%) und an dem Europäischen Parlament (3,4%), bzw. mit einer ablehnenden Haltung seitens der regierungsfähigen Parteien gegenüber einer Beteiligung der Radikalen an der neugewählten italienischen Regierung unter Goria bezahlen müssen. Die Kehrseite dieses Sachverhaltes ist allerdings die Tatsache, daß viele Mitglieder anderer Parteien gerade aus sachpolitischen Gründen bereit sind, neben ihrer ursprünglichen Parteimitgliedschaft zusätzlich im Sinne einer zweiten parallelen Mitgliedschaft auch der Radikalen Partei beizutreten, was diese ausdrücklich (und wohl im Einklang mit der Auffassung der eigenen Handlungsebene als einer Metaebene) nicht nur begrüßt, sondern öffentlich propagiert.

Das berührt allerdings die Strategie der Radikalen sozusagen in medias res. Denn sie geben sich natürlich nicht der Täuschung hin, solche Doppelmitgliedschaften würden ihre eigenen Chancen, an der politischen Macht und an der Ausübung politischer Herrschaft beteiligt zu sein, unmittelbar erhöhen. Aber sie wissen, daß die von ihnen als eine Synthese von parlamentarisch veriteter Parteipolitik und Volksbewegung praktizierte Handlungsweise auf genau solche Verbündeten in den restlichen Parteien angewiesen ist, damit ihre nunmehr zum Gegenstand eines Referendums erheblichen Projekte, mit denen ihre eigene, begrenzt vermehrbare Mitgliederschicht zufriedengestellt, ja motiviert werden kann, ferner auch sonstwoher noch Anhänger bekommt und mehrheitlich akzeptierbar wird. Wenn auch die Doppelmitgliedschaften eine Art Multiplikatorenrolle für die Ra-

17 Vgl. Ebda, S. 9f, 12f, 50ff.; die kritische These von einer "Degradation des Parlaments", welches nicht mehr in der Lage sei, "gesamtgemeinschaftliche" Interessen wahrzunehmen und zu vertreten wurde bereits früher von Lelio Basso vorgetragen, vgl. L. Basso: Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt/M 1969

dikale Partei spielen, sind die engagierten Parteimitglieder der Radikalen für die Partei immer noch wichtiger als noch so prominente (und noch so gerne vorgezeigte) Doppelmitglieder.

Aktivisten dieser Partei sind allerdings, ganz dem Archetyp der Befürworter radikalen politischen Handelns entsprechend, so gut wie alle Parteimitglieder. Das bedeutet eine an der Mitgliederzahl gemessen ungewöhnliche Effizienz der politischen Aktivität sowie der Einflußnahmen bei gleichzeitig stark begrenzter Teilhabe an der gesetzgebenden Körperschaft oder gar an der Regierung und drängt auf eine Suche nach ideeller Bestätigung sowie machtpolitischer Profilierung im Rahmen vorübergehender, zeitweiliger, mehr oder weniger sachlich legitimer Zweckbündnisse mit nahezu allen anderen Parteien und nicht politisch organisierten Gruppen. Hochgradige Effizienz, limitierte Eigengröße bzw. solches Eigengewicht und parteienübergreifend konsensbedürftige Projekte lassen nun auf eigene Mehrheiten angewiesene Felder politischer Aktivitäten im Parlament oder in Regierungsämtern für die Radikalen von vornherein ausscheiden, und sie schreiben ihnen vielmehr vor, daß ihr ureigenstes Tätigkeitsfeld die Herbeiführung von Volksentscheiden (Referenden) ist.

In der Tat haben die italienischen Radikalen ihre größten Erfolge – selbstverständlich im Rahmen von Zweckbündnissen mit anderen Parteien und Gruppen – auf diesem Felde erzielt: sie initiierten erfolgreiche Volksentscheide zur Reform des Ehe- und Scheidungsrechts mit dem Ziel der Ermöglichung von Ehescheidungen überhaupt, zur Lockerung des Abtreibungsverbots, zur Ermöglichung der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, zur Verbesserung der Rechtssprechung und zur Reform der Justiz im Sinne einer menschenrechtlich normierten Gerechtigkeit und zur verstärkten Bekämpfung des Hungers in der Dritten Welt.

Auch bei den auf dem 32. Kongress der Partei mit großem Aufwand diskutierten und mehrheitlich befürworteten, inzwischen (am 8. und 9. November 1987) abgehaltenen fünf italienischen Referenden, die die Frage nach der Abschaffung bestimmter Gesetze stellten und dabei den Standort von Atomkraftwerken, die Finanzausschüsse für solche Standorte, also Regionen und Gemeinden, die Mitwirkung der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ENEL an Atomkraftwerkprojekten im Ausland, die zivilrechtliche Verantwortlichkeit von Richtern und die parlamentarische Untersuchungskommission gegen Regierungsmitglieder betrafen, tat sich die Radikale Partei als die heftigste Propagandistin einer "Ja"-Stimme hervor. Dabei fiel auf, daß diese Referenden eine relativ niedrige Wahlbeteiligung von nur 65% zeigten und daß bei einem Anteil von 80% der "Ja"-Stimmen an allen abgegebenen Stimmen tatsächlich nicht einmal die Hälfte der 45,7 Millionen Wahlberechtigten effektiv mit "Ja" abstimmte, obwohl schließlich fast alle Parteien (DC, PSI, PCI usw.) statt in der Legislative geeigneterer Gesetze vorzuschlagen, ein "Ja" empfohlen haben.¹⁸ Selbst, wenn in der Regierungserklärung der nach der letzten Krise (aus DC, PSI, PSDI, PLI, PRI) neugebildeten Koalitionsregierung Gorias eine Verlangsamung des Ausbaus der italienischen Kernenergie-

18 Siehe hierzu H.-J. Fischer: Die Referenden ohne Überraschung, in: Frankfurter Allgemeine, 11. 11. 1987, S. 5

wirtschaft und eine Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen in Kernkraftwerken angekündigt wurde und damit dem in den Referenden manifestierten öffentlichen Problembewußtsein regierungsamtlich Rechnung getragen wurde, fragt es sich, ob diese Referenden nicht eine gewisse, in weiten Kreisen der Bevölkerung Indifferenz erzeugende Inflation des Referendums als solchen und zugleich eine Relativierung des ursprünglich ebenso originellen wie raren Status einer plebiszitär auf Problemlösungen drängenden radikalen Politik signalisieren?

Das Entscheidende an der radikalen Strategie ist allerdings, daß die aufgrund von Referenden entstandenen Ergebnisse, die unter Umständen und möglicherweise viel langsamer auch mit den Mitteln einer traditionellen Politik hätten erzeugt werden können, nun dank radikalen Vorgehens auf dem Wege einer sehr umfassenden Mobilisierung der öffentlichen Meinung zustandekamen, wobei die Mobilisierer und die von ihnen mobilisierten Weitermobilisierer das Gefühl einer besonders aktiven Teilhabe an Politik hatten, bis ihre Aktivität zur Durchführung eines Referendums führte. Darin wird nicht nur die Einsicht in eine Tendenz an der Schwelle zur Informationsgesellschaft deutlich, die die Politik als solche zum Gegenstand öffentlicher politischer Diskussionen macht.¹⁹ Es geht dabei zugleich um die kalkulierte Anwendung von symbolischen Handlungen, die unabhängig davon, ob sie individuell oder kollektiv ausgeführt werden, allesamt gewaltlos sind und Herbert Marcuses "civil disobedience"²⁰ beispielsweise in Form eines (medienwirksamen) Hungerstreiks praktizieren.

Bemerkenswert ist dabei zunächst, daß die Radikalen der Öffentlichkeit kein zielbewußt angelegtes sowie konsistent formuliertes Programm, sondern einen zwischen dem reformpolitischen Minimalkonsens demokratischer Mehrheiten und dem Erwartungshorizont einiger besonders leicht aktivierbarer Minderheiten peinlichst genau balancierenden Katalog anzustrebender, wenngleich sehr unterschiedlicher Problemlösungsentwürfe präsentieren. Ihre politischen Projekte lesen sich daher auf den ersten Blick als etwa die einer grün oder sonstwie gefärbten "Fundamentalopposition". Geben sie doch Raum für Kernkraftgegner, Umweltschützer, Tierversuchsgegner, Abrüstungsbefürworter, Fürsprecher des Verzichts auf jedwede Gewalt, Anhänger einer weiteren Lockerung des Scheidungsrechts, Verfechter einer grundlegenden Reform der politischen Institutionen, Vorkämpfer einer Justizreform, insbesondere einer Reform des Strafrechts, der Strafprozeßordnung und des Strafvollzuges, Anhängerinnen der Frauenemanzipation, Befürworter der Legalisierung des Drogenmißbrauchs, Verfechter einer weltweiten Wahrung der Menschenrechte und auch ihrer Erweiterung, Bekämpfer der Hungerkatastrophen und der wirtschaftlichen Unterentwicklung in der Dritten Welt und auch noch für diejenigen, die mit den bisherigen Ergebnissen der säkularisierenden Trennung von Staat und Kirche in Italien immer noch unzufrieden sind.

Beim genaueren Hinschauen enthüllen sich diese Projekte als überaus gemäßigt

19 Siehe dazu L. Barlay: Paradigmen und Ideen politischen Handelns, in: LIBERTAS, 2/1986, S. 21ff

20 Vgl. H. Marcuse: Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition (Das Problem der Gewalt in der Opposition), in: Das Argument, 9. Jhrg., H. 5/6, Dez. 1967, S. 398ff; ders.: An Essay on Liberation, New York 1969 und Il partito radicale..., a.a.O., S. 9

und mit den Reformforderungen oder nur mit dem Reformbedarf durchaus vernünftiger Mehrheiten kompatibel. So erklärte z.B. der eigentliche spiritus rector der Radikalen Partei, der Europaparlamentarier Marco Panella während einer Energiekonferenz, die kurz vorm 32. Parteitag ebenfalls in Rom stattfand, daß ihm eine begrenzte Zahl von Kernkraftwerken überaus genehm sei, falls dazu parallel endlich einen umfassenden, zukunftsorientierten Energieversorgungsplan für Italien ausgearbeitet werde – eine Stellungnahme, die allerdings auch auf dem Kongress heftig umstritten wurde, jedoch mit keiner Mehrheit mißbilligt werden konnte. Unter Umweltschutz verstehen die Radikalen erstens etwas Ernstes, d.h. eine unverzichtbare Korrektur der Ziele und Normen der erfolgreichen technischen Überformung und der rentablen wirtschaftliche Nutzung natürlicher Subsysteme und Regelkreise, zweitens keinen ideologisch verbrämten Versuch, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der hochentwickelten Industrieländer um jeden Preis zu schwächen. Kein Radikaler meint ferner, der Tierschutz hätte eine absolute Priorität gegenüber dem realen Bedarf der Pharmaindustrie an Tierexperimenten zum Zwecke humanmedizinischer Therapie. Die Rüstungsgegner der Radikalen Partei wollen weder die NATO noch die EG verlassen, plädieren für eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und sind der Gorbatschowschen Abrüstungspolitik gegenüber äußerst mißtrauisch. Radikale Gewaltanwendungsgegner finden keinen Grund, Gewalt aus irgendwelchen moralisch verklärten Motiven oder gar zwecks der Herbeiführung eines Zustandes vollkommener Gewaltlosigkeit doch noch zuzulassen, und damit einer terroristischen Gewaltkriminalität oder gar einer Gewaltherrschaft Tür und Tor zu öffnen. Kein radikaler Scheidungsrechtsreformer leugnet die umfassenden Leistungen und Vorteile der Institution der Familie. Radikale Justizreformbefürworter decken manche Phänomene in Italien auf, die in anderen EG-Mitgliedstaaten schlichtweg unvorstellbar wären. Radikale "Emanzen" italienischer Provenienz wirken ihren germanischen Genossinnen gegenüber als äußerst feminine, wenngleich eines vernünftigen Diskurses fähige Damen. Kein Radikaler befürwortet den Drogenmißbrauch, und auch keiner verharmlost die katastrophalen seelischen wie körperlichen Deformationen, die sich aus dem Drogenmißbrauch ergeben, – sie fragen sich lediglich, was eine Bestrafung der Drogensüchtigen, also der Opfer, wirklich am deren Zustand zu verbessern vermag. Ein engagierteres Eintreten für die Menschenrechte unter totalitärer Herrschaft lebender Völker, unter anderem auch für die Menschenrechte der Juden in der Sowjetunion, wie auf dem 32. Kongress der Radikalen sowohl in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Emma Bonino MdEP, als auch während einer Podiumsdiskussion unter Beteiligung des Philosophen und Schriftstellers A. A. Sinowjew, findet man sonstwo kaum. Unter radikaler Regie beschlossene und erfolgte Hilfsmaßnahmen zugunsten Hungernder in der Dritten Welt können sich durchaus sehen lassen. Selbst die wenigen radikalen Säkularisateure, die sich auch noch als Atheisten bezeichnen, tun dies im Rahmen einer klassischen Bildung, die an ganz anderen als an atheistischen Paradigmen ausgerichtet ist.

Das ist zweifellos ein anderes Gesamtbild als dasjenige, das die längst über ihren Zenit hinübergekippten Grünen in Deutschland darbieten, – die Grünen, deren "Robespierre in Westentaschenformat", Herr Schily, eine Einladung zum Kong-

ress der Radikalen brüsk ausgeschlagen haben soll. Das Gesamtbild, das die Radikalen eben bieten, entspricht vielmehr dem eines *Ferments* inmitten des Parteienspektrums einer repräsentativen Demokratie, das nur ein Minimum an Macht, jedoch ein Maximum an ideeller Leitpotenz für sich beansprucht.

Dieser Einschätzung stimmte Professor Massimo Teodori, Mitglied des römischen Parlaments und theoretisch gebildeter Ideenspender der Partei auch sofort zu. Gleichwohl räumte er ein, daß machtpolitische Abstinenz sich mit der Suche nach machtpolitisch ausschlaggebenden Verbündeten zwecks Durchsetzung eigener Projektionen auf die Dauer nur ebenso risikenreich verbinden läßt wie die Erwartung, eine besondere Komprimierung ideell entworfener Problemlösungsfähigkeit auch der politischen Konkurrenz schmackhaft machen zu können, mit der Annahme, niemand sonst im Parteienspektrum könne eine ähnlich hochgradige Problemlösungsfähigkeit ins Feld führen. "Bis jetzt hat es ganz gut geklappt", meinte schließlich Teodori bezüglich der Umschiffung solcher stets implizierten Gefahrenquellen und er verwies auf das ungewöhnliche Interesse, das von prominenten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Medien und überhaupt von maßgeblichen Elitegruppen der Partito Radicale und eben auch ihrem 32. Kongress entgegengebracht wurde.

In der Tat lockte die atmosphärisch geschickt gestützte Möglichkeit, völlig unabhängig, jedoch auf das offenbar Dringlichste abzielend und ohne Restriktionen das politisch Mögliche zu diskutieren Persönlichkeiten wie Nobelpreisträgerin Rita Levi Montalcini, EG-Kommissar Carlo Ripa de Meana, Professor Michail Voslensky, A. A. Sinowjew, Georges Mavros MdEP, Jean Cardonnel OP zu diesem Kongress, um von den etlichen christdemokratischen, sozialdemokratischen, sozialistischen, liberalen oder republikanischen Abgeordneten des römischen Parlaments sowie von einigen Senatoren, die dich zeitweilig an diesem Kongress beteiligten erst gar nicht zu reden. Persönlichkeiten wie Georges Donnez MdEP, Agence Europe-Direktor Emmanuele Gazzo, der Klassiker des "absurden Dramas" Eugene Ionesco, der Mathematiker und Bürgerrechtler Leonid Pljuschtsch, die Menschenrechtlerin Avital Schtscharanskij, Pater Christian Delorme oder der Journalist Andre Bercoff, der Komponist Franco Battiato, der Sänger Miguel Bose und der Anwalt Jean-Jacque de Felice schickten überdies Grußadressen an den Kongress.

Die Diskussion der vorhin erwähnten sachpolitischen Problembestände sowie Reformentwürfe unter Beteiligung solcher Autoritäten stellt jedoch nur die eine Seite der Medaille dar, was das Strategiekonzept der Radikalen betrifft. Neben dem als "problemlösend" auftretenden Anspruch der Radikalen auf breiteste, wengleich zuerst von Elitegruppen mitzutragende Legitimität des eigenen Tuns, ja im gleichen Atemzug mit der Anmeldung dieses Anspruches, aus dem immerhin die Initiierung so mancher Volksentscheide folgt, wird von ihnen selbst, also von ihren Mandatsträgern und Funktionären, freilich nicht ohne einen Seitenblick auf bestimmte, betroffene Minderheiten, die gewaltlose Form der zivilen Ungehorsams fleißig praktiziert. Es verwundert daher nicht, wenn z.B. der Ausschuß für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität des Europäischen Parlaments am 21. und 22. April 1987 wieder einmal gleich drei Immu-

nitätsaufhebungsanträge Roberto CiccioMessere MdEP betreffend behandeln mußte, da das römische Amtsgericht gegen diesen Europaabgeordneten der Radikalen wegen Verstöße gegen das italienische Demonstrationsrecht gerne ein Strafverfahren eingeleitet hätte. Dem radikalen Europaparlamentarier wurde dabei vorgeworfen, er hätte sich, meistens zusammen mit Emma Bonino MdEP an zuvor der Polizei ordnungshalber nicht gemeldeten Demonstrationen beteiligt: am 20. 2. 1982 am Viale Mazzini, vor dem Rundfunkgebäude, dann am 26. 1. 1983 auf dem Piazza del Pantheon im Zusammenhang mit einer Kundgebung des "Gesetzgebungskomitees gegen sexuelle Gewalt" und schließlich am 28. 1. 1983 auf dem Piazza Colonna, vor dem Eingang des Regierungssitzes im Palazzo Chigi, im Verlauf einer Protestkundgebung gegen das parlamentarische Agieren anderer Parteien. Der zuständige Ausschuß des Europäischen Parlaments lehnte den römischen Antrag auf Immunitätsaufhebung in diesen Fällen, übrigens unter Berücksichtigung der Immunitätsregelung für Abgeordnete nach der italienischen Verfassung, aber auch unter Hinweis auf die grundsätzliche Unabhängigkeit der Immunitätsregelung des Europäischen Parlaments von nationalstaatlichen Regelungen, mit der Begründung ab, daß die CiccioMessere MdEP zur Last gelegten Handlungen zur politischen Aktivität dieses Abgeordneten gehören und deshalb einer Strafverfolgung wegen dieser Handlungen im Sinne des "fumus persecutio-nis" die Absicht unterstellt wird, der politischen Aktivität des Abgeordneten zu schaden.²¹

Mehr noch als unangemeldete Demonstrationen, im deren Verlauf die Radikale Partei immer zusammen mit anderen Parteien agiert und schon mal den Eingang zur Radio- und Fernsehanstalt oder zum Regierungssitz mit einer Halde schrott-reifer Fernsehgeräte oder liegengelassener Protestplakate blockiert, zeigte inzwischen ein fürwahr delikates Vorkommnis, wie weitgehend, also wenn es sein muß auch gegen die Tabus einer ohnehin ambiguitären spießbürgerlichen Moralität, die Radikalen den zivilen Ungehorsam als ein unter Umständen durch mentale Regelverletzung wirkendes Instrument zur Gewährung bestimmter Grundrechte interpretieren. Bei den römischen Parlamentswahlen im Juni 1987 trat (die unter dem Künstlernamen "La Cicciolina", d.h. "Schätzchen" agierende und als Pornofilmstar äußerst populäre) Ilona Staller (36) als Kandidatin der Radikalen Partei auf und sie zog, nachdem sie müheles ein Abgeordnetenmandat erobert hatte, mit dem Programm in den ehrwürdigen Palazzo Montecitorio ein, "die Pornographie im Parlament zu legalisieren". Von den teils heuchlerischen Empörungsmassifikationen, die diesen Vorgang begleiteten einmal abgesehen, gelang es den Radikalen auf diese Weise unter gesteigerter öffentlicher Aufmerksamkeit einen latenten Verfassungskonflikt zu explizieren, nachdem es sich schnell ein Staatsanwalt fand, der Anklage gegen "La Cicciolina" ausgerechnet wegen der Aktivitäten erhob, deren Legalisierung sie als gewählte Volksvertreterin politisch anstrebt.

Aber selbst die Frage der Immunität von Abgeordneten kann im Kontext radikaler Strategie so beantwortet werden, daß dabei nicht die Unversehrtheit legislativen Agierens, sondern die Enthüllung der Übergriffe einer als reformbedürftig
21 Vgl. Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments, Strasbourg, 29. April 1987, Serie A, Dok. A 2-36/87, A 2-37/87 und A 2-38/87

empfundenen Justiz gegen insoweit illegitim verfolgte Abgeordnete Priorität genießt, wenn nur ein offensichtlicher Justizirrtum solche Neufestlegung der Priorität opportun erscheinen läßt. So geschah das im Falle Enzo Tortoras, eines bekannten Fernsehmoderators, der für die Radikale Partei als Abgeordneter dem Europäischen Parlament angehörte und gegen den die italienische Justiz die Aufhebung seiner Immunität beim Europaparlament beantragte. Der zuständige Ausschuß des Parlaments lehnte diesen Antrag nun ab, während die Radikale Partei selbst für die Aufhebung der Immunität Tortoras stimmte. Tortora legte daraufhin freiwillig sein Mandat nieder, um von den italienischen Strafverfolgungsbehörden festgenommen zu werden und er wurde tatsächlich inhaftiert. Im Laufe seines Gerichtsverfahrens wurde er jedoch freigesprochen, da die italienische Rechtsprechung anerkennen mußte, daß man ihm durch das gegen ihn eingeleitete Verfahren politisch schaden wollte. Kein geringerer als der Europaparlamentarier Marco Panella sprach bereits im Herbst 1986 in diesem Zusammenhang von einer "Unjustiz" (ingiustizia) in Italien, die die Existenz der Immunitätsaufhebung zur Verfolgung von Politikern benützte.²²

Nun war Tortora zweifellos einer der meistbeachteten Redner des 32. Kongresses der Radikalen Partei in Rom. In einem langen, für Funk- und Fernsehberichterstattung professionell inszenierten Auftritt schilderte er vor einem aufmerksam lauschenden, saalfüllenden Publikum seinen Leidensweg durch die Organe der italienischen Justiz und suggerierte eine nicht mehr aufschiebbarer Reform ebendieser Justiz, welche Reform – mit Vorgriff auf eines der Referenden des Jahres – nach Tortoras Ansicht die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Richter erhöhen müßte. Keiner der Redner, die wie unter anderem der einstige Terrorist Vesce auf eine Justizreform drängten, wurde mit so viel Aufmerksamkeit wie Anteilnahme rezipiert wie Tortora; während seiner Rede herrschte sogar im Foyer und im Kongressbureau faszinierte Stille, da selbst die Anwesenden in diesen ansonsten laut frequentierten Räumlichkeiten auf zahlreichen Monitoren wie gebannt seine Ausführungen verfolgten.

Das war kein Zufall, zumal Tortoras Auftritt ein Stück beweiskräftig vorgeführten Erfolgs der Parteistrategie zu präsentieren schien. Bezüglich dieser Strategie besteht, wenn auch nur für einige Tausend Mitglieder und zugleich Aktivisten der Partito Radicale ein gut ausgeprägter, die Mitgliedschaft weitgehend homogenisierender Minimalkonsens. Hierzu einige Stimmen aus dem Mitgliedsreservoir der Kongressteilnehmer:

Gianfranco, Parteifunktionär, meint, die Partei soll sich nicht an dem Wunsch nach Machtausübung, sondern an der Rolle eines ideenpolitischen Ferments im bestehenden Parteienspektrum orientieren, wobei es entscheidend wäre, die Partei in ganz Europa, in jedem Mitgliedsstaat der EG zu etablieren.

Paolo, Fremdsprachenstudent aus Trieste, legt Wert auf die Feststellung, daß die Partei nicht zu verwechseln sei mit solch' abenteuerlichen Projektionen wie "grüne" Politik und er hebt hervor, daß zwar gemäß einer sachpolitischen Vernunft radikale Reformen durch die Partei vorangetrieben werden sollten, jedoch

²² Vgl. Marco Panella MdEP in: Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Strasbourg, 6-10. 10. 1986.; 6. 10. 1986, Nr. 2-343/8-9

die Kontrolle darüber, daß dabei jene Vernunft waltet, durch die Kooperation mit anderen demokratischen Parteien der großen Mehrheit bei Referenden, aber auch bezüglich der Doppelmitgliedschaften von vornherein gegeben sei.

Fabio, Rechtsanwalt aus Trento, zählt stolz die Referenden auf, die von der Partito Radicale intendierte Reformen legitimierten und er erläutert die fünf Referenden des Jahres 1987, wobei er die Anregung und Organisation von Referenden für das Kernstück radikaler Politik hält.

Rita, aus Sizilien stammende Studentin der Kunstgeschichte aus Firenze, sie ist 22 Jahre alt, jedoch schon seit ihrem 16. Lebensjahr Mitglied der Partito Radicale. Ihre beiden Eltern sind Lehrer, sie kam ursprünglich durch einige Freunde in Berührung mit der Partei und fand dann, daß dort die interessantesten Themen diskutiert und in reformpolitischer Absicht zum Gegenstand politischen Handelns gemacht werden. Sie schätzt die Chancen der Partei bei Parlamentswahlen nicht höher als 1 bis 3%, sie ist jedoch überzeugt davon, daß die radikal intendierten Referenden etwa 50% der Wahlberechtigten zu reformpolitischen Stellungnahmen veranlassen. Die Partei legitimiere sich vor allem durch die Auswahl von reformerischen Zielen und durch die Koordination weiterer Verbündeten zwecks der Zielverwirklichung.

Massimo, arbeitsloser Architekt aus Rom, sieht keine Chancen für sich und für andere in einer Gesellschaft, die nicht durch radikale Reformpolitik umgewandelt wäre. Er kam aus einer Überzeugung heraus zu der Partei, die er bereits als kleines Kind entwickelt hat: er lehnt jegliche Gewaltanwendung kategorisch ab und sympathisiert mit politischen Aktionsformen, die etwa von Gandhi praktiziert wurden. Er schließt es allerdings nicht aus, daß er gegen eine Gewaltherrschaft Gewalt anwenden würde. Die Respektierung der Menschenrechte ist für ihn eine Schlüsselkategorie radikaler Politik.

Maurizio, Beamter im Liegenschaftsamt in Napoli, ist Sohn eines Arztes und 32 Jahre alt; er findet, Italien bedürfe unaufschiebbarer Reformen und diese könnten nur herbeigeführt werden, wenn eine so unabhängig auf Sachpolitik konzentrierte Partei wie die Partito Radicale genügend Unterstützung findet. In den Referenden äußere sich insbesondere das politische Gewicht der Partei.

Caterina, aus Piacenza stammende Studentin der lateinischen Sprache und Literatur in Milano bzw. Pavia, ist 22 Jahre alt und seit ihrem 15. Lebensjahr aktiv in der Partei; ihre ganze Familie ist mehr oder weniger verbunden mit der Partei, insbesondere ihr Vater, dem Beruf nach Lehrer, und ihre Schwester samt Ehemann. Sie sieht die wichtigste Aufgabe der Partei darin, mehrheitsfähige sachpolitische Problemlösungsvorschläge auszuwählen und dann ohne machtpolitische Ambitionen die zur Durchsetzung dieser Vorschläge benötigten Koalitionen zu integrieren und zu koordinieren. Die Partei bleibt nach ihr so wie sie bisher war und die Referenden würden auch künftig die vorrangigen Tätigkeitsfelder der Partei markieren.

Cristina, Studentin der Medizin in Rom, sie wurde von ihrer Mutter, die seit längerer Zeit wegen des effizienten Eintretens der Partei für mehr Gerechtigkeit mit den Radikalen sympathisiert, an die Partito Radicale herangeführt. Sie hält die Partei nicht geeignet zum Regieren oder auch nur zur Beteiligung an Regierung

gen. Was die Partei wirklich könne, meint sie, manifestiere sich in den Referenden.

Giovanni, Lehrer und Dialektforscher aus Perugia, er gehört zu den älteren Jahrgängen; er schätzt an der Partei ihr sachliches Problembewußtsein, das er als ein wohlthuendes, dringend benötigtes Kontrastprogramm reformerischer Perspektiven empfindet zu dem "Fitz" aus Wirtschaftsinteressen, Parteipolitik und Kirche, wobei er gerne zugibt, daß seine Wertvorstellungen und Normen, aufgrund deren er solche Urteile fällt, sehr wohl mit dem Christentum vereinbar und sogar durch das Christentum geprägt sind.

Die vox populi kennt vor Ort freilich nur zum Teil ähnliche, zum Teil aber ganz beträchtlich abweichende Töne. Immerhin erklärten gleich mehrere Gymnasiasisten und Gymnasiastinnen aus Alessandria (bei Torino), die nicht an dem Kongress teilnahmen, sondern anlässlich ihres Schulausflugs im Hotel Ergive Unterkunft fanden, vor der dröhnenden Tonkulisse der hoteleigenen Diskothek, daß die Partito Radicale die aufregendste, intelligenteste und interessanteste Partei in ganz Italien sei – aber wählen, nein, wählen könne man sie nicht; man wähle, so stellte sich in diesem Kreis erstaunlicherweise heraus, am liebsten DC.

Panellas Partei

Einerlei, ob man radikaler Insider oder interessierter Outsider ist, die Beantwortung einer Frage wird einem auf jeden Fall schwergemacht: wer verdankt mehr der jeweils anderen Seite, Marco Panella MdEP der Radikalen Partei oder diese ihm? Diese Schwierigkeit beruht nicht zuletzt auf dem imposant herausragenden Format des Politikers Panella, rührt also von der ebenso singulären wie unikativen, jedenfalls hochgradigen Eignung der persönlichen Fähigkeiten und Neigungen zum professionellen Politiker, die diesen Volljuristen auszeichnet.

Er trägt zwar heute noch unverkennbar die Spuren seiner politischen Herkunft, – der mehr oder weniger im Zeichen neomarxistischer Ideologie ins Leben gerufenen Studentenbewegung der Dekade von 1965 bis 1975 – an sich, was nicht zuletzt seine Vorliebe für programmatische, auf intellektuell gebauten Imperativ abgestellte Diskussion, aber auch seine mehr als bloß taktische Wertschätzung des civil disobedience erklären mag. Jedoch galt er bereits in diesem Medium als der eigentliche politische Zögling des über jegliches ideologisches Beheimatetsein erhabenen Vorkämpfers des Föderalismus inmitten der Europäischen Integration, jenes Altiero Spinelli, dessen Foto, zusammen mit dem Gandhis diesmal den Kongressaal zierte. Wer nun Panella je in Aktion erlebte, weiß, daß von diesen ideologisch gefärbten Anfängen allenfalls einige Reminiszenzen am Treffpunkt von Macht und Sittlichkeit übriggeblieben sind.²³ Dafür entwickelte er einen ihm besonders auf den Leib zugeschnittenen, betont argumentativ vorgetragenen Stil des Ringens um Überzeugungen, eine mit routinierter Rhetorik gemischte

²³ Eine zutreffende, überzeugend falsifizierende Kritik des Neomarxismus, die zugleich dessen Konjunktur sowie Scheitern in Italien erklärt, liefert R. Buttiglione: *Dialectica e Nostalgia*, Milano 1978; ders.: *La crisi dell'economia marxista e gli inizi della Scuole di Francoforte*, Roma 1979. Siehe dazu noch P. L. Pollini: *Il rapporto tra cultura e prassi e la crisi del marxismo*, in: *La Notte*, Jhr. IV (1985), Nr. 2-3, S. 67ff

Gestikulation, die der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung die Züge eines im Zeichen der Katharsis aufzuarbeitenden Dramas verleiht, und nicht zuletzt ein Stück echtes Charisma. Nicht nur die Amts- und Mandatsträger der Antike und der Renaissance werden aber dadurch, kaum verfremdet, heraufbeschwört. Auch Cicero, Seneca, Machiavelli oder Pareto lassen zugleich grüßen: denn Panella vermag es, sich der Bewältigung der ideellen Momente politischen Handelns zu widmen und er verstand und versteht es, radikal aufgreifbare sachpolitische Themen auszuwählen, sie im Kontext aller nennenswerter politischer Handlungen zu bewerten und zu akzentuieren und schließlich durch ihre Einbeziehung in die eigene Strategie und durch Koalitionsbildung radikales Handeln mitten im Übergang zur Informationsgesellschaft politisch mehr oder weniger durchzusetzen. Er ist der eigentliche *homo politicus* der Radikalen.

Freilich gibt es viele, politisch qualifizierte Mitglieder, Aktivisten und Funktionäre in dieser Partei. Von dem etwas gelehrsam wirkenden Teodori über Mellini, Rutelli, Giovanni Negri, Spadaccia, Stanzani, Roccella, Tessari, Ciccio Messere, Calderisi und Corleone bis zu der sich stets mutig in Szene setzenden Emma Bonino oder zu den sich als zielstrebige Administratoren hervortuenden Gianfranco Dell'Alba und Olivia Ratti dürfte die keineswegs vollständige Liste derer reichen, die solche politische Profiliertheit irgendwie auszeichnet. Aber die Idee, als Gegenprogramm zu den öffentlich leicht transparent machbaren Problemlösungsschwierigkeiten der anderen Parteien eine auf plebiszitäre Eingriffsmöglichkeiten einer grundsätzlich repräsentativen Demokratie abgestellte, quer durch alle Gruppen und Parteien mit dem Ziel radikalen Reformierens operierende, Randgruppen integrierende *Metapartei* (metapartito) im parlamentarischen System Italiens zu etablieren ist gegen Mitte der 70er Jahre von Panella selbst und von einigen wenigen seiner damaligen politischen Freunde, so gut wie ohne historische Vorbilder, geboren worden.

Wohl stößen öffentliche Zustimmungsfähigkeit, koalitionspolitisch bedingte Steigerung des eigenen Gewichts, Stimulierung der Kritik an anderen Parteien und auch an dem System der repräsentativen Demokratie, die Fähigkeit, alle Aktionsfelder, auf denen die Mehrheit der Bürger politische Problemlösungen erwartet, abzudecken, die Kapazität, die Zielsetzungen und Erwartungen aller verbündeten Gruppen und Parteien politisch erfolgreich zu artikulieren und sie untereinander kompatibel zu machen, die Kreativität der Sicherung eines (unterstellten) Vorsprungs der Problemlösungsfähigkeit anderen Parteien gegenüber inmitten eines entscheidungsabhängigen politischen Spielverlaufs, oder schlichtweg sachpolitische Kompetenz sowie Innovationsfähigkeit dieser Metapartei als eines Grenzfalls parlamentarischen Agierens relativ schnell auf unüberwindliche Grenzen. Panella und die anderen Mitbegründer der Radikalen Partei haben bei all dem ein konsequentes Anwachsen des politischen Gewichts ihrer Partei verbuchen können, selbst, wenn das nicht ohne Unterbrechungen, Rückfällen und Krisen war.

Dabei waren die Anfänge der Partito Radicale äußerst bescheiden. Ursprünglich wurde sie 1956 von Liberalen gegründet, die die PLI verließen und sie führte, besonders ab 1962 ein ziemliches Schattendasein am Rande der italienischen Politik, bis sie quasi als parlamentarisch applizierbare Hülle von der Kerngruppe

linksradikaler, jedoch parlamentarisch heimatloser Oppositioneller entdeckt, umarmt, erobert und umfunktionierte sowie programmatisch umgestaltet wurde. Sie ging in ihrer heutigen Gestalt aus einer Fusion linker Studentengruppen, Arbeiterorganisationen und linksradikaler Splittergruppen der PSI hervor und sie erhielt nach ihrer Neugründung im Jahre 1976 stolze 1,1% der Stimmen bei den Wahlen zur römischen Abgeordnetenversammlung. Das bedeutete vier Abgeordnete in der Kammer und zwei Sitze im Senat; dabei galt Panella als die eigentliche Führerpersönlichkeit der Partei, die insbesondere durch Hungerstreiks und Demonstrationen, durchgeführt aus Solidarität mit Gefangenen, politisch Verfolgten oder Feministinnen, Aufsehen erregte. Damals beruhte das Parteiprogramm noch auf strikt neomarxistischer Grundlage: es forderte die Errichtung eines marxistischen Sozialismus bei gleichzeitiger Auflösung der Kirchen, Abschaffung der Armee, Verstaatlichung der Industrie und Verwirklichung der Forderungen der Frauenrechtsbewegung. Die Mitgliederzahl betrug etwa 3.000 Personen, die Partei wurde von einem Nationalsekretariat aus gelenkt, verfügte außerdem über eine Tageszeitung "Il Combattito".

Bei den Wahlen im Jahre 1979 erzielten die Radikalen immerhin 3,4% der Stimmen und sie entsandten achtzehn Abgeordnete in die Kammer und zwei Mandatsträger in den Senat.²⁴ Die Wahlen des Jahres 1983 brachten den Radikalen allerdings einen empfindlichen Rückschlag; sie erreichten nur 2,2% der Stimmen, was elf Abgeordnetenmandaten und einem Senatsitz entsprach. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1984 schnitten sie dafür wieder besser ab, indem sie, nicht zuletzt dank der "Affäre Tortora", 3,4% der Stimmen gewannen. Bei den Parlamentswahlen im Sommer 1987 haben sie sich wieder in dieser Größenordnung behaupten können.

Nur hat sich inzwischen über die programmatische Neuorientierung der Partei weg vom Linksradikalismus und hin zum radikal-reformistischen Metapartei-Status hinaus auch bezüglich der Mitglieder- und Aktivisten-Basis einiges ereignet. Im Herbst 1986 schien die Lage der Partei nämlich derart hoffnungslos gewesen zu sein, daß die Parteiführung während des 31. Kongresses die Parole ausgab, wenn etwa bis zum 32. Kongress die Zahl der eingeschriebenen (und Beiträge zahlenden) Mitglieder nicht wenigstens 10.000 beträgt, so würde sich die Partei schlicht auflösen.²⁵ Am Ende ebendieses 32. Kongresses konnte die Parteiführung nun mit Genugtuung feststellen, daß die Mitgliederzahl 10.038 betrug. Mittlerweile verfügt die Partei über 77 Ortsverbände in ganz Italien, über Auslandsverbände in Belgien (Bruxelles), in Luxemburg und in Frankreich (Paris, Nantes) sowie neben Publikationsorganen wie "Notizie Radicali" über 63 lokale Sendestationen der Radio Radicale gut verteilt über ganz Italien. Der Kreis der prominenten, nicht nur für die Image-Pflege der Partei unerlässlichen, sondern gelegentlich auch mit beachtlichen Initiativen, wie etwa das Nobel-Preisträger-Manifest gegen Hunger in der Dritten Welt, aufwartende Persönlichkeiten, die der Partei direkt oder über Doppelmitgliedschaft beigetreten sind, reicht von den Nobelpreisträgern Professor Wassily Leontieff, Professor George Wald und Professor Rita Levi Montalcini über den Dramatiker Eugene Ionesco und den Kom-

²⁴ Vgl. *Il partito radicale...*, a.a.O. S. 11

²⁵ Vgl. Ebenda, S. 53f; siehe noch *Frankfurter Allgemeine*, 4. 3. 1987

ponisten Angelo Branduardi bis Georges Donnez MdEP, Elena Croce (Tochter von Benedetto Croce), Damiano Damiani, Bruno Zevi, Domenico Modugno und Verkehrsminister Signorile.

Der 32. Kongress wählte einen neuen Generalsekretär, der der alte ist: Giovanni Negri, für den genau 10% aller Mitglieder der Partei votiert hat. Neun Bundessekretäre sollen ihm nun Unterstützung gewähren. Marco Panella MdEP wurde, abweichend von zuvor gehandelten Gerüchten schließlich doch nicht zum Parteivorsitzenden gewählt; dafür rückte er zusammen mit dem Architekturhistoriker Bruno Zevi und mit Schlagersänger Domenico Modugno in eine der drei Präsidentenposten, die anstelle des einzigen Präsidentenposten, den der nun zurückgetretene Enzo Tortora innehatte, eingerichtet wurden.

Das Ausbleiben einer Wahl Panellas zum Parteivorsitzenden in Rom sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, welches Ansehen er in der Partito Radicale genießt; seine große Rede sozusagen zum Abschluß des 32. Kongresses zeigte nicht nur ihn in seinem rhetorischen Element, sondern auch das Auditorium in einem Zustand, den man als eine Mischung aus Aufmerksamkeit, Faszination und Massenkundgebung bezeichnen darf. Nicht die Abweichung Panellas, der, wie übrigens die Mehrheit der Italiener, eine Nutzung der Kernenergie mit Augenmaß und unter ausreichenden Sicherheitsgarantien bejaht, von der Mehrheitsmeinung radikaler Aktivisten durfte hierfür ausschlaggebend sein, sondern vielmehr eine naturgemäße interne Konzentration persönlicher Profilierungsbedürfnisse innerhalb dieser doch mit sehr begrenzten Profilierungsmöglichkeiten ausgestatteten, über Fragen der Macht und Herrschaft erhabenen konzipierten Metapartei. Selbst diese Partei wird de facto, wie jede andere Partei auch, – und über eine gewisse Grenze hinaus wird gerade diese Metapartei – durch solche Konzentration und freilich zugleich durch ganz andere, z.B. sachpolitisch wichtige Gründe mit einer Herausforderung konfrontiert, deren Bewältigung in einem radikalen Aufbruch zu neuen Ufern bestehen könnte. Da aber das radikale Aufgreifen, Diskutieren und Exekutieren von politischen Themen, insbesondere Reformthemen, im Aktionsraum plebiszitärer Rücksichtnahmen auf Verbündete einer ziemlich konstanten quantitativen Begrenzung unterliegt, dürften diese neuen Ufern weniger auf dem Felde sachpolitischer Innovationen zwecks einer Perfektionierung der politischen Leistungsfähigkeit dieser Metapartei, sondern eher auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Ausdehnung der politischen Konzeption, Strategie und Taktik liegen, deren sich die Radikalen bereits bedienen. Die Idee der radikalen Metapartei war von vornherein insofern international gefaßt worden²⁶, als Panella und der engere Kreis seiner Freunde größtes Gewicht auf die Repräsentation der Partei im Europäischen Parlament legten und innerhalb Italiens, aber auch außerhalb, z.B. im Europäischen Parlament, keine Gelegenheit ungenutzt ließen, mit Wort und Tat die politische Integration Europas in Form eines an Spinellis Föderalismuskonzeption orientierten Modells der "Vereinigten Staaten von Europa" voranzutreiben. Nicht zu übersehen ist dabei

²⁶ Man nannte deshalb die Partito Radicale schon eine "kosmopolitische" Partei, und zwar eine "Rand-Partei", vgl. G. Zincone: Italy, in: K. Reif (Ed.): *Ten European Elections, Campaigns and Results of the 1979/81 First Direct Elections to the European Parliament*, Aldershot 1985, S. 129

schließlich, daß Panella (zusammen mit der äußerst aktiven, allerdings erst später ins Parlament eingezogenen Frau Bonino) immerhin seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments ist und sich regelrecht als Europaparlamentarier profiliert hat, dessen Auftritte ein *politicum sui generis* und unter sachpolitischem Gesichtspunkt zweifellos stimulierend sind.

Vielleicht hat Panella schon jetzt einen Plan, wie er eine europaweite, oder sogar auch Nordamerika und den ganzen Mittelmeerraum umfassende Ausdehnung der Radikalen Partei erfolgreich anstreben könnte; jedenfalls gibt es in jedem liberal verfaßten, demokratisch regierten Rechtsstaat Defizite der Problemlösungsfähigkeit traditioneller Parteien, weshalb einem Versuch, diesem Umstand mit der Etablierung einer radikalen Metapartei zu begegnen, gewisse Chancen nicht abgesprochen werden können. Ob infolge einer Ausdehnung der radikalen Politik über Italien hinaus die Grenzen radikalen Handelns potenziert enger werden oder umgekehrt, diese Ausdehnung zu einer Erweiterung der Aktionsräume der Partei überall, auch in Italien und im Europäischen Parlament führt, ist heute noch unentscheidbar, wengleich auch davon abhängig, wie die Partei handeln wird.

Panella könnte jedenfalls durch eine erfolgreiche Internationalisierung der Partito Radicale zusätzliche Lorbeeren ernten und wieder einmal demonstrieren, daß zwar ein Politiker seines persönlichen Formats eine auf ihn zugeschnittene, eigene Partei zu schaffen in der Lage ist, in der er so unumstritten als *spiritus rector* gilt, wie sonst wohl in keiner anderen Partei bei allen auch dort zweifellos vorhandenen Profilierungschancen, jedoch eben dieser Partei auf hochgradig wahren Annahmen fußende Ideen, Strategien und Entscheidungspräferenzen vermitteln muß, von denen mehr noch als er, seine Freunde und, so wollen wir hoffen, die durch Politik betroffenen und an der Politik abstimmend und sonstwie mitwirkenden Bürger profitieren, um politisch überhaupt überleben zu können. Ob eine Partei seiner Führung unter allen Umständen die Treue hält, ist dabei keineswegs sicher; nur: politische Untreue aufgrund falscher Annahmen und aus ihnen folgenden Überlegungen kann der Anfang vom Ende einer Partei sein. Die Radikalen scheinen jedenfalls kein solches Ende anstreben zu wollen, weshalb sie für absehbare Zeit in Panellas Partei verbleiben dürften.

Buchbesprechungen

Die Verfassungen der EG-Mitgliedstaaten (Textausgabe mit einer Einführung und einem Sachverzeichnis von Prof. Dr. Adolf Kimmel, Universität Würzburg). Verlag C.H. Beck, München 1987 (Stand 01.07.1987), 430 Seiten.

Die Frage einer europäischen Verfassung ist nach wie vor aktuell, nachdem insbesondere das Europäische Parlament am 14.02.1984 den Entwurf über einen Vertrag über die Europäische Union gebilligt hat, dieser Vertragsentwurf immerhin zur Einheitlichen Europäischen Akte geführt hat und in weiten Kreisen aller, auch national politisch Verantwortlichen nicht verkannt wird, daß es in der Europäischen Gemeinschaft ein Verfassungsdefizit gibt. Letzten Endes muß dies dazu führen, daß das direkt von der Bevölkerung gewählte Europäische Parlament die Rolle einer Konstituante bekommt.

Vor diesem Hintergrund ist das vom Verlag C.H. Beck, einem juristischen Fachverlag in München, herausgegebene Buch über die Verfassungen der 12 EG-Mitgliedsstaaten – alle in deutscher Sprache – besonders interessant.

Selbst Großbritannien, das ja keine Verfassungen in geschriebener, traditioneller Form hat, ist vertreten durch die Magna Charta, Petition of Rights, Habeas-Corpus-Akte, Bill of Rights, Act of Settlement und Parlamentsgesetze.

Das Bewußtsein für die tragenden gemeinsamen Werte der europäischen Verfassungen ist schwach, hier bietet

der Verlag ein erstes Mittel an.

Besonders erfreulich ist ein Sachverzeichnis, in dem die wesentlichen Stichworte in einer Art Synopse unter Bezugnahme auf die wesentlichen Verfassungsbestimmungen der 12 genannten Verfassungen notiert sind.

Die Europäische Verfassungsgeschichte ist der Spiegel der ideenpolitischen, geistigen Strömungen der europäischen Gemeinsamkeiten und letzten Endes ein Medium, das zu einem Integrationsbewußtsein führen kann.

In diesem Zusammenhang ist die Einführung von Prof. Dr. Adolf Kimmel verdienstvoll; zeigt sie doch, daß trotz zahlreicher gemeinsamer Ideen des westeuropäischen Kulturkreises die 12 EG-Verfassungen derartige starke nationale Prägekräfte hatten, wie es eben die mangelnde Parallelität der Geschichte der europäischen Nationalstaaten bedingt hat.

Die Entstehung der Verfassungen, die jeweilige, verschieden angesetzte Problematik der Grundrechte sowie die Staatsziele werden in dieser Einleitung erläutert. Wird sich die nationale Souveränität gegen die Integrationsbemühungen durchsetzen? Diese Frage steht am Schluß. Kimmel stellt fest, daß Verfassungen Akte nationaler Selbstbestimmung und nationaler Souveränität sind; richtig ist in diesem Zusammenhang natürlich, daß die Römischen Verträge von 1957 keinen akzeptablen Verfassungscharakter haben. Kimmel stellt fest, daß trotz gewisser Entwicklungen und unbestreitbarer Öffnungen (hier hat sicherlich der Europäische Gerichtshof in Luxemburg

erhebliche Verdienste) die Verfassungen weiterhin stark durch den Grundsatz nationaler Souveränität geprägt bleiben. Sie können integrationshemmend auf europäischer Ebene wirken, wenn sie von integrationsfeindlichen Personen oder Gruppen entsprechend genutzt würden. Es ist also alles auf den politischen Willen zurückzuführen, ob eine Europäische Union kommt oder nicht. Kimmel hält eine substantielle Änderung für erforderlich, diese sei aber auf absehbare Zeit unwahrscheinlich.

Möge die Befassung nicht nur mit diesen interessanten Texten, sondern auch mit den politisch machbaren Vorschlägen einer Europäischen Union dazu führen, daß in einer nächsten Auflage hier mehr Optimismus zum Zuge kommt! Außerdem wäre es aus der Sicht eines "Europäers" wünschenswert, wenn der Einführung ein kurzes, markantes Kapitel über die Bestrebungen des europäischen Föderalismus beigefügt werden könnte, ebenfalls im Textteil der Verfassungsentwurf für die Europäische Union des Europäischen Parlaments, der dem Buch in einer späteren Version eine zusätzliche Dimension geben könnte, die sich zwangsläufig demjenigen aufdrängt, der sich mit einem quasi synoptischen Blick auf die 12 EG-Länderverfassungen abgibt.

S.N. Vaillard

Hans Magnus Enzensberger: Ach Europa! Wahrnehmungen aus sieben Ländern. Mit einem Epilog aus dem Jahre 2006. Subkamp Verlag, Frankfurt a. M., 1987, 501. S.

Die Frankfurter Allgemeine nennt ihn einen Ungebremsten, doch treffender

läßt sich Enzensberger als Querdenker charakterisieren. Es ist kein Zufall, daß er die von ihm herausgegebene Buchreihe die "Andere Bibliothek" nennt und in ihr Verschollenes, Verdrängtes aus alten und neueren Zeiten ediert. Seine als "Politische Brosamen" zusammengefaßten Essays aus dem letzten Jahrzehnt offenbaren ebenfalls die Tendenz zum Unkonventionellen; so etwa, wenn er im Zeitalter der seelenlosen (Gesamt-)Schulfabriken ein fulminantes "Plädoyer für den Hauslehrer" hält und sich für die "Verteidigung der Normalität" starkmacht. Sein neuestes Werk "Ach Europa!" besteht aus sieben Reportagen aus verschiedenen europäischen Ländern, die ein Epilog abrundet. Wie der seufzende Titel bereits erahnen läßt, geht es Enzensberger keineswegs um die im konventionellen Denken meist dominierende Frage der europäischen Integration, die dann in aller Regel noch aus der Perspektive der "Kernlande" der EG betrachtet wird, sondern eher um das krasse Gegenteil. Europa wird hier gleichsam von der Peripherie her umkreist, das Zentrum existiert nur als keines Blickes würdiges "Black Hole". Möglicherweise ist dies ein später Reflex der diversen politikwissenschaftlichen Dependenztheorien, die u.a. auch von Enzensbergers "Kursbuch" in den sechziger Jahren mit-inauguriert wurden. Auch dort herrschte das Interesse an den peripheren Staaten der Dritten Welt gegenüber den "Metropolen" vor. Entsprechend gerät die Auswahl der bereisten Länder: Schweden, Italien, Ungarn, Portugal, Norwegen, Polen, Spanien. Zum vordergründigen Eindruck der extremen Heterogenität dieser Auswahl, die auch wesentlich zum Lesespaß beiträgt, gesellt sich bald die

Einsicht, daß eben in dieser Vielfalt das für Enzensberger entscheidende Wesensmerkmal Europas liegt und daß er versucht, innerhalb seines Quodlibets doch eine Ebene der Gemeinsamkeit zu finden.

"Von dem, was ihr Normalität nennt, haben wir keine Ahnung," sagt ein polnischer Gesprächspartner. Eben diese Defizite an "Normalität" interessieren Enzensberger, eben das Problem, wie die Menschen leben und denken angesichts staatlicher Desorganisation und Dysfunktionalität, die er pointiert anhand des ebenso katastrophalen wie rätselhaften Verschwindens des Münzgeldes im Italien der siebziger Jahre umreißt. Dieses Phänomen hat für ihn einen gewissen Modellcharakter für die Trends im gesamten Europa, wobei er sich natürlich einen suffisanten Verweis auf die bundesrepublikanische Spendenaffäre nicht verknüpft.

Auf der anderen Seite Schweden, wo Enzensberger gerade wegen des hypertrophen und behütenden Sozialstaates eine zunehmende Unregierbarkeit konstatiert, ein zunehmendes Abtauchen in eine "Schattenwirtschaft", in Selbsthilfe und Staatsferne der Bürger, das er aber als positives "Lebenszeichen" bewertet. Besonders ausgeprägt postmoderne "Strukturen" meint Enzensberger im von ihm geschätzten Norwegen zu erkennen. Er präsentiert einen extremistischen Umweltschützer, der die "ökologische Diktatur" fordert. Andererseits modernisiert sich das Land, begünstigt durch den warmen Geldregen des Nordseeöls, in raschem Tempo, rekrutiert seine neue Elite der durchaus unangepaßt denkenden "Ratgeber" mit einer etwa für deutsche oder französische Verhältnisse unvorstellbaren Unkonventionalität. Hierzu passend lobt er auch das ebenso

ungeplante wie ungleichzeitige Oslo, ein Symbol dieser Unübersichtlichkeit. Die restlichen Reportagen offenbaren immer neue, schillernde Facetten dieses unplanbaren und unintegrierbaren Europas, dessen hervorstechendste

Kennzeichen gerade das Fehlen eindeutiger Gemeinsamkeiten und die unerhörte Kreativität seiner Bewohner im Umgang mit den spezifischen Problemen ihrer jeweiligen Heimat sind.

Gegenüber seinem polnischen Gesprächspartner manifestiert sich Enzensbergers Credo: "Was ist Europa anders als ein Konglomerat von Fehlern? Fehlern, die so verschieden sind, daß sie einander ergänzen und ausbalancieren."

Der Epilog aus dem Jahre 2006 präsentiert ein reichlich desolates Europa. Nach einem Kernkraftwerksunfall an der Gironde ist Bordeauxwein nur noch zu schwindelerregenden Preisen zu ergattern; Reste der Berliner Mauer stehen unter Denkmal- bzw. Naturschutz, während im Senat chaotische Zustände herrschen; in Bukarest boomt ein halbseidenes Wirtschaftswunder.

Als Krönung des Ganzen stöbert der als alter ego des Verfassers fungierende amerikanische Journalist Taylor in der finnischen Einsamkeit den zurückgetretenen Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft auf, der ihm unmißverständlich erklärt: "Sehen Sie, wir haben jahrzehntelang eine Chimäre verfolgt: die europäische Einheit."

Enzensbergers ironisch-polemische Werk stellt eine direkte Provokation für jeden Verfechter der europäischen Integration dar. Gerade deshalb sollte man sich seiner Lektüre widmen, nicht zuletzt auch, weil Enzensbergers schriftstellerische Qualitäten unbestreitbar sind und das Lesen zum Ver-

gnügen werden lassen. Auch für "Europäer".

Thomas Korschefsky

Henric L. Wuermeling-Paul Mautner (Hrsg.): *Adenauer und die Deutschen - Gedanken und Erinnerungen*, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1987, 123 S.

Ohne Zweifel ist es ein für diese unsere Republik glücklicher Umstand, daß ihr erster Kanzler auch 20 Jahre nach seinem Tod noch nicht vergessen ist - ein Umstand, den man in unserer schnelllebigen Zeit durchaus würdigen und nicht als Selbstverständlichkeit abtun sollte - und daß sein Todestag am 19. April dieses Jahres einige publizistische Wellen geschlagen hat. Unter anderem gab es mehrere Fernsehsendungen aus diesem Anlaß, und die Autoren einer dieser Sendungen konnten es nicht lassen, im Rahmen einer Modeerscheinung, die sich 'Das Buch zum Film' oder 'vornehmer 'Medienverbund' nennt, noch ein Druckwerk mit den Ergebnissen ihrer Arbeit zu füllen.

Der Gedanke, der der Arbeit von Wuermeling und Mautner zugrunde lag, ist im Ansatz sehr interessant: Warum sollte man nicht, so lange Zeitzeugen noch leben, die Möglichkeit nutzen, in Interviews mit diesen unmittelbaren, individuelle Eindrücke festzuhalten? Auf diese Art und Weise ließe sich eine Dokumentation schaffen, die auch für nachfolgende Generationen sehr interessant sein dürfte und die in dieser Form in der Geschichtsschreibung bisher kaum möglich war. Jedoch kann man sich bei Buch und Film des Eindrucks nicht erwehren, daß das Gesamtprojekt - wohl unter dem Druck

des Sendetermins - nicht ganz sorgfältig zu Ende bearbeitet wurde. Ein Indiz dafür ist, daß bereits die Fernsehsendung ein wenig außer Kontrolle geriet: Zur besten Sendezeit nach den Acht-Uhr-Nachrichten war für diesen Beitrag bereits mehr Raum vorgesehen als für einen durchschnittlichen, abendfüllenden Spielfilm; und dementsprechend war die Sendung auch im Programm ausgedruckt, doch irgendwie geriet das Endprodukt länger als geplant, denn kurz vor Sendeschluß wurde, nachdem zwischendurch andere Sendungen eingeschoben worden waren, noch der letzte halbstündige Happen des Films ausgestrahlt. Das vermögen selbst modernste Videorecorder, die bei Sendezeitverschiebungen durch Signale des Fernsehsenders ferngesteuert werden, nicht zu kompensieren, so daß der Rezensent auch die Fernsehsendung nicht in ihrer vollen Größe zu würdigen imstande ist. Ganz offensichtlich fehlte hier die Zeit, die nötig gewesen wäre, diesen TV-Beitrag sorgfältig und ohne Substanzverlust auf das geplante Maß zusammenzuschneiden.

Bei dem Druckwerk, um das es hier geht, handelt es sich mehr um ein illustriertes Drehbuch (ein Storyboard sozusagen) als um ein eigenständiges literarisches Werk. Es vermittelt primär Stimmungen und Eindrücke der befragten Personen - chronologische Abläufe und Sachzusammenhänge lassen sich daraus kaum entnehmen. Schuld daran ist der Umstand, daß die einzelnen Interviewfetzen weitgehend ohne Überleitungen zusammengestellt worden sind: Man hat die Interviews so auseinandergerissen, daß sie den insgesamt fünf Kapiteln des Buches zugeordnet werden konnten, aber man

hat - von wenigen stichwortartigen Zwischenbemerkungen einmal abgesehen - fast auf jeden Kommentar verzichtet, der die einzelnen Befragungen in einen Sinnzusammenhang hätte bringen können. Dadurch kommt Adenauers Grundkonzeption nur sehr undeutlich zum Ausdruck. Sein geradliniger Weg, auf dem er die Bundesrepublik konsequent in die Gemeinschaft der freien Länder führte, wird durch Stimmungsbildchen von teilweise nur äußerst marginalem Interesse ein wenig vernebelt.

Trotzdem sei das Buch nicht in Bausch und Bogen verdammt. Es ist zwar kaum ein eigenständig nutzbares Werk, und es eignet sich sicher nicht für einen Leser, der sich erst einmal grundsätzlich über Adenauer und seine Ära informieren will, aber als Sammlung von Materialien kann es durchaus Bestand haben: Für den, der über Adenauers Politik und die zeitgeschichtlichen Umstände bereits einigermaßen informiert ist, öffnen sich eine Reihe interessanter Facetten, Adenauers Persönlichkeit und Charakter betreffend. Man kann das Buch von Wuermeling und Mautner benutzen, um vorhandenes Wissen ein wenig auszumalen, farbiger zu gestalten und um sich in die Zeitumstände besser einfühlen zu können, als es allein anhand nüchterner Fakten möglich wäre.

Heiner Wehn

Horst Osterholz: *Konrad Adenauer. Ein Charakterbild*. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart, 1987, 121 S.

Horst Osterheld, Jahrgang 1919, war Angehöriger des Auswärtigen Amtes, später des Bundeskanzleramts (unter

den ersten drei Bundeskanzlern) und des Bundespräsidialamts, und er gilt als besonders guter Kenner der Politik seit Gründung der Bundesrepublik. Er war über lange Jahre einer der engsten Mitarbeiter Adenauers.

Mit Recht hofft man vor der Lektüre dieses Buches auf ein von anderen Biographien über Adenauer abweichendes Buch. Der so Hoffende wird nicht enttäuscht. Das Buch ist in 7 Kapitel unterteilt, die folgende Titel haben:

Gesundheit und Schaffenskraft, Selbstmeisterung, Gefühlsbereich, Umgang mit Menschen, Intelligenz, Scharfsinn und Weitblick, Zähigkeit, Mut, Antriebskräfte, Verantwortungsbewußt sein und Politik aus christlichem Geist. Allein diese Haupttitel geben schon einen groben Überblick über Adenauers Charakter und die ihn auszeichnenden Stärken.

Das Buch ist fesselnd geschrieben, was nicht zuletzt den Eigenschaften Adenauers zuzuschreiben ist. Sein Witz, seine Ironie, sein Scharfsinn kommen in einigen kleinen Anekdoten zur Geltung, deren Würdigung keiner weiteren Worte bedarf.

Es war nur einem ehemals engen Mitarbeiter Adenauers möglich, dieses Buch zu schreiben.

Angelika Blessing

Summaries

Economic Relations between Europe and Latin America

by Richard von Weizsäcker, LL.D., President of the Federal Republic

The text quotes the address delivered by Mr. von Weizsäcker to the German-Argentinian Chamber of Commerce and to the Argentinian Chamber of Commerce in Buenos Aires on 17th March, 1987.

He pointed out that in spite of traditionally good German-Argentinian economic relations, the trade and the investments between Germany and Latin America and generally between the EEC and Latin America are now stagnating; the trade balance of the EEC concerning Latin America shows a deficit. Analyzing the causes of this situation he referred to problems of adaptation and economic structure in this region, to external conditions of the world market and to the high burden of debt oppressing the region. In accordance with other EEC member states German policy tends towards an international readjustment of the economic conditions for Latin America in multinational financial organizations, at OECD-Summits and in the current Uruguay-round of the GATT.

Then Mr. von Weizsäcker reminded Latin Americans that it is necessary to enforce many political and social adaptations in order to find new promising economic positions within the region and also on the world market. Referring to this he considered the possible areas of an enlarged cooperation of Germany with Latin America such as technology transfer, common scientific and industrial research projects in high developed technologies, firm consulting or vocational training.

Europe and Latin America are closely connected by language, culture and history, and this fact, he suggested, could be very helpful by the exploration of mutually advantageous forms of economic and political cooperations between Europe and Latin America.

Theses on Social Market Economy:

Its Position in the Political Programme of the CDU/CSU

by Professor Joachim Starbatty, D. Sc.

The author is professor for macroeconomics and economic policy at the University of Tübingen and he is known as a highly qualified advocate of a synergic method which interlocks an as much as possible free market economy and a policy bringing about a balance of social interests.

In the present paper he starts with a theoretical explanation of the tension which always occurs, if free individual decisions on the market and social responsibility can coexist. The doctrine of Social Market Economy (as founded by Eucken, v. Hayek, Müller-Armack, Erhard etc.) persists in a political guarantee of this coexistence and it suggests simultaneously such a solution of the mentioned tension which can be optimized only on grounds of a proper understanding of the momentarily given states, conditions and decision complexes in economic processes.

Professor Starbatty now describes how and at which time German Christian-Democrats have emphasized one of the two components of their doctrine of a Social Market Economy, free market and social responsibility (corresponding with the principle of subsidiarity), without rejecting the other component.

The "Ablener Programm" (1947) of the CDU represents the dominance of social responsibility in politics, while the "Düsseldorfer Leitsätze" (1949) were dominated by the idea of a free market economy, insofar they interpreted the balance of social interests as dependent on efficiency contest based on monetary stability, and guaranteed by a government under law on the long run. The practical policy of the German Christian-Democrats was keyed to the "Düsseldorfer Leitsätze" until political and economic circumstances in the late sixties suggested a programmatic shift in the direction of the dominance of social responsibility. The "Berliner Programm" (2. version 1969) was placed in the center, i.e. equally distant to each of the two components which were dominant before. It was dominated now by the tension of them. The "Grundsatzprogramm der CDU" (1978) continued this shift back to the Ablener Programm without restoring. The "Stuttgarter Leitsätze" (1984) formulated a pure economic policy programme, but they have some implications moving back to the "Düsseldorfer Leitsätze".

Economy and Ethics

by Ernest F. Enzelsberger

The author analyzes firstly the intimate connection between business activities and ethical values as it was discovered by Adam Smith, and he shows which impact ethics has on managerial decision making.

Then he demonstrates the theoretical difficulties of utilitarianistic ethics (Bentham, Mill) and the now erratically increasing needs for a philosophical ethics which ought to be compatible with the problems of managerial decision making. The first attempts to satisfy these needs, already within the management education are also considered.

Finally, the author reproduces the theses of Michael Novak (from his "Spirit of Democratic Capitalism") and he concludes that the social doctrine of the Catholic Church, traceable in the Encyclics of the Holy Father John Paul II represents a philosophically and theologically founded knowledge also relative to business ethics, and this knowledge is more qualified for the satisfaction of managerial needs than other approaches.

Roman Radicalisms – What is the "Partito Radicale"?

by Ladislav Barlay, Ph. D.

In Rome, in the "città eterna" the 32th congress of the Italian Radical Party was arranged in March 1987. From the perspective of a visitor such a congress raises a lot of questions concerning the new phenomenon of this party, meanwhile not only in Italy. The main questions are: What does radical acting in policy mean on the whole? Where are the epistemic limits of radical decision making in policy? Can somebody or a group or a party (in liberally constituted states governed under law and ruled by parliamentary legislative and representation) always act radically? Is it possible to establish a parliamentary party on ground of the problem solving deficit of other parties, without any ambitions to participate in government, only using and coordinating the needs of other parties for reforms within the framework of the democratic borderline-case of plebiscit as a certain kind of metaparty? Does the Partito Radicale really have an advantage in solving problems? Does the party belong to Marco Panella MEP, or he does serve the party? What follows from the European, and meanwhile cosmopolitan character of this party for its own future, and for the future of democracy? The paper attempts to find some convincing answers for these questions.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislav Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzelsberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Prof. Dr. Roberto Mayorga, Reinhard Stuth, Dr. phil. Christopher Terry, Heiner Wehn.
Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS (SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING/POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA). LIBERTAS wird in der SCAD-Dokumentationsbank der Europäischen Gemeinschaft ausgewertet/LIBERTAS is evaluated by the SCAD Documentation Bank of the European Community.

Libertas Verlag

Hintere Gasse 35/1

D-7032 Sindelfingen

Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320

Bankverbindung/Bank account:

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 3.50 ECU oder 8.-DM,

Jahresabonnement: 13.- ECU oder 30.-DM.

Alle Copyright-Rechte vorbehalten.

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976.

Single copies: 3.50 ECU or 8.-DM,

annual subscription rate: 13.- ECU or 30.-DM.

All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:
LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom

Adresse/Adress

Datum/Date.....Unterschrift/Signature.....